

## EINWOHNERRAT

### Protokoll

der 40. Sitzung des Einwohnerrates Allschwil (Amtsperiode 2008-2012)

---

Sitzungsdatum: 19. Juni 2012 / 20. Juni 2012  
Sitzungsort: Aula Schulhaus Lettenweg, Lettenweg 25, Allschwil  
Sitzungsdauer: 18.00 – 21.00 Uhr (19.06.2012) sowie 18.00 – 20.30 Uhr (20.06.2012)

---

Präsenz  
Einwohnerrat: Vorsitz Cedric Roos, Präsident Einwohnerrat  
Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Dr. Anton Lauber, Präsident  
Nicole Nüssli-Kaiser, Vizepräsidentin  
Christoph Morat  
Franziska Pausa  
Robert Vogt  
Arnold Julier  
Thomas Pfaff

Gemeindeverwaltung: Sandra Steiner, Gemeindeverwalterin  
Ines Weihrauch, Rechtsdienst

Gäste:

Entschuldigt  
19.06.2012: Andreas Bitterli, Peter Brack, Lukas Brügger, Markus Gruber,  
Thomas Möller, Stephan Wolf

2/3-Mehrheit: 18.00 Uhr 32 Anwesende = 22  
18.10 Uhr 33 Anwesende = 22  
18.15 Uhr 34 Anwesende = 23

Entschuldigt  
20.06.2012: Peter Brack, Lukas Brügger, Markus Gruber, Thomas Möller  
Semra Wagner-Sakar

2/3-Mehrheit: 18.00 Uhr 33 Anwesende = 22  
18.55 Uhr 34 Anwesende = 23  
19.10 Uhr 35 Anwesende = 24

---

### Bereinigte Traktandenliste

1. Bericht des Gemeinderates vom 28.03.2012, sowie der Bericht der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission vom 25.05.2012, betreffend der **Jahresrechnung 2011**  
Geschäftsvertretung: VP Nicole Nüssli Geschäft 4056 / A
2. Bericht des Gemeinderates vom 28.03.2012, sowie der Bericht der Geschäftsprüfungskommission vom 01.06.2012, betreffend **Geschäftsberichte 2011 des Gemeinderates, der Schulräte und der übrigen Behörden**  
Geschäftsvertretung: GP Dr. Anton Lauber Geschäft 4037 / A
3. Bericht der Geschäftsprüfungskommission vom 01.06.2012, betreffend **Prüfung einzelner Produktgruppen**  
Geschäftsvertretung: GPK-Präsident Geschäft 4073
4. Bericht des Gemeinderates vom 14.03.2012, sowie der Bericht der Kommission für Verkehrs- und Planungsfragen vom 05.05.2012, betreffend **Überführung des freiwilligen öffentlichen Tageskindergartens (Pilotphase) in ein definitives Angebot / Erweiterung auf zwei Abteilungen**  
Geschäftsvertretung: GR Franziska Pausa Geschäft 4049 / A
5. Bericht des Gemeinderates vom 14.03.2012, sowie der Bericht der Kommission für Verkehrs- und Planungsfragen vom 05.05.2012, betreffend **Bedarf an Kindergärten in Allschwil (Kindergarten-Strategie)**  
Geschäftsvertretung: GR Franziska Pausa Geschäft 4054 / A
6. Bericht des Gemeinderates vom 23.05.2012, betreffend **Bewilligung eines Verpflichtungskredites in Höhe von CHF 65'000.00 für die Planung eines Kindergartens im Ziegeleiareal**  
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat Geschäft 4061
7. Bericht des Gemeinderates vom 15.05.2012, betreffend **Revision Kinder- und Erwachsenenschutzrecht Genehmigung des Vertrages über die KESB Leimental**  
Geschäftsvertretung: GR Arnold Julier Geschäft 4066
8. Bericht des Einwohnerrat-Büros vom 04.06.2012, zum dringlichen Verfahrenspostulat von Josua M. Studer, SD, vom 18.04.2012, betreffend **Verzicht auf die Wahl der Vormundschaftsbehörde**  
Geschäftsvertretung: ER-Präsident Cedric Roos Geschäft 4065 / A
9. Bericht des Gemeinderates vom 23.05.2012, zum Postulat von Gabi Huschke, SP/EVP-Fraktion, vom 18.11.2009, betreffend **Durchführung von zwei Bring- und Holtagen pro Kalenderjahr**  
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Geschäft 3906 / A
10. Bericht des Gemeinderates vom 23.05.2012, zum Postulat von Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion, vom 13.12.2010, betreffend **Attraktivität des „Trämlispielflatzes“**  
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Geschäft 3982 / A
11. Interpellation von Josua M. Studer, SD, vom 15.11.2011, betreffend **Schriftliche Erläuterungen des Gemeinderates zu den Vorstössen**  
Geschäftsvertretung: GP Dr. Anton Lauber Geschäft 4031 / A

Nach der Pause:  
- INFO-FENSTER des Gemeinderates

**Für das Protokoll:**

Marianne Eggenberger / Nicole Müller, Sekretariat Einwohnerrat

---

**Einwohnerratsprotokoll Nr. 40 vom 19. und 20. Juni 2012**

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

**Der Präsident des  
Einwohnerrates Allschwil**

Cedric Roos

---

**Begrüssung / Mitteilungen des Präsidenten**

**Cedric Roos**, Präsident: Ich begrüsse Sie zur heutigen Sitzung vom 19. Juni 2012.

**[Entschuldigungen/Präsenz siehe Protokolleingang]**

Wir kommen zu den neuen Vorstössen. Sie haben zwei Sachen auf dem Tisch. Eines ist eine Interpellation der FDP/GLP. Wünscht die Fraktion das Wort dazu? Das ist nicht der Fall. Weiter liegt eine dringliche Motion von CVP, SVP und SP vor. Wünscht von den Motionären jemand das Wort?

**Florian Spiegel**, SVP-Fraktion: Ich hoffe, dass wir hier das dringlich bestätigen können. Jetzt sind dann Sommerferien und für diejenigen, die planen müssen, wäre es wichtig, dass man es jetzt hineinnimmt.

**Cedric Roos**, Präsident: Wünscht der Rat Zeit, um es durchzulesen oder ist er parat zur Abstimmung?

**Andreas Bammatter**, SP/EVP-Fraktion: Ich kann die Dringlichkeit bestätigen. Es ist etwas Wichtiges für die Pfadi. Ich weiss, dass die Pfadi auch noch andere Sachen probiert zu machen und dass einer dieser Räume vielleicht nicht ideal ist. Ich meine, dass wir die Dringlichkeit bestätigen können. Ich bin dann aber für Nicht-Überweisung der Motion.

**Peter von Arx**, FDP/GLP-Fraktion: Auch ich kann die Anliegen der Pfadi teilen. Es gibt auch andere Vereine in Allschwil mit ähnlichen Problemen. Ich sehe die Dringlichkeit nicht. Über das andere können wir nachher reden, wie es Andreas Bammatter gesagt hat.

**Cedric Roos**, Präsident: Gibt es weitere Voten zur Dringlichkeit? Das ist nicht der Fall, somit stimmen wir ab. Es braucht eine Zweidrittelsmehrheit.

**://:**

Mit 26 zu 3 Stimmen bei 2 Enthaltungen wird der Dringlichkeit stattgegeben.

Wir werden dieses Geschäft an der heutigen Sitzung oder morgen behandeln.

Die Traktandenliste wurde rechtzeitig zugestellt. Gibt es Änderungsanträge zur Traktandenliste? Das ist nicht der Fall, somit ist die Traktandenliste in der vorliegenden Form genehmigt.

669 01.030 Einwohnerrat

### **Traktandum 1**

Bericht des Gemeinderates vom 28.03.2012, sowie der Bericht der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission vom 25.05.2012, betreffend der Jahresrechnung 2011  
Geschäftsvertretung: VP Nicole Nüssli, Geschäft 4056 / A

**Nicole Nüssli**, Gemeinderätin: Es freut mich sehr, Ihnen heute die Rechnung 2011 präsentieren zu dürfen mit ein paar Folien. Ich habe vom Präsidenten gehört, dass er gerne heute um 20.45 Uhr aufhören möchte. Ich hoffe sehr, dass es nicht an mir liegt, falls es nicht möglich ist. Ich weiss auch nicht, ob es ganz ernst gemeint war. Zusammenfassend lässt sich der Rechnung 2011 folgendes entnehmen. Was lange währt, wird endlich gut. Wir konnten den Buchgewinn in Zusammenhang mit der Übergabe der Sekundarschulbauten von über CHF 4'800'000 erzielen. Wir konnten wesentlich mehr Steuererträge verbuchen als budgetiert, nämlich CHF 6'600'000. Es ist die logische Konsequenz, dass auch der Finanzausgleich höher ausgefallen ist, nämlich um CHF 3'300'000 gegenüber dem Budget. Wir haben aufgrund des Ergebnisses eine Einlage in die Vorfinanzierung in Zusammenhang mit dem Schulhausbau „Unser neues Schulhaus“ gemacht von insgesamt CHF 8'100'000. Der Ertragsüberschuss von CHF 3'600'000 konnten wir ins Eigenkapital tun. Alle Spezialfinanzierungen schliessen mit Mehrerträgen ab, das ist sehr positiv, vor allem bei der Wasserrechnung. Die Nettoinvestitionen waren ein bisschen unter dem Budget, nämlich CHF 2'360'000 unter dem Budget. Wir haben nur CHF 10'600'000 investiert. In Zahlen ausgedrückt heisst das folgendes. Wir hatten einen Totalertrag von CHF 88'300'000 und einen Totalaufwand von CHF 84'680'000. Dies ergibt den Ertragsüberschuss von CHF 3'620'000. Wenn man schaut, wie wir budgetiert haben, nämlich CHF 3'500'000 für das Jahr 2011, dann haben wir eine Punktlandung erzielt. Bevor ich auf die wesentlichen Veränderungen gegenüber dem Budget eingehe, möchte ich Ihnen mit der nächsten Folie das sogenannte betriebswirtschaftliche Ergebnis aufzeigen. Beim betriebswirtschaftlichen Ergebnis geht es im Gegensatz zum ausgewiesenen Ergebnis um eine Aufrechnung, wo wir darstellen, wie hoch das effektive Ergebnis, oder eben das betriebswirtschaftliche Ergebnis am Schluss war. Da werden verschiedene Positionen aufgerechnet oder abgezogen, je nachdem, welche Auswirkung sie auf das Ergebnis letzten Endes haben. Im Jahr 2011 haben wir ein ausgewiesenes Ergebnis von CHF 3'620'000. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass der Einfluss der zusätzlichen Abschreibungen aus den Vorjahren rund CHF 1'000'000 ist und abgezogen werden muss. Im 2009 haben wir zusätzliche Abschreibungen vorgenommen. Das hatte die Auswirkung, dass wir in den Folgejahren weniger Abschreibungen verbuchen konnten. Das hat auch für 2011 seine Gültigkeit. Hätten wir das nicht gemacht, dann hätten wir mehr Abschreibungen gehabt und das Ergebnis wäre um CHF 1'000'000 schlechter gewesen. Weiter muss die Vorfinanzierung berücksichtigt werden. Das ist eine Gewinnverwendung, die dazugezählt werden muss, CHF 8'100'000. Auf der anderen Seite haben wir Buchgewinne im Finanzvermögen, das ist der Eingang, den wir aufgrund der Übergabe der Sekundarschulbauten, zu verbuchen hatten, CHF 4'700'000. Weiter muss man rund CHF 187'000 abziehen für die Infrastrukturbeiträge, die wir erhalten haben. Die beiden Veränderungen, Rückstellungen FAG und Ferienmehrstunden, müssen dazugezählt werden. Das sind einmalige Beträge, die wir berücksichtigt haben. Am Schluss kommt man dann auf ein Ergebnis von rund CHF 6'000'000 betriebswirtschaftliches Ergebnis. Aufgrund der letzten Jahre, 2008 bis 2010, sieht man, dass wir schon weitaus höher waren. Im Jahr 2009 hatten wir rund CHF 11'400'000 betriebswirtschaftliches Ergebnis. Das sind gute Zahlen, aber der Mahnfinger der Finanzministerin geht immer hoch, denn wir brauchen dieses Geld. Wir haben in naher Zukunft grosse Investitionen vor uns. Wir haben die Sanierung der

Pensionskasse vor uns. Ich sage es hier ein erstes Mal, es wird dann wahrscheinlich noch ein zweites und drittes Mal gesagt. Wir brauchen dieses Geld, das wir hier verbuchen konnten.

Zu den wesentlichen Veränderungen gegenüber dem Budget. Wir haben bei drei Positionen wesentliche Veränderungen zu verzeichnen. Prozentual gemessen gibt es eine Veränderung bei den Passivzinsen. Dort hatten wir 13.4% weniger Aufwand, und zwar weil wir Verzögerungen bei den Investitionen in Kauf nehmen mussten und weil wir bei den Schulden weiter abbauen konnten. Wir haben eine grosse Veränderung bei den eigenen Beiträgen zu verzeichnen, nämlich CHF 3'700'000, rund 15,4%. Der grösste Anteil hier ist der Finanzausgleich, nämlich CHF 3'120'000, die wir zusätzlich in die Rechnung einstellen mussten gegenüber dem Budget. Im Budget hatten wir nur CHF 6'800'000, am Schluss durften wir CHF 9'900'000 leisten. Ich habe heute im BAZ-App gelesen, dass der Finanzausgleich im 2012 für alle Gebergemeinden zunehmen wird, rund CHF 3'000'000 mehr. Diese Zunahme wird weiterhin sein und wir werden auch weiterhin zu den Gebergemeinden gehören. Es gibt eine weitere wesentliche Veränderung, die Einlagen in die Vor- oder Sonderfinanzierungen. Da haben wir 1700%, CHF 9'100'000. Der grösste Anteil ist die Einlage in die Vorfinanzierung „Unser neues Schulhaus“, wo wir CHF 8'100'000 eingelegt haben. Die wesentlichen Veränderungen auf der Ertragsseite sind hauptsächlich bei den Steuern, aber auch bei den Vermögenserträgen. Vermögensertrag ist der Buchgewinn der Sekundarschulbauten, total CHF 4'800'000. Bei den Steuern habe ich schon am Anfang gesagt, dass es insgesamt CHF 6'000'000 mehr gegenüber dem Budget sind, die wir eingenommen haben. Bei den natürlichen Personen ist diese Zunahme nur rund CHF 1'000'000. Die Zunahme ist hauptsächlich auf 2010 und die Vorjahre zu verzeichnen, also nicht im Jahr 2011. Im Jahr 2011 haben wir bei den natürlichen Personen einen Rückgang zu verzeichnen von rund CHF 567'000. Ein ähnliches Bild gibt es bei den juristischen Personen, auch hier hatten wir im Jahr 2011 viel weniger zusätzliche Einnahmen gegenüber 2010 und den Vorjahren. Das Jahr 2011 war nicht ganz so gut wie die letzten Jahre. Wenn man die verschiedenen Funktionen anschaut, dann sieht man, wo der grösste Anteil ist, den wir zu verzeichnen haben. Wir haben mit der Ausnahme von vier Positionen, von vier funktionalen Gliederungen, überall Einsparungen respektive Mehrerträge generieren können. Nur bei vier Positionen hatten wir mehr Aufwand zu verzeichnen. Die hauptsächlich Funktionen sind Bildung, Kultur und Freizeit und Soziale Wohlfahrt. Bei der Bildung ist es klar die Einlage in die Vorfinanzierung mit CHF 8'100'000, das ergibt insgesamt eine Veränderung von CHF 8'300'000 gegenüber dem Budget. Bei der Sozialen Wohlfahrt ist die Zunahme darauf zurückzuführen, dass wir rund CHF 700'000 weniger Rückerstattung vom Kanton verbuchen konnten. Zum allergrössten Teil, wahrscheinlich 80% bis 90%, konnten wir Einsparungen respektive Mehrerträge generieren. Beim Kuchendiagramm sehen Sie, wie der Aufwand prozentual verteilt ist. Die Verteilung des Aufwands ist gegenüber dem Vorjahr praktisch identisch verteilt. Der Hauptbrocken sind die Bildung und die soziale Wohlfahrt. 50% des Aufwands wird dort generiert, 2010 waren es 45%. Eine Veränderung gab es auch bei den Finanzen und Steuern, das ist aber allein auf den Finanzausgleich zurückzuführen. Dort haben wir aktuell 14% Aufwand, der generiert wird, im Vorjahr waren es 18%. Das liegt daran, dass der Finanzausgleich rund CHF 12'800'000 war und im Jahr 2011 nur CHF 9'900'000. Ich gehe davon aus, dass dies nächstes Jahr wieder ansteigen wird.

Auf der Ertragsseite kann ich sagen, dass es keine signifikante Veränderung gab. Wie alle Jahre wird der Hauptertrag bei den Steuern und den Gebühren der Spezialfinanzierungen generiert. Sie sehen die 9% bei der Umwelt und Raumplanung, die 76% bei den Steuern. 85% der Erträge werden dort generiert. Ein Wort zu den Steuererträgen. Aufgrund dieser Grafik sehen Sie, wenn man die letzten Jahre und die Veränderung anschaut, dass ab 2008 der grosse Sprung bei den Steuererträgen juristische Personen passiert ist. Im 2009 hatten wir nochmals einen Sprung und 2010 ist es ein bisschen zusammengefallen. Im 2011 hat es sich ein bisschen erholt, aber dies aufgrund der Tatsache, dass im 2010 einige Firmen höhere Erträge generiert haben als angekündigt. Ansonsten hätten wir 2010 mehr Rückstellungen machen müssen und dann wären diese beiden Balken ausgeglichener. Das Ergebnis oder die Entwicklung der laufenden Rechnung sehen Sie hier in diesem 11-Jahresvergleich, also seit 2000. Es gab zwei grosse Einbrüche, 2001 und 2006. Seither sind wir auf gutem Wege. Ab dem Jahr 2008 sind wir in einem Bereich, in dem wir vorher wahrscheinlich noch nie waren. Aber wir brauchen dieses Geld, das ist eine Tatsache.

Zu den Investitionen. Wir haben netto etwas weniger investiert oder ausgegeben, als wir das geplant haben. Im Budget waren CHF 12'900'000. Effektive Netto-Investitionen waren CHF 10'600'000. Der Hauptteil, der investiert wurde, war bei Kultur und Freizeit, nämlich der Landerwerb des UBS-Areals, CHF 3'900'000. Auf der anderen Seite die öffentliche Sicherheit, wir haben endlich das Feuerwehrmagazin realisiert.

Zur Nettoschuld respektive Entwicklung der Netto-Schuld. Sie sehen, dass wir seit dem Jahr 2009 nicht mehr bei einer Nettoschuld sind, sondern bei einem Nettovermögen. Insgesamt können wir für das Jahr 2011 ein Nettovermögen von CHF 8'200'000 ausweisen, pro Einwohner CHF 422. Die Zielgrösse, die wir hatten, ist, eine Nettoschuld zu haben, die tiefer als CHF 750 pro Einwohner ist. Dieses Ziel haben wir bei weitem und schon länger erreicht. Wenn wir an die Investitionen denken, die wir vor uns haben, dann

---

wird diese Tabelle sicher nicht mehr in dieser gleichen Art und Weise weitergeführt. Es wird hier sehr wahrscheinlich zu einer Nettoschuld kommen.

Zum Eigenkapital, das habe ich auch gesagt. Wir haben wieder einen Teil aufbauen können, nämlich CHF 3'600'000 und sind jetzt bei einem Eigenkapital von CHF 11'190'000 angelangt. Die meisten unter Ihnen wissen, dass wir vor einigen Jahren darum gekämpft haben, dass wir das Eigenkapital auf CHF 6'000'000 ausbauen können. Wir sind jetzt fast beim Doppelten angelangt. Das ist äusserst wichtig, vor allem wenn wir an HRM2 denken, das wird am 1.1.2014 kommen. Die Richtlinien dort sehen vor, dass wir mindestens 12% des Jahresumsatzes als Eigenkapital ausweisen müssen. Da wären wir auf einem guten Weg mit dem jetzigen Umsatz von CHF 84'000'000. Das Eigenkapital brauchen wir, vor allem wenn wir nebst den Investitionen an die Sanierung der Pensionskasse denken.

Noch drei Folien zu den Spezialfinanzierungen und dann komme ich schon fast zum Ende. Wir konnten bei allen Spezialfinanzierungen Ertragsüberschüsse generieren, was erfreulich aber auch nötig ist. Gerade bei der Wasserversorgung konnten wir CHF 668'000 Ertragsüberschuss generieren. Wir sind dort bei einem Eigenkapital von CHF 1'100'000. Nettoinvestitionen haben wir ein bisschen weniger getätigt als budgetiert. Ich denke, das ist richtig so. Bei der Abwasserentsorgung haben wir auch einen Ertragsüberschuss. Auch hier konnten wir das Eigenkapital auf CHF 6'800'000 erhöhen. Bei der Abfallbeseitigung haben wir das gleiche Bild. Wir hatten einen Ertragsüberschuss von CHF 122'000, das ist auf die Einsparungen bei den Dienstleistungen und Honoraren zurückzuführen. Wir haben ein Eigenkapital von CHF 1'230'000 und Nettoinvestitionen von CHF 77'000, nämlich die Realisierung der Werkstoffsammelstelle beim Feuerwehrmagazin.

Bei der Zielerreichung sehen Sie überall Häkli. Das zeigt, dass wir unsere Ziele erreicht haben. Wir haben einen positiven Rechnungsabschluss, wir konnten Eigenkapital aufbauen, Schulden abbauen, der Selbstfinanzierungsgrad ist über 100%, ansonsten wäre das alles nicht möglich. Das Ziel, dass wir die Nettoinvestitionen, die unter CHF 3'500'000 waren, aus eigener Kraft zu finanzieren, konnten wir auch erreichen. Die Nettoschuld ist ein Nettovermögen, also Ziel erreicht. Aufgrund dieses positiven Ergebnisses können wir dank den Mehrerträgen und dem Buchgewinn der Sekundarschulbauten weitere CHF 8'000'000 für das wichtige Projekt für die Gemeinde Allschwil „Unser neues Schulhaus“ zur Verfügung stellen. Wir konnten zeigen, dass wir bei den Spezialfinanzierungen nur Mehrerträge ausgewiesen haben und die Eigenkapitalisierung entspricht dem Zielwert von HRM2. Dort sind wir auf Kurs. Aber, es gibt immer auch eine andere Seite. Ab 2014, das muss ich hier mit aller Deutlichkeit sagen, stehen die Sanierung und die Reform der Basellandschaftlichen Pensionskasse an. Dort rechnen wir damit, dass wir jährlich CHF 2'000'000 zur Verfügung stellen müssen für die ganze Sanierung. Im Finanzplan haben wir für diese Sanierung lediglich CHF 450'000 drin. Allein der Finanzplan in diesem Zusammenhang wird sich wesentlich verändern. Wir haben als Folge von der Reform der Basellandschaftlichen Pensionskasse nochmals circa CHF 1'500'000, die wir berücksichtigen müssen für die Wegkäufe der Rentenkürzungen. Die Investitionen, die wir vor uns haben, werden weitere Abschreibungen und weitere Zinsen generieren und in diesem Sinne die zukünftige Rechnung ab 2015 wesentlich belasten.

Fazit und Konsequenzen: Der Finanzhaushalt von Allschwil ist auf Kurs, aber er ist auch leicht vom Kurs abzubringen, das wissen Sie. Ein mittel- und langfristig ausgeglichener Finanzhaushalt ist immer noch das oberste Ziel des Gemeinderates, vor allem in Anbetracht der anstehenden Investitionen, Schulhausbauten und die Pensionskassensanierung. Mittel- und langfristige Planung und nachhaltige Entscheidungen müssen deshalb wie bis anhin oberste Priorität haben. In Zukunft darf es keine Änderung der bisherigen Finanzpolitik geben, die Sie bis jetzt auch immer mitgetragen haben. Mit Freude hat der Gemeinderat zur Kenntnis genommen, dass die Finanz- und Rechnungskommission in ihrem Bericht diese beiden Ziele und Konsequenzen unterstützt und eigentlich gleicher Meinung ist wie der Gemeinderat. Bevor ich abschliesse, möchte ich meinen Dank aussprechen. Der Dank geht an die Fireko. Die Fireko hat wie jedes Jahr unsere Rechnung umfassend und kritisch geprüft. Ein spezieller Dank in diesem Zusammenhang geht an Hanspeter Tschui. Hanspeter Tschui wird ab Juli nicht mehr zur Verfügung stehen. Er hat die Fireko hervorragend geleitet und diese Prüfungen sehr gut durchgeführt und an die Hand genommen. Dafür möchte ich ihm einen speziellen Dank aussprechen. Der Dank geht auch an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, die bei der Erarbeitung der Rechnung mitgewirkt haben. Ein ebenso spezieller Dank geht als Abschluss an Dieter Pfister. Dieter Pfister ist heute zum letzten Mal im Einwohnerrat. Er verlässt die Gemeinde Allschwil und wird sich einer neuen Herausforderung stellen. Er wird ab Ende Juli nicht mehr zur Verfügung stehen. Dieter Pfister ist 2008 zur Gemeinde Allschwil gekommen und hat die Leitung Hauptabteilung Finanzen übernommen. Wie die meisten unter Ihnen wissen, waren wir dort personalmässig in einer struben Phase. Wir haben einen pensionierten Mitarbeiter verabschiedet, haben wenige Monate mit einer neuen Mitarbeiterin gearbeitet und Dieter Pfister wurde Nachfolger dieser Mitarbeiterin. Er konnte mit seinen fachlichen Kenntnissen die nötige Ruhe hineinbringen und das Boot der Gemeinde Allschwil in ruhigere Gewässer führen. Unter der Leitung von ihm haben wir es geschafft die Gemeinde Allschwil finanziell auf Vordermann zu bringen. Die gesetzten Kursziele haben wir seit 2008 bei weitem übertroffen bezüglich der Ergebnisse seit dem Jahr

---

2000. Ob die guten Ergebnisse allein auf die Arbeit von Dieter Pfister zurückzuführen sind, werden wir sehen, spätestens wenn er nicht mehr bei uns ist. Wir sind auf jeden Fall in jeder Hinsicht gefordert. Ich möchte Dieter Pfister nochmals alles Gute wünschen und ihm danken für die Arbeit, die er geleistet hat. Ich bitte Sie die Rechnung 2011 entsprechend den Anträgen des Gemeinderates zu genehmigen.

**Cedric Roos**, Präsident: Ist das Eintreten bestritten? Das ist nicht der Fall, somit übergebe ich das Wort dem Fireko-Präsident Hanspeter Tschui.

**Hanspeter Tschui**, Fireko-Präsident: Alles Wesentliche, Beurteilungen und Einschätzungen, zur Rechnung 2011, wie sie von der Gemeinderätin Nicole Nüssli präsentiert wurde, hat die Fireko in ihrem Bericht dargestellt und beschrieben. Mit dieser lapidaren Schlussbemerkung möchte ich die Arbeit der Fireko am Ende dieser Legislatur nicht beenden. Ich erlaube mir eine kurze Rückschau und einen Blick in die Zukunft. Ich mache das nicht mit Zahlen, sondern versuche dies symbolisch und bildhaft zu machen. Am 21. März 2011 hat unser Gemeindepräsident einen Swiss Airbus A320 auf den Namen Allschwil getauft. Was hat das mit der Beurteilung der Finanzrechnung der Einwohnergemeinde Allschwil zu tun? Es ist ein konstruierter Zusammenhang. Was der Gemeindepräsident kann, kann die Fireko auch. Wir haben ein imaginäres Schiff getauft. Das Finanzschiff der Einwohnergemeinde Allschwil. Wir haben es auf den Namen MS Allschwil getauft. MS Allschwil ist kein Kreuzfahrtschiff. MS Allschwil ist ein Frachter, mit einer Besatzung von 110 Personen und rund CHF 80'000'000 Steuern und Gebühren. Der Gemeinderat ist der Reeder von diesem Schiff. Was wir auf diesem Bild entnehmen können, ist, dass das Schiff voll beladen ist mit einer Fracht von öffentlichen Gütern, nämlich die Leistungen und Produkte, die erbracht und refinanziert werden müssen mit Steuern und Gebühren. Man sieht ein zweites kleines Schiff vor diesem grossen Ungetüm, das ist das Lotsenschiff der Fireko, das ab und zu an Bord kommt und ihren Kommentar abgibt über Kurse oder über die zurückliegenden Reisen, im heutigen Fall zum Bericht der Jahresrechnung. Man braucht den Lotsen immer dann, wenn wir in unsicheren Gewässern sind oder wenn man in den Hafen einfährt. Man braucht ihn auch, wenn man wieder ausläuft in ein neues Jahr oder auf eine neue Route. Ich möchte anhand von diesem Schifffahrtsbeispiel die Situation beschreiben. Wir machen zuerst einen Blick zurück vom Heck ins Kielwasser auf die letzten vier Jahre. Die MS Allschwil war in ruhigen Gewässern unterwegs die letzten vier Jahre, hat gut gewirtschaftet, gute Erträge erzielt und hatte eine gute Auslastung und stabile Betriebskosten. Sie hat einen guten Cashflow erwirtschaftet. Wir konnten CHF 20'000'000 auf die Seite legen für den Schulhausbau. Wir konnten ausserordentliche Abschreibungen machen und Eigenkapital aufbauen. Und wir haben Schulden abgebaut. Wenn wir heute schauen, dann ist der Kapitän von Bord. Der Kapitän hat bei einer anderen Reederei angeheuert. Damit meine ich den Finanzverwalter. Der erste Offizier ist neu, seine Stellvertreterin, die neu angefangen hat. Darum braucht die Reederei Notlösungen und sucht Ersatz. Sie hat eine Notlösung, sie braucht aber eine definitive Lösung. Sie hat neue schwere Fracht geladen. Sie hat neue Fracht geladen in Form des neuen Schulhausprojekts. Sie hat neue Investitionen in die Kindergärten und in den Tageskindergarten und Sanierung und Reform der Pensionskasse vor sich. Dies drückt das Schiff auf eine maximale Belastung und auf einen maximalen Tiefgang hinunter. Steigende Kosten durch Gebühren und höhere Heuer, ich erinnere daran, dass wir 2012 im Budget CHF 1'800'000 mehr Personalkosten haben. Was heisst das für die Zukunft? Jetzt schauen wir voraus, ein Blick von der Brücke in die Zukunft in Kursrichtung. Dort sehe ich keine Piraten, aber ich sehe Nebel und Strömungen. Es gibt politische Einflüsse, denen wir uns nur schwer entziehen können. Ich habe an früherer Stelle schon einmal gesagt, dass Bund und Kanton immer mehr Aufgaben und Kosten an die Gemeinden überwälzen. Es gibt aber auch Riffe und Sandbänke. Die Pensionskasse sanieren, da wissen wir heute noch nicht genau, in welche Richtung es gehen soll. Das neue Schulhaus und die Einführung von HRM2, das alles führt zu vielleicht eingeschränkter Manövrierbarkeit. So grosse Schiffe sind schwieriger zu manövrieren und haben einen hohen Wendekreis. Wie können wir die Zusatzfracht finanzieren? Wir müssen mit abnehmender Finanzkraft und zunehmenden Betriebsverlusten rechnen. Die Fireko ist darum der Meinung, dass das Kursziel für die MS Allschwil angepasst und neu gesetzt werden sollte. Ich komme zum Schluss. Die Politik kann viel, sie kann versprechen und bewirken und manchmal auch zaubern. Aber eines kann sie nicht, ökonomische Prinzipien ausser Kraft setzen. Deshalb richte ich an den neuen Einwohnerrat den Appell, mit neuen Aufgaben und Investitionen Mass zu halten, und nicht mehr auszugeben, als wir einnehmen, auch unpopuläre, und auch einmalige und wiederkehrende Finanzierungslösungen für grosse Vorhaben der Zukunft in Erwägung zu ziehen, die Schulden in Grenzen zu halten und vor allen Dingen den Zusammenhang zwischen dem Finanzierungsbedarf der Zukunft und dem heutigen Umgang mit dem Geld zu berücksichtigen. Politisch scheitern hat oft viel mit der Masslosigkeit im Umgang mit Geld zu tun. Das ist unbequem, aber es ist eine Realität. Es macht keinen Sinn, die Pickel der Realität mit kosmetischen Mitteln zu kaschieren, weil Schminke bekanntlich nicht nachhaltig ist. Werte Ratskolleginnen und Ratskollegen, ihr habt mir und meinen Kolleginnen und Kollegen vor vier Jahren den

---

Auftrag erteilt, von Gemeinderat und Verwaltung Rechenschaft einzufordern über die finanzielle Führung des Finanzhaushalts der Einwohnergemeinde Allschwil. Ich hoffe, dass wir diesen Auftrag nach den gesetzlichen Anforderungen und Ihren Erwartungen erfüllen konnten. Es ist eine anspruchsvolle Aufgabe, vom Gemeinderat, der Gemeindeverwaltung und der Institutionen Rechenschaft darüber einzufordern. Dazu bedarf es nicht nur fachlicher Kompetenz, sondern auch Einfühlungsvermögen, Sozialkompetenz und einen pfleglichen Umgang mit den betroffenen Mitarbeitern und den entsprechenden Kolleginnen und Kollegen. Das hat unser Team von Anfang an gut verstanden, dafür bin ich sehr dankbar. Ich spreche der Kommission meine Anerkennung und meinen herzlichen Dank aus für die intensive, erfolgreiche und kollegiale Zusammenarbeit. Mein Dank geht auch an die Departementsleiterin Nicole Nüssli, an den Gemeindepräsident Toni Lauber und an alle Mitarbeitenden der Finanzverwaltung und der betroffenen Institutionen. Ich werde diese vier Jahre in bester Erinnerung behalten.

[Anhaltender Applaus]

**Cedric Roos**, Präsident: Vielen Dank für diese bildlichen Ausführungen, wir kommen nun zur Beratung als Ganzes.

**Josua M. Studer**, SD, fraktionslos: Ich hatte vor vier Jahren die Möglichkeit als damaliger SVP-Sektionspräsident, dich der Versammlung hier drin vorzuschlagen als Fireko-Präsident. Ich war überzeugt, dass du einen super Job machen wirst und du hast in diesen vier Jahren gezeigt, dass du einen super Job gemacht hast. Du warst nicht politisch motiviert, sondern sachorientiert, das war deine Ideologie. Du hast als Fireko-Präsident gezeigt, was dort die Aufgabe ist. Dort ist nicht Politik angezeigt, sondern Kontrolle und Weitblick. Das hast du auch mit den Bildern toll gezeigt. Obwohl du abtrittst, schaust du voraus und gibst es weiter. Ich hoffe, dass die Fireko weiterhin gut arbeiten kann. Ich hoffe, dass es einen guten Nachfolger von Dieter Pfister gibt. Ihr beide habt glaub gut zusammengearbeitet. Ich glaube, dass Herr Pfister geht, weil du gehst.

Die Jahresrechnung ist erfreulich und auch noch ein paar Jahre voraus. Es kommen Sachen auf die Gemeinde zu, die wir nicht steuern können, die kommen jetzt einfach. Das ist wie das Wetter, das kann sich ändern. Aber wir sind gut aufgestellt und ich bin überzeugt, dass wir immer noch gut aufgestellt wären, wenn wir Steuersenkungen gehabt hätten, die ich immer wieder verlangt habe. Es wird jetzt sehr schwer werden, dies in Zukunft zu fordern. Erstens einmal weil ich selber nicht mehr hier sitze, ich weiss nicht, ob jemand anders diesen Antrag stellen wird. Wir sehen, was noch alles auf uns zukommen könnte, und da wird es sehr schwierig werden. Die Gemeinde Allschwil wird nicht untergehen und es wird Möglichkeiten geben, auch wenn das Entlastungspaket im Kanton abgelehnt wurde. Die Leute haben verstanden, was Sparen heisst. Sparen darf nicht damit anfangen, dass man Klassen aufhebt und Kinder verschiebt. An diesem Ort darf man nicht sparen, dort muss man dann vielleicht einen Kredit aufnehmen und sich leicht verschulden. Besser das tun, anstatt nur gute Zahlen zu präsentieren, und ein Risiko eingehen für die Zufriedenheit und das Allgemeinwohl. Für Allschwil sehe ich finanziell keine schwarzen Wolken. Ich danke allen, die daran gearbeitet haben.

**Kurt Kneier**, CVP-Fraktion: Ich muss Josua Studer enttäuschen, ich werde sicher nicht für eine Steuersenkung sein. Die Fraktion der CVP ist für Eintreten auf dieses Geschäft 4056. Wir werden auch den Anträgen auf Seite 16 der Jahresrechnung zustimmen. Speziell möchten wir allen danke sagen, die dazu beigetragen haben, dass es zu einem derart guten Rechnungsabschluss gekommen ist. Meiner Meinung nach, das ist meine persönliche Meinung, ist es schade, dass der Gemeinderat und die Fireko wieder einmal von einem halbleeren anstatt von einem halbvollen Glas reden. Heute Abend war zwar Nicole Nüssli in ihrem Votum etwas positiver eingestellt als in den Vorjahren. Aber es kam immer wieder dieses „aber“. Ich möchte es einmal anders sagen. Wir haben in der vorliegenden Rechnung 2011 einen Cashflow von CHF 14'500'000. Das ist sensationell. Im Jahr 2006 war die Pro-Kopf-Verschuldung CHF 1402. Jetzt haben wir keine Pro-Kopf-Verschuldung mehr, sondern ein Pro-Kopf-Vermögen von CHF 422. Ich könnte hier gerne noch weiter ausholen. Sie sehen das auf Seite 13 dieses Berichts. Von mir aus gesehen ist das eine Sensation. Wir haben zukünftige Bauvorhaben mit CHF 20'500'000 vorfinanziert. Das ist sensationell. Über viele Jahre ist es uns gelungen, mit viel Mühe und Anstrengung so gute Rechnungsabschlüsse hinzukriegen. Wieso kann man also nicht vom halbvollen Glas reden und sich darüber freuen? Ich mache das. Ich finde diesen Rechnungsabschluss ohne Wenn und Aber super. Wir können uns künftigen Herausforderungen stellen und ich freue mich darauf. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.



**Armin Bieri**, SP/EVP-Fraktion: Es ist schwierig, etwas zu toppen nach Kurt Kneier. Wir von der SP/EVP-Fraktion sind auch dieser Meinung. Es bleibt nur zu verdanken, einerseits Herrn Pfister und andererseits Hanspeter Tschui, die einen hervorragenden Job gemacht haben. Wir werden den Anträgen auch zustimmen.

**Jérôme Mollat**, FDP/GLP-Fraktion: Auch wir von der FDP/GLP-Fraktion sind hoch erfreut über den guten Abschluss 2011 und wir werden den Anträgen selbstverständlich auch zustimmen. Ich möchte keine Worte mehr über die Vergangenheit verlieren, da wurde genug gesagt. Bezüglich der Zukunft möchte ich darauf hinweisen, dass hier einige Unsicherheiten auf uns lauern, Pensionskasse, Schulhausfinanzierung, neue Kindergärten. Da sind wir sehr gespannt, was der nächste Finanzplan zeigen wird. Der wird klar aufzeigen, welche Möglichkeiten wir in Zukunft haben werden.

**Julia Gosteli**, Grüne Fraktion: Ich möchte mich meinen Vorrednern anschliessen. Wir haben mit Harnos und Pensionskasse grosse Sachen, die auf uns zukommen werden. Das wird Geld kosten und das sind Belastungen. Wir Grünen möchten darauf hinweisen, wenn es um alternative Finanzierungsmöglichkeiten geht, dass wir gegen Landverkäufe sind. Wir möchten nicht, dass noch mehr Grünland wekommt. Ich möchte besonders hinweisen, weil ich da auch persönlich dabei war, auf die Ordner und Bücher des Tageselternvereins. Da gab es Subventionen im 2008 von CHF 180'000, und heute im Jahr 2011 sind das CHF 630'000. Das hat eine Person toppseriös gemacht, aber das ist eine Summe, wo ich finde, dass es professionalisiert werden muss. Da müssen mehr Leute dahinter stehen, die diese grossen Summen anschauen. Wir Grünen und insbesondere ich, die auch Mitglied war in der Fireko, möchten uns herzlich bedanken. In meinem Votum habe ich dich als Kapitän bezeichnet. Ich wusste nichts von deinen Bildern. Du warst auf unserem Finanzschiff, welches nie bedrohlich ins Schwanken gekommen ist. Kleine und grössere Stürme wurden mit Bravour bewältigt. Man hat auch immer über alle Wetterlagen Auskunft erhalten. Er kannte auch alle Himmelsrichtungen und wusste, wo wir stehen. Er hat immer kollegial und hilfreich Antwort gegeben. Ich wünsche dir von Herzen eine gute Zeit ohne Einwohnerrat und viel Erfolg bei deinen neuen Aufgaben, die du antreten wirst.

**Cedric Roos**, Präsident: Gibt es noch weitere Voten zur Rechnung als Ganzes? Das ist nicht der Fall, somit kommen wir zur abschnittsweisen Beratung.

**Andreas Bammatter**, 2. Vizepräsident:

0 Allgemeine Verwaltung

1. Öffentliche Sicherheit

2. Bildung

3. Kultur und Freizeit

4. Gesundheit

5. Soziale Wohlfahrt

6. Verkehr

7. Umwelt und Raumplanung

7.0 Wasserversorgung (Spezialfinanzierung)

7.1. Abwasserbeseitigung (Spezialfinanzierung)

7.2 Abfallbeseitigung (Spezialfinanzierung)

8. Volkswirtschaft

---

9. Finanzen und Steuern

Wir kommen zur Investitionsrechnung.

0 Allgemeine Verwaltung

1. Öffentliche Sicherheit

2. Bildung

3. Kultur und Freizeit

4. Gesundheit

6. Verkehr

7. Umwelt und Raumplanung

9. Finanzen und Steuern

**Cedric Roos**, Präsident: Wenn niemand mehr das Wort verlangt, dann ist die Diskussion geschlossen und wir kommen zu den Anträgen des Gemeinderates.

**Kurt Kneier**, CVP-Fraktion: Wir haben auf Seite 63 aufgehört, die Rechnung geht aber bis und mit Seite 100. Ich habe etwas auf Seite 81 gesehen, dort ist das Verzeichnis der Anlagen des Finanzvermögens. Dort hat die Gemeinde Allschwil einen Anteilschein von meinem Arbeitgeber. Dieser Anteilschein ist CHF 500 und der hätte dann auch beim Aktienennwert nicht CHF 200 sondern CHF 500. Ich bitte dies zu ändern, ansonsten gibt es vielleicht nur 6% Zins das nächste Jahr. Man muss nicht alle Rechnungen korrigieren, aber einfach fürs nächste Jahr.

**Cedric Roos**, Präsident: Wir kommen zu den Anträgen des Gemeinderates.

1. Im Sinne von § 30 der Gemeindefinanzverordnung wird der Ertragsüberschuss wie folgt verwendet:
  - a) Einlage aufgrund von Mehrerträgen aus Steuern in die Vorfinanzierung „Unser neues Schulhaus“ von CHF 3'200'000.
  - b) Einlage des Buchgewinns aus dem Übertrag der Sekundarschulbauten an den Kanton und ungebundenen Infrastrukturbeiträgen von CHF 4'926'891.45 in die Vorfinanzierung „Unser neues Schulhaus“.
  - c) Einlage von CHF 3'620'388.24 ins Eigenkapital.

**//:**

Diesem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

Der Antrag 2 entspricht gleichzeitig auch dem Antrag der Fireko.

2. Die Jahresrechnung der Einwohnergemeinde Allschwil für das Jahr 2011 wird genehmigt (Geschäft 4056).

**//:**

Diesem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

**//:**

Das Geschäft als Ganzes wird einstimmig abgeschlossen.

## **Traktandum 2**

Bericht des Gemeinderates vom 28.03.2012, sowie der Bericht der Geschäftsprüfungskommission vom 01.06.2012, betreffend Geschäftsberichte 2011 des Gemeinderates, der Schulräte und der übrigen Behörden  
Geschäftsvertretung: GP Dr. Anton Lauber, Geschäft 4037 / A

**Anton Lauber, Gemeindepräsident:** Ich freue mich, dass ich für die Gesamtverwaltung auf den Geschäftsbericht des Jahres 2011 zu sprechen kommen darf. Wie Sie in der Rechnung gesehen haben, stehen wir auf einem guten finanziellen Fundament. Man darf vom halbvollen Glas reden, aber immer im Wissen, dass es auch die Sicht gibt vom halbleeren Glas. Wenn ich schon immer etwas hochgenommen werde wegen der Flugzeugtaufe des Airbus A320, schwinge ich mich gerne als Pilot in die Luft und schaue aus der Vogelperspektive Allschwil an, wie es sich zurzeit und rückblickend auf das Jahr 2011 präsentiert. Allschwil hat ein enormes Aufgabenpaket zu erfüllen aktuell, aber vor allem auch in der Zukunft. Entsprechend haben uns im vergangenen Berichtsjahr grosse und komplexe Projekte begleitet. Wir werden darüber noch mehrfach diskutieren. Ein Thema steht heute bereits an, das ist die sogenannte Kindergartenstrategie, verbunden mit der Entwicklung von allen Kindergärten im Raum Allschwil. Es ging um das neue Schulhaus, einen Ersatz für das Gartenstrasse-Schulhaus und das Bettenacker-Schulhaus, die Notwendigkeit Harnos umzusetzen und dafür Platz zu schaffen auf der einen Seite, auf der anderen Seite aber auch die Tagesschule, die in der Volksabstimmung bewilligt wurde, umzusetzen und damit muss mehr moderner Schulraum angeboten werden. Das ist ein sehr grosses Projekt, wo viel daran gearbeitet wurde, und ich freue mich, dass wir da auf gutem Weg sind. Alle diese Projekte sind damit verbunden, dass es sich der Gemeinderat zum Ziel gesetzt hat, eine intensive Kommunikation zu suchen mit den Allschwilerinnen und Allschwilern und mit Ihnen die Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte. Das hat dazu geführt, dass wir in all diesen Bereichen entweder eine Konsultativkommission mitnehmen oder auch mit Workshops zusammen gearbeitet haben und diese Zielsetzungen miteinander definiert haben, damit dann so ein Projekt tatsächlich Erfolg haben kann. Gerade das letzte Wochenende hat es bestätigt, dass dies mögliche Wege sind, um Allschwil voranzubringen. Es sind Projekte, die viel Geld kosten werden. Dieses Geld muss irgendwo herkommen. Wenn Sie in der Rechnung auf Seite 11 schauen, Einnahmen der juristischen Personen, da waren wir im Jahr 2006 bei einem Ertrag von CHF 5'770'000. Aktuell im 2011 haben wir CHF 11'700'000, also von CHF 5'700'000 auf CHF 11'700'000. Total Steuern von juristischen Personen sind CHF 15'200'000. Wenn wir die Steuern anschauen der natürlichen Personen, dann stelle ich fest, dass wir hier stagnieren, plus/minus auf einem Level bleiben. Im 2006 hatten wir CHF 35'000'000 Steuereinnahmen, im 2011 CHF 40'000'000. Auch dies grundsätzlich eine positive Entwicklung. Aber es zeigt klar, dass Allschwil auf den Wirtschaftsstandort angewiesen ist, wenn wir unsere weiteren Projekte zum Erfolg führen möchten und wenn wir sie finanzieren möchten. Das ist auch ein Grund, weshalb die Gemeinde Allschwil grosses Gewicht auf die Entwicklung des Gewerbes legt. Wir haben auch an der Wirtschaftsförderung weitergearbeitet, nebst den Schulen, die ein Hauptthema waren. Ein weiteres Highlight im letzten Jahr war das Alterskonzept, das wir verabschieden konnten. Ich freue mich, dass das Alterskonzept, so wie es jetzt aussieht, nicht nur toter Buchstabe ist, sondern auch tatsächlich als Konzept umgesetzt werden kann. Es ist mir klar, dass man daran zweifeln kann, ob es der Gemeinderat macht. Ich kann Ihnen sagen, der Gemeinderat wird es garantiert machen. Überall dort, wo keine nebulösen Gewässer auftauchen, sprich politische Einflüsse überhand nehmen, wird sich der Gemeinderat ganz strikt an das Alterskonzept halten, das Credo ist grundsätzlich: Ambulant vor stationär, also das Umsetzen von betreutem Wohnen. Hier haben wir die richtigen Weichen gestellt. Ein zentraler Aspekt ist der Finanzausgleich, Nicole Nüssli hat es vorhin angesprochen. Wir bezahlen rund CHF 10'000'000. Wir konnten zwar einen Deckel setzen mit dem maximalen Abschöpfungssatz von 17%, aber es ist klar, dass die Gemeinde Allschwil nach wie vor als Zahlerin kräftig zur Kasse gebeten wird. Unser Budget und unsere Rechnung werden auch in Zukunft massiv dadurch belastet sein. Ein anderes Thema war die Entwicklung der Gemeindepolizei, die kantonal neu geregelt wurde und wo der Landrat bald darüber debattieren wird. Sie sehen, es sind sehr wichtige und grosse Geschäfte, die Allschwil beschäftigen. Was in der letzten Zeit vor allem beschäftigt hat, war der Verkehr. Ihnen ist klar, dass wir bei der Verkehrssituation noch einige Probleme zu lösen haben. Ich fange beim Individualverkehr an. Es geht nach wie vor darum, dass wir Entlastungen auf unseren Hauptverkehrsachsen erhalten. Da laufen verschiedene Projekte, wo Allschwil dran ist. Das eine ist Elba, Entwicklungsplanung Leimental Birseck Allschwil. Da geht es darum, mit einem Modalsplit zwischen ÖV und IV eine bessere Verkehrssituation für Allschwil zu erbringen. Wir sind da bald in der Schlussphase des Projekts Elba und es zeigen sich gute Möglichkeiten für die Gemeinde Allschwil ab, insbesondere beim ÖV, aber auch beim IV. Ich kann noch nicht viel dazu sagen. Ein weiterer Aspekt, für den wir uns

---

massiv eingesetzt haben, ist der Ausbau des öffentlichen Verkehrs. Wir haben insbesondere verlangt, dass die Buslinie 48 eine Fahrplankontakt-Verdichtung erhält und nicht nur in den Hauptstosszeiten fährt, sondern auch im 7,5-Minutentakt ganztags. Da beissen wir immer wieder auf Granit, aber wir sind es gewohnt zu beissen und wir werden hier durchbeissen. Ein anderer Wunsch, den wir haben, ist die Buslinie 33, wo wir ebenfalls eine Fahrplankontakt-Verdichtung haben möchten. Was nach wie vor fehlt, ein altes Thema, aber nicht mehr so hoffnungslos wie auch schon, sind die Park&Ride-Anlagen. Wir haben ein Projekt, ein Interegg-IV-Programm, das finanziert wird vom EuroDistrict zusammen mit der Gemeinde Allschwil. Da geht es darum einen Modalsplit zu finden zwischen Allschwil, Hegenheim, Häsingen, St. Louis, Burgfelden und Basel. Wir sind sehr gut daran, den ÖV hinauszuziehen ins Elsass, um den Pendlerverkehr bereits im Elsass abzufangen, und ihn dann per Park&Ride und ÖV in die Schweiz zu bringen. Das Ziel des Interegg-IV-Programms ist klar, nämlich das Umsteigen im Elsass auf den öffentlichen Verkehr. Ich verspreche mir von diesem Konzept sehr viel und eine massgebliche Entlastung für die Gemeinde Allschwil. Das waren die wichtigsten Highlights. Es gäbe natürlich noch viel mehr. Was ich rückblickend auf die letzten Jahre feststellen darf, ist, dass wir selten an derart vielen und komplexen Themen gearbeitet haben. Ich stelle fest, dass die Arbeit in der Vergangenheit mitnichten abgenommen hat, sondern über die Jahre stetig zugenommen hat. Das ist einerseits durch die Komplexität der Arbeit begründbar und andererseits durch die sehr hohen Erwartungen, die der Gemeinderat und die Verwaltung und Sie alle an die Arbeit des Gemeinderates stellen. Ich bin stolz auf die Gemeinde Allschwil und ich freue mich auf die nächsten Jahre, die wie miteinander haben werden. Ich danke allen ganz herzlich, die zu diesem Erfolg bei Rechnung und Geschäftsbericht beigetragen haben.

**Cedric Roos**, Präsident: Ist das Eintreten bestritten? Das ist nicht der Fall, somit übergebe ich das Wort dem GPK-Präsidenten Andreas Bammatter.

**Andreas Bammatter**, GPK-Präsident: Auch dieses Jahr hat die GPK gemäss Geschäftsreglement des Einwohnerrates den Geschäftsbericht des Gemeinderates und der Behörden geprüft. Es liegt Ihnen ein relativ ausführlicher Bericht vor, deshalb gehe ich nur auf ein paar Details ein. Auch mir und der GPK ist es sehr wichtig, dass wir uns bewusst sind, dass unsere Gemeinde ein mittleres bis grösseres KMU-Unternehmen ist. Wir haben von einem CHF 80'000'000-Budget geredet, wir reden von 20'000 Einwohnern und wir haben auf der Gemeindeverwaltung circa 150 Vollzeitstellen. Wenn wir jährlich die erbrachten Dienstleistungen prüfen und würdigen, dann ist das kein Luxus, sondern dient der Qualitätssicherung. Das sind wir vom Volk Gewählten auch schuldig. Es geht um die Pensionskasse. Auch die Fireko hat dies bereits als zentrales Geschäft bezeichnet. Die Zusammensetzungen der Interessensvertretungen sind im Bericht erwähnt und die wichtigen Daten sind festgehalten. Da gilt es, die Herausforderung und die Grösse des Geschäfts mit der nötigen Sorgfalt anzugehen. Ein anderes Projekt ist Harnos. Das scheint auch nach wie vor, nicht nur in Allschwil, sondern auch im Kanton, eine Baustelle zu sein. Es ist zu offen, dass wir hier Schritt für Schritt die einzelnen Etappen erreichen. Allschwil wird sich auch in der näheren Zukunft vermehrt mit grösseren Projekten auseinandersetzen müssen. Dies erfordert, das darf auch mal gesagt sein, von der grössten Gemeinde im Baselbiet, dass sie sich weiterhin nach ihrer Möglichkeit proaktiv darauf einstellt und nachhaltig ihre Ressourcen einsetzen kann. Das gilt nicht nur für die Finanzen, sondern auch für den Manpower. In diesem Sinne danke ich im Namen der GPK dem Gemeinderat, den Hauptabteilungen und allen Verwaltungsangestellten für die erteilten Auskünfte an die GPK und auch für die erbrachten Dienstleistungen für uns alle Allschwilerinnen und Allschwiler. Ich bitte darum, die Würdigung an die Mitarbeitenden weiterzuleiten.

**Cedric Roos**, Präsident: Wir kommen zur Beratung als Ganzes.

**Josua M. Studer**, SD, fraktionslos: Die GPK hat in ihrem Bericht erklärt, dass sie noch zusätzlich Punkte angeschaut hat wie zum Beispiel Einwohnerdienste / Sicherheit. Ich sehe, dass hier vorne ein Platz leer ist. Kommt Herr Pfaff heute Abend noch? Gut, dann muss ich ihm diese Frage dann noch nachträglich stellen, die ich allgemein stelle. Es geht um Radar, Geschwindigkeitskontrollen. Es wird erwähnt im Bericht der GPK, dass Geschwindigkeitskontrollen Abweichungen ergeben haben von 1 – 15 km/h. Wir hatten eine lange Debatte hier drin über Tempo 30. Da haben wir klar festgehalten und den Bericht erhalten vom Kanton, dass auf den Gemeindestrassen Geschwindigkeiten eingehalten werden mit wenigen Ausnahmen. Die kann man eh nicht bremsen, auch mit Tempo 30 nicht. Die Frage stellt sich, wo kann man in den Gemeindestrasse 1 – 15 km/h zu viel sein nach Abzug der Toleranz? Da kommt mir nur ein Ort in den Sinn, nämlich der Hegenheimerweg. Der Hegenheimerweg ist zum Tummelfeld

---

der Gemeindepolizei geworden, um dort Radar zu machen. Dank Herrn Benz haben Sie jetzt noch viel mehr Möglichkeiten, Bussen auszusprechen im unteren Bereich, wo diese Radar sind. Ich habe die noch nie im oberen Bereich gesehen, wo ursprünglich 60 war. Dort hat es gar keinen Fussgängerverkehr. Warum macht man dort Radar? Weil man Geld machen kann. Radar finde ich richtig an Orten, wo es notwendig ist und um die Sicherheit geht. Die Sicherheit ist in erster Linie wichtig bei den Schulhäusern. Der Nationalrat hat klar einen Vorstoss überwiesen von Herrn Giezendanner, dass die fest installierten Kameras weg sollen, und Radar dort aufgestellt wird, wo es notwendig ist. Es kann nicht sein, dass bei schönem Wetter die Gemeindepolizei dort unten steht, die Ärmel hochgekrempt, um zu sünnele, die Grenzwacht fährt hin, Küsschen Küsschen zwischen der Polizistin und dem Grenzwächter, und nebenbei wird noch Radar gemacht. Das darf nicht sein. Leider hat man als Ratsmitglied keine Möglichkeit einen Vorstoss zu machen, damit sie dort nicht mehr Radar machen dürfen. Sie haben immer die Möglichkeit zu sagen, dass es dort notwendig ist. Wenn Radar, dann macht es bitte dort, wo es nötig ist. Ich wollte eine Anlage, wo die Geschwindigkeit angezeigt wird. Die Gemeinde hat dann eine Anlage angeschafft, die immer irgendwo aufgehängt ist. Das geht nicht lange, und dann hängt die nur noch, aber anzeigen tut sie nichts mehr. Wenn ihr das aufhängt, dann bewirtschaftet doch das bitte auch, damit es einen Nutzen hat. Sie wird oft an der Schönenbuchstrasse aufgestellt, aber sie funktioniert nicht. Vielleicht einen oder zwei Tage und dann ist sie tot. Solche Anlagen haben den Sinn, jemanden darauf hinzuweisen, dass er zu schnell ist und aufpassen soll. Es geht nicht um eine Busse, sondern es ist präventiv. Radar bitte nur dort, wo es einen Sinn macht.

**Jean-Claude Bourgnon**, SP/EVP-Fraktion: Wir haben in der Fraktion der SP/EVP dieses Geschäft diskutiert. Wir teilen den Eindruck und die Schlussfolgerung der GPK und möchten Ihnen beantragen, dass Sie den Anträgen folgen.

**Cedric Roos**, Präsident: Gibt es weitere Voten zum Geschäftsbericht als Ganzes? Das ist nicht der Fall, somit kommen wir zur abschnittswisen Beratung.

**Andreas Bammatter**, 2. Vizepräsident:

Zentrale Dienste - Präsidiales

Finanzen - Steuern

Tiefbau - Umwelt

Hochbau - Raumplanung

Einwohnerdienste - Sicherheit

Bildung - Erziehung - Kultur

Soziale Dienste - Gesundheit

Stellenplan Personalverzeichnis

Schulrat Kindergarten und Primarschule

Schulrat Sekundarschule

Schulrat Musikschule

Sozialhilfebehörde

Vormundschaftsbehörde

Wahlbüro

---

**Josua M. Studer**, SD, fraktionslos: Viermal hat die Wahlbüropräsidentin einen Bericht schreiben können zuhänden des Einwohnerrates. Viermal wurde dieser genehmigt. Ich mache euch beliebt, dass ihr am 27. dieses Monats Susanne Studer das nächste Mal die Möglichkeit gebt, um in einem Jahr wieder einen Bericht zu schreiben. Ihr werdet nicht enttäuscht sein, sie hat vier Jahre eine super Arbeit gemacht.

**Cedric Roos**, Präsident: Wenn es keine weiteren Voten mehr gibt, dann schliesse ich die Diskussion und wir kommen zu den Anträgen des Gemeinderates und der GPK.

1. Antrag, dieser entspricht auch dem Antrag der GPK  
Der Gemeinderat beantragt, die Geschäftsberichte 2011 zur Kenntnis zu nehmen.

**://:**  
Diesem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

Antrag 2 des Gemeinderates  
In diesem Zusammenhang beantragt der Gemeinderat folgendes Geschäft abzuschreiben (vergleiche Seite 11 des Berichts des Gemeinderates):

a) Geschäft 3723, Postulat Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion, vom 25.4.2007  
Fussweg von der Tramhaltestelle Gartenstrasse via Bachgraben / Robi-Spielplatz zum Hegenheimermattweg.

**://:**  
Diesem Antrag wird grossmehrheitlich zugestimmt.

Wir kommen zum Antrag der GPK:  
Der vorliegende Bericht der GPK betreffend Prüfung der Geschäftsberichte 2011 wird zur Kenntnis genommen.

**://:**  
Diesem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

**://:**  
Das Geschäft als Ganzes wird einstimmig abgeschlossen.

671 01.030 Einwohnerrat

### **Traktandum 3**

Bericht der Geschäftsprüfungskommission vom 01.06.2012, betreffend  
Prüfung einzelner Produktgruppen  
Geschäftsvertretung: GPK-Präsident, Geschäft 4073

---

**Andreas Bammatter**, GPK-Präsident: Auch in diesem Jahr, im 4. und letzten Jahr der Legislatur, hat sich die GPK vorgenommen, einzelne Dienstleistungen gemäss ihrem Auftrag zu prüfen. Dieses Mal ist die Wahl auf folgende auch im Bericht dargestellte Produktgruppe gefallen. Informationstechnik, Rechtsdienst, Gewässer, freie Beratung, Prophylaxe und dann haben wir noch einen sogenannten Vorort-Besuch gemacht bei der Sonderschule. Die Prüfung erfolgte in zwei Phasen. In einer ersten Phase hat die GPK die Produktgruppe in quantitativer und qualitativer Hinsicht analysiert. In einer zweiten Phase hat die GPK im Gespräch mit der Gemeindeverwalterin Sandra Steiner die jeweiligen Antworten entgegengenommen und diskutiert, respektive haben wir den Vorort-Besuch gemacht beim Schulleiter Marc Arnold. Die GPK stellt fest, dass sie umfassend informiert wurde und sich ein gutes Bild über den Inhalt der einzelnen Positionen machen konnte. Wir danken der Gemeindeverwalterin Sandra Steiner, ihren Mitarbeitenden und Marc Arnold für die detaillierten Ausführungen. Auch bei diesem Bericht möchte ich kurz zwei Themen ansprechen und zeigen, dass sich Allschwil mit seiner Grösse und seinem Finanzvolumen um Nachhaltigkeit und Qualitätssicherung kümmert. Das erste Thema ist

---

Informationstechnik oder kurz IT. Datensicherheit, Datenschutz, Besitzer und Empfänger von Daten, das sind wichtige Parameter, wo sich eine Gemeinde professionell darum kümmern und führen muss, dies bei den internen Schnittstellen, aber natürlich auch bei den Kunden oder der Aussenwelt. Dabei spielen die Verfügbarkeit und zeitgemässe Updates eine nicht zu unterschätzende Rolle. Dies erfordert auch immer wieder finanzielle Investitionen. Beim Rechtsdienst stellt die Verwaltung auf Anfrage der GPK fest, dass die Beschwerdefreudigkeit zunimmt. Ebenso wird das Vertragswesen immer komplexer und es stehen zahlreiche Gesetzesrevisionen an. Die GPK stellt darum fest, dass einerseits eine breite Fächerung der Aufgaben zwar interessant ist, jedoch eventuell eine Spezialisierung nötig sein könnte, wie das zum Beispiel im Vormundschaftswesen bereits passiert ist. Dort hat man eine spezialisierte Stelle geschaffen. Bei den Gewässern geht es soweit gut, das haben wir auch gesehen. Beim Lörzbach macht uns der toxische Stoff zu schaffen, aber da müssen wir dran bleiben. Die GPK freut sich, zum Thema Qualitätsmanagement im Bereich der freien Prophylaxe etwas zu hören. Dort soll nämlich das System eingeführt werden und das ist gut so. Es ist ein wichtiger Hinweis auf die Entwicklung eines Teils unserer Bevölkerung und darum sinnvoll und notwendig für die Planung von allenfalls notwendigen Massnahmen. Anlässlich der umfangreichen und interessanten Präsentation von Marc Arnold, dem Schulleiter der Primarschule Allschwil, sind wir von der GPK sehr umfassend in das sogenannten Kaskadenmodell, einem Ablaufdiagramm, des sonderpädagogischen Konzepts eingeführt worden. Förderangebote der Primarschule und ähnlich auch im anderen Vorschulbereich bestehen aus einem Grundangebot, Sprache, Mathematik, Heimatangebot und Kultur. Ein weiteres Förderangebot sind sogenannte kollektive Ressourcen, die in der Gruppe gefördert werden. Dort braucht es aber vorgängig eine Abklärung einer Fachstelle. Es sind verstärkte Massnahmen nötig, um individuelle Ressourcen zu fördern bei Behinderungen, die ein Kind hat. Da kommt es entweder zu einer Integration in einer Klasse oder allenfalls zu einer Separation in ein Heim. Wir hatten da einen Einblick wie auch in anderen Jahren zu einem speziellen Gebiet, einer speziellen Dienstleistung unserer Gemeinde. Es ist der GPK wichtig, dem Rat und somit auch der Allschwiler Bevölkerung zu zeigen, dass wir bei einem Vorort-Besuch über Qualität, die geleistet wird, berichten können. Wir sind weiterhin sehr daran interessiert, dass die Gemeinde bei ihrer Grösse der Qualitätssicherung grossen Wert beimisst. Dazu wünsche ich gutes Gelingen. Ganz am Schluss der Legislatur danke ich speziell meinen Kolleginnen und Kollegen, die mich in der Arbeit als Präsident unterstützt und dazu beigetragen haben, dass wir als Team unsere Aufgabe erfüllen konnten. Ich wünsche den kommenden GPK-Mitgliedern alles Gute, genug Freude und Energie für ihre Aufgaben, um weiterhin zusammen mit dem Gemeinderat und der Verwaltung, transparent dem Volk Auskunft geben zu können.

[anhaltender Applaus]

**Cedric Roos**, Präsident: Ist das Eintreten bestritten? Das scheint nicht der Fall zu sein.

**Anton Lauber**, Gemeindepräsident: Ich habe nicht mehr viel dazu zu sagen, Andreas Bammatter hat alles gesagt. Ich bin mit seinem Votum absolut deckungsgleich und bin zufrieden mit der Leistung der Verwaltung. Ich bin davon überzeugt, dass wir dieses Leistungsniveau halten werden können und dass wir dies wahrscheinlich noch steigern können. Darauf freue ich mich.

**Josua M. Studer**, SD, fraktionslos: Vor Jahren hatten wir eine WiKo. Dort war das Ziel, dass in der WiKo Leute der Fireko und der GPK drin waren und zusammen arbeiten. Diese Kommission haben wir nicht mehr, aber es wurde zusammengearbeitet zwischen der Fireko und der GPK. Wir haben es bemerkt, der Fireko-Präsident Hanspeter Tschui hat angefangen mit applaudieren für den GPK-Präsident. Ich finde das ganz toll, die Arbeit, die die beiden zusammen gemacht haben, und auch Andreas Bammatter mit seinen Leuten. Ich bedaure es, dass er nicht mehr weiter macht. Ich habe, nebst den Fussballmatches und Trainings, die wir hatten beim FC Landrat, immer wieder probiert ihn dazu zu bringen, dass er weiter macht. Ich habe gehört, wer vorgeschlagen ist und ich denke, dass dies ein würdiger Nachfolger ist. Ich wünsche ihm alles Gute, denn dies ist wie die Fireko eine ganz wichtige Kommission. Die Fireko und die GPK sind die wichtigsten Kommissionen und dort braucht es Leute, die topp sind und bereit sind, viel Zeit zu investieren. Es kommt der Gemeinde zugute, dass gute Abschlüsse da sind und dass gut gearbeitet wird.

**Kurt Kneier**, CVP-Fraktion: Ich habe eine Frage an den Präsidenten der GPK. Ich bin nicht ganz sicher, wer mir antworten kann. Auf Seite 5, Gewässer, wird eine Frage gestellt, wie es mit der Hochwassergefährdung aussieht, mit den Sicherheitsmassnahmen. Als Antwort steht dort: Nein, seit

---

Inbetriebnahme des Dammes kam es zu keinen Überschwemmungen. Das finde ich sehr positiv. Weiter unten lesen wir von einem Damm, der beim Lützelbächli erstellt werden soll. Wir lesen dort von einem Vorprojekt und einem Bauprojekt. Meine Frage ist, ob dies nachhaltig oder ob dies notwendig ist. Wenn wir hinten den Damm haben, brauchen wir dann noch einen zweiten?

**Robert Vogt**, Gemeinderat: Ich gebe gerne Antwort darauf. Das zusätzliche Projekt, das Hochwasserschutzprojekt am Lützelbach, hat die Konsequenz, dass wir dann den Schutz vervollständigen. Heute ist es so, dass das 100-jährige Hochwasserereignis nicht verhindert werden kann. Wenn es jetzt wieder ein solches Ereignis gäbe wie vor zehn Jahren, dann gäbe es grössere Überschwemmungen im Bachgrabengebiet. Deswegen muss das zweite Stück, der Damm am Lützelbach, gebaut werden, damit dies vollständig ist. Erst dann gehen wir von dieser Sicherheit aus, die die Gebäudeversicherung fordert.

**Rita Urscheler**, Grüne Fraktion: Ich bedanke mich im Namen der Grünen und von mir persönlich bei der Verwaltung, dem Gemeinderat und vor allem bei Sandra Steiner und Toni Lauber für die gute Mitarbeit in den letzten Jahren, wo ich dabei sein konnte. Es war für mich eine sehr interessante Zeit und total spannend. Es gibt das Neu-Deutsche Wort: Die Gemeinde ist in vielen Bereichen sehr gut aufgestellt. Ich finde das auch für mich persönlich beruhigend. Wenn ich zurückdenke, wir haben letztes Jahr die Ereignisbewältigung geprüft. Wir waren im Untergrund und uns wurde alles gezeigt. Ich finde das toll und ich weiss, die sind wirklich vorbereitet, wenn etwas passiert, die wissen, was zu tun ist. Das war für mich ein persönlicher Benefiz von dieser Mitarbeit in der GPK. Ich möchte ganz herzlich allen der GPK danken, auch denen, die aktuell nicht mehr dabei sind. Ich fand es so toll dort mitzuarbeiten. Für mich ist der Auftrag der GPK, dass wir lästig sind. Wir müssen das sein und ich denke, das wurde von allen Parteien, die in der Kommission vertreten sind, aktiv mitgetragen. Die Verwaltung hat dies auch sehr verständnisvoll entgegengenommen, dass wir lästig sein müssen. Ich danke auch sehr herzlich Andreas Bammatter, der diese Kommission super geführt hat. Danke für die angenehme Zusammenarbeit rundum.

**Jean-Claude Bourgnon**, SP/EVP-Fraktion: Die Fraktion der SP/EVP verdankt diesen Bericht. Wir finden die Auswahl der Produktgruppen interessant. Es zeigt die Breite des Spektrums der Aufgaben und der Tätigkeiten in der Gemeinde. Ich möchte zwei Sachen ausführen oder aus meiner Sicht verdeutlichen. Das lästig möchte ich in hartnäckig auslegen, wir fragen nach. Ich fand es sehr gut, dass wir bei divergierenden Standpunkten versucht haben, uns zu finden. Es gab eigentlich nie Raum für parteipolitische oder persönliche Profilierung. Nur so kann diese Kommission ihre Aufgabe erfüllen.

**Simon Zimmermann**, SVP-Fraktion: Ich habe auch noch eine Bemerkung zum Gewässer. In den letzten paar Wochen hat es anständig geschüttet. Es gab dieses Mal keine Überschwemmungen bei den offenen Gewässern. Die Feuerwehr war sowieso draussen, weil an gewissen Hängen Wasser gekommen ist. Ich war an einem Tag draussen beim Rennen und hatte das Pech, dass es so geschüttet hat. Ich war dann hinten beim Staudamm und dort kam alles links und rechts über die Felder herunter. Die Strasse hat man nicht mehr gesehen, man hat nur noch einen Bach gesehen und beim Bächli drüben lief es normal. Ich frage mich jetzt schon, ob es wirklich noch nötig ist, den Lützelbachdamm zu machen. Der Kanton hat dieses Mal die Arbeit gemacht. Sie haben es vielleicht gerochen, sie haben es nämlich einen Monat vorher gereinigt, in Basel-Stadt wurde der Rechen geleert. Damit ist der Abfluss gewährleistet bis runter. Wir hatten an keinem einzigen Ort, nicht einmal an der Neuweilerstrasse oben, irgendwo Wasser neben dem Bach. Dort wurde jetzt ausnahmsweise die Arbeit gemacht. In der Arbeitsgruppe wegen dem Lützelbach wurde dies mehrfach angesprochen. Es hiess immer, es stimme nicht und liege nicht an dem. Aber jetzt haben wir die Zahlen und wir haben genauso viel Wasser wie in anderen Jahren und damals gab es Überschwemmungen. Jetzt ist der Abfluss gewährleistet. Wie sieht das der Gemeinderat?

**Robert Vogt**, Gemeinderat: Ich kann Ihnen heute nicht bekannt geben, weshalb und warum dieser Damm erforderlich ist, aber ich kann Ihnen versichern, dass die Fachleute daran gearbeitet haben und zur Erkenntnis gekommen sind, dass es den Damm effektiv braucht. Wir werden jetzt noch eine zusätzliche Abklärung machen lassen im Bereich des Lützelbachdammes. Wir werden die Versickerung überprüfen, ob die Annahmen richtig sind oder nicht. Wenn sich dies bestätigt, dann werden wir voller Kraft in das Projekt reingehen und werden nicht mehr weiter hinterfragen. Grundsätzlich ist klar, dass wir diesen Schutz wollen. Die Gebäudeversicherung fordert dies auch von uns als Hauseigentümer.



**Simon Maurer**, SP/EVP-Fraktion: Ich habe auch nochmals eine kleine Anschlussfrage zum Hochwasserdamm. Auf die Frage, ob es seit der Inbetriebnahme Vorfälle gegeben hat, steht nur, dass es keine Überschwemmungen gegeben habe. Aus dieser Antwort geht nicht hervor, ob es einfach nicht genug geregnet hat, oder ob der Damm wirklich einmal seine Funktion gezeigt hat. Gab es keine Überschwemmungen, weil der Damm dort ist, oder weil es seither nicht mehr so stark geregnet hat?

**Robert Vogt**, Gemeinderat: Ich gehe davon aus, dass es seither keine Regenereignisse gegeben hat in dieser Intensität. Wie Sie wissen, gab es in der letzten Woche bei Böckten und Gelterkinden ein Hochwasserereignis. Dies war aufgrund einer lokalen Regenwolke. Ich gehe davon aus, dass wir die lokale Regenwolke nicht in Allschwil hatten. Deswegen führte dies bei uns nicht zu den grossen Überschwemmungen.

**Philippe Hofmann**, CVP-Fraktion: Vielleicht eine kurze Ergänzung zum Damm. Ich weiss nicht genau, wann es war, aber man konnte es sehen, dass einmal drei bis vier Meter hoch Wasser dort drin war. Man hat es an den Sträuchern und Büschen der Hänge gesehen, wie hoch es in etwa war. Man konnte dort mit dem Boot fahren. Der Damm sollte halten, so wie man es in diesem Rahmen erwarten darf. Ich wollte mich aber nicht dazu äussern, sondern zum GPK-Bericht allgemein. Ich möchte im Namen der CVP-Fraktion danke sagen für die ganzen Ausführungen, die gemacht wurden. Ich persönlich, auch als Mitglied der GPK, hoffe natürlich auch, dass diese Kommission weiterhin bissig ist, nicht lästig, aber trotzdem penetrant bleibt. Ich hoffe sehr auf Interessierte und hungrige neue Mitglieder, die mitmachen. Danke auch an den Präsidenten und an alle, die mitgearbeitet haben.

**Christoph Benz**, SP/EVP-Fraktion: Ich habe zwei Fragen, die ich gerne Thomas Pfaff stellen würde. Ich stelle sie jetzt einfach in den Raum, dann sind sie gestellt. Wir haben vor rund drei bis vier Jahren einen Bericht erhalten aufgrund einer kniffligen Frage aus dem Rat, wer genau wo wie viele Bussen verteilt hat. Es ging darum, für welches Delikt, wie viel Geld eingenommen wurde. Dort war die Handybenutzung am Steuer ganz weit oben. Auf Seite 3 steht hier nichts mehr von Handybenutzung, das hat mich überrascht. Es deckt sich nicht mit dem, was ich im Verkehr erlebe. Ich sehe laufend Leute mit dem Telefon an den Ohren, egal in welcher Kurve. Wurde dies nicht geprüft, wurden sie nicht erwischt oder gab es dies einfach nicht?

**Anton Lauber**, Gemeindepräsident: Ich kann nicht viel dazu sagen, die Gemeinde Allschwil wird dem Thema nachgehen. Ich habe vorhin angesprochen, dass das Polizeigesetz revidiert wird im Kanton und auch das Gemeindegesetz. Dort haben sich alle grossen Gemeinden und auch Allschwil intensiv dafür eingesetzt, dass man auch im fliessenden Verkehr bestimmte Kompetenzen an die GePo abgeben kann. Dazu gehört zum Beispiel auch das Ahnden von Telefonieren am Steuer. Das ist Zukunftsmusik. Es ist heute schon möglich, aber heute ist es nicht möglich, den Automobilisten anzuzeigen und ihn zu büssen, man kann ihn nur verzeigen. In Zukunft sollte es möglich sein, anzuhalten und zu verzeigen. Das würde dazu führen, dass der Gemeindepolizist den fliessenden Verkehr an einem Fussgängerstreifen überprüfen kann, ob der Vortritt gewährt wird und gleichzeitig auch, ob das Handy benutzt wird. Das wären dann Kompetenzen, die der GePo zugestanden werden.

**Rahel Balsiger**, FDP/GLP-Fraktion: Wir von der FDP/GLP-Fraktion sprechen der GPK Dank aus. Wir danken für die kompetente Arbeit. Es beruhigt und stellt zufrieden, dass man sieht, wie kompetent und intensiv gearbeitet wird.

**Cedric Roos**, Präsident: Gibt es weitere Voten aus dem Rat? Das ist nicht der Fall, somit kommen wir zur abschnittswisen Beratung.

**Andreas Bammatter**, 2. Vizepräsident:

#### 1. Ausgangslage

2. Prüfungsumfang

3. Vorgehen

4. Ergebnis der Prüfung

5. Dank

**Cedric Roos**, Präsident: Wir kommen zu den Anträgen der GPK.

1. Die Produktberichte

- Informationstechnik (IT)
- Rechtsdienst
- Gewässer
- Freie Beratung / Prophylaxe
- Sonderschulen

werden zur Kenntnis genommen.

**//:**

Diesem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

2. Vom vorliegenden Bericht der GPK betreffend Prüfung der Leistungsberichte 2011 wird Kenntnis genommen.

**//:**

Diesem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

**//:**

Das Geschäft als Ganzes wird einstimmig abgeschlossen.

PAUSE

**Cedric Roos**, Präsident: Wir starten mit der dringlichen Motion, die vorhin für dringlich erklärt wurde.

**Florian Spiegel**, SVP-Fraktion: Jean-Jacques Winter, Philippe Hofmann und ich sind mit dieser Motion gekommen, weil, wie den meisten bekannt ist, die Pfadi Allschwil aus dem Keller hinaus muss, den sie bis jetzt beim Rudolf Steiner-Kindergarten an der Spitzwaldstrasse hatte. Die Pfadi Allschwil ist seit fast 60 Jahren dort drin und sie suchen jetzt einen neuen Standort. Das Problem ist, dass sie bis jetzt noch nichts Konkretes haben und die Zeit schnell läuft. Für die Organisation der Pfadi, die finanziell nicht so gut dasteht, ist es schwierig, selber etwas zu kaufen, das war mal ursprünglich eine Idee. Unsere Idee war, dass wir ihnen dort behilflich sein könnten oder die Gemeinde Allschwil einspringen könnte, um ihnen die Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen. Es geht nicht darum, dass man einen Raum baut und ihn möbliert und alles macht. Es geht nur darum, dass wir Räumlichkeiten geben. Sie können selber malern, sie können selber einrichten, sie würden auch Teppich verlegen. Es geht wirklich nur um den Rohbau. Für uns ist es unlogisch, weshalb das Ganze nicht unterkellert ist. Man muss es nicht nur für die Pfadi machen. Unser Ziel ist es, dass auch der Kindergarten selber davon einen Nutzen hat und Stauraum hat. Das Problem hat man immer, dass man irgendwelche Gegenstände hat, die man im Winter braucht, andere braucht man im Sommer. Dann hat man wieder drei Leute mehr oder drei Leute weniger, dann hat man wieder Bänke und Tische, die irgendwo hin müssen. Wenn diese Abteilung dann mal dort raus geht, dann ist es kein verlorener Platz. Es ist Stauraum, den man nutzen kann und der nötig ist. Jetzt kommt die Diskussion, dass es auch andere Vereine gibt. Natürlich gibt es auch andere Vereine.

---

Wir sind auch davon überzeugt, dass wenn dieses Problem bei einem anderen Verein auftritt, dass man auch dort helfen müsste. Da ist die soziale Wohlfahrt am richtigen Ort. Ich sage das nicht, weil ich mal ein Leiter war, sondern als J+S Ausbildungsleiter, die Pfadi Allschwil ist im Kanton hoch angesehen. Was die leiten, ist wirklich super. Was die Leiter unentgeltlich an Arbeit aufbringen und mit den Kindern machen, das ist durchs ganze Jahr ein grosser Aufwand. Sie gehören zu den günstigsten Abteilungen, die es in der ganzen Schweiz gibt. Für andere Organisationen war auch genug Geld da, und zwar Millionenbeträge für irgendwelche Sportanlagen. Man könnte der Pfadi einen viel kleineren Beitrag zur Verfügung stellen.

**Christoph Morat**, Gemeinderat: Ich möchte mich beim Präsidium des Einwohnerrates sehr herzlich bedanken, dass wir die Motion heute beantworten können. Wir stehen unter enormem Zeitdruck mit diesem Geschäft. Bereits morgen hat der Gemeinderat die Pläne des Doppel-Tageskindergartens zur Beratung und muss diese freigeben, damit die Planer dort weiterarbeiten können. Wir sind unter einem enormen Zeitdruck. Ich möchte aber doch noch ein paar Sachen zu diesem Ort sagen. Uns vom Gemeinderat dünkt dies nicht der richtige Ort, unter einem Tageskindergarten ein Pfadilokal einzubauen. Das hat mehrere Gründe. Es geht nicht einfach nur darum, einen Keller zu bauen, wo wir dann unsere Kinder hineinpfärchen, sondern das müsste ein Keller sein, der adäquat ausgebaut ist. Die Pfadi selber schreiben auf ihrer Homepage, dass sie auf keinen Fall in einen Luftschutzkeller möchten, sondern sie suchen Räumlichkeiten, die einigermaßen wohnlich sind. Wenn dies aber so der Fall ist, dann müssten wir Fenster einbauen. Fenster einbauen ist bauphysikalisch nicht ganz einfach und es braucht auf der äusseren Seite Abgrabungen oder Lichtschächte. Dies wiederum ist in dieser Grösse, wo das Tageslicht in die Räume hereinfallen müsste, so gross, dass Absturzsicherungen gebaut werden müssten etc. Das Ganze ist nicht ganz einfach zu bewältigen. Die Abgrabungen wären in der Umgebung als Spielplatz für Tageskindergartenkinder, wir reden von 44 Kindern, die mindestens Dreiviertel in freier Betreuung um das Haus sind, währendem eine halbe Kindergartenklasse Schule hat. Die Pfadi haben ungefähr 300 qm Bedarf, gemäss ihrer Homepage. Wenn man das aufrechnet mit den zwei Räumen für die 30 – 40 Kinder, plus eine Küche plus Stauraum. Dies entspricht ungefähr 87% bis 90% der Gesamtfläche des Kindergartens. Also müssten wir grad alles unterkellern.

Wir sind laut der Basellandschaftlichen Naturgefahrenkarte dort in einem Überschwemmungsgebiet. Wenn der Dorenbach überschwemmt bei einem 100-jährigen Hochwasser, dann würde das ganze Gebiet dort 50 cm unter Wasser stehen. Wir müssten diese Abgrabungen, diese Kellerabgänge, mit separaten Zugängen mit einem 50 cm hohen Mäuerchen oder einem Damm schützen. Ein Ding der Unmöglichkeit. Zum Finanziellen. 300 qm müsste man so einbauen, dass es bauphysikalisch verhebt. Wir reden hier von rund CHF 2800 pro Quadratmeter. Und dann reden wir nicht mehr über eine kleine Unterstützung eines Vereins, sondern dann reden wir über CHF 840'000. Die Planung der Details, wie zum Beispiel die Küche, die sie brauchen, die verschiedenen Raumgrössen und was sonst noch gemacht werden muss, Heizung etc. bedeutet viel mehr Arbeit. Es wäre ein Einschub eines neuen Projekts in das bisherige Projekt, wo wir schon einiges an Planung investiert haben und wo wir morgen im Gemeinderat die Pläne der Kindergartenräume verabschieden werden. Die jetzige Planung und das Geld, das wir dort schon ausgegeben haben, wären obsolet. Der Faktor Zeit spielt eine grosse Rolle. Auch die Pfadi als Nutzergruppe wäre überfordert, wenn man jetzt vor dem Sommerlager oder kurz nach dem Sommerlager auf sie zugehen würde und sagt, dass sie uns bis dann und dann sagen müssen, was sie alles möchten. Ich komme zur Gleichstellung der Vereine. Wir rechnen mit rund CHF 840'000 Investitionen für einen solchen Keller. Das ist sicher auch der Pfadi-Abteilung nicht recht. Sie haben zwar gesagt, dass sie auf der Suche sind nach Räumlichkeiten, aber ich kann mir nicht vorstellen, dass sie das als Abteilung oder als Verein, der eine wichtige und grosse Arbeit in Allschwil macht, das ist unbestritten, damit einverstanden wäre. Sie brauchen ein neues Lokal und der Gemeinderat hat bereits letztes Jahr dies erkannt, weil wir seit längerer Zeit mit dem Besitzer der Liegenschaft an der Spitzwaldstrasse, dem katholischen Frauenverein, im Gespräch sind. Von denen möchten wir auch einen Kindergarten. Aus diesem Grund wissen wir schon länger davon, dass sie das Geld brauchen, wo sie die Liegenschaft an der Spitzwaldstrasse veräussern wollen. Wir sind ja Mieter dieser Liegenschaft und vermieten es unter an die Rudolf Steiner Schule. Wir sind dort bereits aktiv wegen den Kündigungen der Mietverträge. Wir wissen davon und wir sind gern bereit, der Pfadi bei der Suche nach einem Lokal zu helfen, sie zu unterstützen, soweit uns das möglich ist. Ich bitte Sie dringend, dieser Motion nicht stattzugeben. Das würde unsere Pflichten, die wir wahrnehmen müssen mit dem Tageskindergarten-Neubau, mit der ganzen Strategie, die dahinter hängt, und das ganze Kartenhaus zum Einstürzen bringen.

**Josua M. Studer**, SD, fraktionslos: Wir haben eine zweite Einladung erhalten für die heutige und morgige Einwohnerratssitzung. Dort war der Sachantrag zum Geschäft 4049 dabei. Nachdem ich dieses Mail

---

geschrieben habe an alle Einwohnerräte und die Antragsteller angesprochen habe, gehe ich davon aus, dass sie diesen Antrag zurückziehen. Ist das richtig? Somit ist das gut. Ich bin nicht glücklich mit dieser dringlichen Motion, die Sie uns vorlegen. Dies sollte man immer offen formulieren, damit man mehr Möglichkeiten hat. Man konzentriert sich jetzt mit dieser dringlichen Motion einzig auf diesen Standort beim Tageskindergarten. Ich bin zwar etwas erstaunt darüber, dass diese Planung schon so weit voraus ist. An der letzten Sitzung mit der VPK hat dies noch nicht so getönt, dass dies schon so weit ist. Man wollte ein paar Zahlen und dann hiess es, dass man noch nicht so weit sei. Und jetzt liegt es schon beim Gemeinderat und es ist ein Geschäft, das pressiert. Langsam pressiert alles in dieser Gemeinde. Es darf nicht sein, nur weil ein Vorstoss aus dem Parlament kommt, dass etwas nicht weiter geplant werden kann. Man hätte diese Motion offener gestalten sollen, indem man sich nicht auf einen Kellerraum konzentriert, sondern auf Räumlichkeiten, die man wünscht. Es ist gefährlich, gratis etwas zu verlangen. Das haben die Antragsteller gespürt und haben "kostengünstig" mit reingenommen. Das ist richtig, die Vereine müssen eine Eigenleistung erbringen. Der FC Allschwil, der den tollen Platz erhalten hat, der so viel Geld gekostet hat, muss auch bezahlen, die haben nicht einfach alles gratis. Somit ist es eine Gleichstellung mit allen anderen Vereinen. Wir müssen aufpassen, wenn wir jetzt einen Verein vorziehen und diesen herausheben, welche Leistungen er erbringt, denn jeder Verein in Allschwil erbringt eine grosse Leistung. Ich möchte diese Motion unterstützen, man könnte es auch in ein Postulat abwandeln. Der Gemeinderat soll abklären, wo es Möglichkeiten gibt. Wenn er schon so viele Vorkenntnisse hat, dann soll er uns einen Bericht erstellen, welche Möglichkeiten er sieht, wo man eine Pfadi einziehen lassen könnte. Ich begrüsse es, wenn die Motionäre es umwandeln in ein Postulat und die Kellerräume streichen, dafür einfach von Räumlichkeiten sprechen.

**Philippe Hofmann**, CVP-Fraktion: Danke für die Ausführungen von Florian Spiegel und Christoph Morat. Sicher pressiert es, es pressiert immer bei allen und überall, das ist bei jedem Geschäft so und ist nichts Neues. Das beeindruckt mich nicht, auf ein paar Tage weniger oder mehr kommt es nicht drauf an. Im Gegenteil, in der Ruhe liegt die Kraft. Wenn man gewisse Sachen länger überlegt, dann kommen noch Ideen hervor, die man brauchen könnte. Persönliche Meinung: Ein Haus bauen, ein Projekt, ohne Keller ist eine Fehlplanung. Dies nur am Rande. Die Anmerkungen, die gemacht wurden, dass man Fenster machen muss, das ist richtig. Es ist klar, dass man Fenster machen muss. Die paar Quadratmeter, die wegfallen, wenn man eine Absenkung macht, fallen nicht ins Gewicht. Wenn man dies von Anfang an so konzipiert hat, dann wäre es keinem in den Sinn gekommen zu sagen, dass mit der Absenkung Land verloren geht. Dieses Argument zählt gar nicht. Die Gefahrenkarte Dorenbach ist eine Tatsache. Aber auch dort: Wo ein Wille ist, ist ein Weg. Wenn man diese 50 cm grossen Mäuerchen bauen möchte, dann kann man diese bauen und in ein Konzept mit reinnehmen. Das ist nicht unmöglich, wie Gemeinderat Morat dies ausgeführt hat, sondern das ist möglich. Wenn der Gemeinderat schon so weit ist, dass er eine Unterstützung der Pfadi in Betracht gezogen hat, dann nimmt uns es konkret wunder, wie und wo etwas Konkretes vorliegt. Ich habe jetzt nur gehört, es sei etwas im Tun, aber mich interessiert, wie genau dies funktioniert.

**Christoph Morat**, Gemeinderat: Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg. Das mag sein, aber wenn man grosse Fenster hat, die man wasserdicht gestalten muss, sodass bei einem Unwetter oder einer Überflutung dies erfüllt werden muss, dann ist das baubewilligungsrelevant. Und ohne den Nachweis davon können wir keine Baubewilligung bringen. Das würde das Projekt des Kindergartens massiv verteuern. Es gibt Möglichkeiten, die momentan noch nicht spruchreif sind, um der Pfadi etwas anzubieten. Da hängen verschiedene Sachen dran, wo ich momentan nichts dazu sagen kann. Es ist so, wie ich gesagt habe, der Gemeinderat unterstützt die Pfadi bei der Suche nach einem Lokal nach Kräften und Möglichkeiten. Wir möchten aber aus präjudiziellen Gründen davor absehen, eine grosse Investition für einen Verein zu tätigen. Wir wissen genau, dass es noch viele andere Vereine gibt, die genauso viel für die Jugend tun wie die Pfadi Allschwil. Die Pfadi Allschwil sind zwar der zweitgrösste Jugendverein, aber ich glaube, dass auch Jungwacht, Blauring, CEVI und diverse Sportvereine auch einiges für die Jugend machen, fördern und fordern, wie wir das in unserem Jugendkonzept vorsehen und in Allschwil leben möchten. Das wäre des Guten zu viel, wenn wir da einen solchen Fall präjudiziell schaffen, den andere Vereine nur dazu einladen würden, bei der Gemeinde Allschwil anzuklopfen. Gemeinderätin Nicole Nüssli hat heute Abend gesagt, dass wir einige Sachen in petto haben und es wird nicht weniger, was wir in Zukunft zu bewältigen haben. Ich möchte Sie bitten davon abzusehen, die Motion in dieser Form zu überweisen. Ich könnte mir vorstellen, dass wir ein ähnlich lautendes Postulat entgegennehmen könnten, so wie es Josua Studer vorhin skizziert hat. Wir können Bericht erstatten, was wir machen können. Dann haben wir ein bisschen Zeit und dann sind ein paar Punkte klarer, damit ich die Fragen von Philippe Hofmann besser beantworten kann.

**Kurt Kneier**, CVP-Fraktion: In Ihrem ersten Votum haben Sie die Homepage der Pfadi zitiert, der Bedarf sei das und das. Nach ihrem ersten Votum hatte ich das Gefühl, dass Sie noch nie mit der Pfadi geredet haben. Dann kamen Fragen und nach dem zweiten Votum habe ich das Gefühl, Sie haben mit der Pfadi geredet. Da habe ich ein kleines Problem. Ich gehe davon aus, dass Sie mit der Pfadi geredet haben. Sie haben im zweiten Votum gesagt, dass etwas im Tun sei. Sie können nichts sagen, dafür habe ich Verständnis. Man kann nicht immer Auskunft geben. Aber es nimmt mich trotzdem wunder, ob der Gemeinderat mit der Pfadi Kontakt hatte. Hat der Gemeinderat der Pfadi etwas in Aussicht gestellt? Hätte dies nicht so viel gekostet, wie das, was es jetzt kosten würde? Ich habe momentan sehr viele offene Fragen. Ich denke, du gibst mir Auskunft.

**Christoph Morat**, Gemeinderat: Ich hatte Kontakt mit der Pfadi und ich habe immer noch Kontakt mit der Pfadi. Der Gemeinderat hat der Pfadi nichts in Aussicht gestellt. Es geht lediglich darum, die Bedürfnisse abzustecken, um zu schauen, ob wir bei der Suche nach geeigneten Räumlichkeiten der Pfadi entgegenkommen können. Von den Kosten her kann ich momentan nichts sagen. Man kann nicht immer über alles Auskunft geben. Diese Lösung, die allenfalls eine Möglichkeit wäre, ist sicher kostengünstiger.

**Peter von Arx**, FDP/GLP-Fraktion: Ich darf als ehemaliger Pfadi und als ehemaliger Pfadikolleg von Jean-Jacques etwas dazu sagen. Ich war mindestens 17 Jahre dabei und habe als Lokalchef im St. Anton das Lokal geführt bzw. ich war verantwortlich für den Unterhalt. Die Pfadi hat gar nicht so grosse Ansprüche. Sie brauchen nichts anderes als einen Raum. Sie teilen den Raum selber ein, sie bauen selber und schauen selber, wie das funktioniert. Das ist etwas anderes, als wenn wir die Blauring oder Jungwacht anschauen, die einen normalen Raum benötigen. Es gibt in Allschwil sicher irgendwo einen Keller, den man nutzen könnte und der weniger als CHF 800'000 kostet. Wir hatten früher nicht einmal Fenster und haben dies auch nicht benötigt. Wir haben uns wohl gefühlt und uns eingerichtet. Dass Allschwil auf eine grosse Tradition bei der Pfadi zurückschaut, zeigt auch, dass wir vor rund zehn Jahren den Bundesfeldmeister gestellt haben, also den höchsten Pfadi der Schweiz. Die Tradition wäre da. Man sollte die Sache genauer anschauen, für den Moment zurückstellen und die Bedürfnisse abklären. Ich habe nicht den Eindruck, dass dies alles so genau abgeklärt wurde. Auf der anderen Seite hätten wir beim Robi-Spielplatz die Möglichkeit für eine Zwischenlösung, bis man eine seriöse gute Lösung gefunden hat.

**Christoph Morat**, Gemeinderat: Ich möchte gerade eine Antwort darauf gebe, Peter von Arx. Ich war auch lang genug in der Pfadi-Abteilung St. Fridolin tätig, um zu wissen, was die brauchen. Es ist ein Unterschied, ob man von einem Ist-Zustand auf einen Soll-Zustand schliesst. Der Ist-Zustand interessiert heute keinen Mensch, weil dies gewachsen ist. Aber beim Soll-Zustand reden wir von einer Baubewilligung. Bei einer Bauanfrage muss ich mindestens reinschreiben, welche Räume dahinter sind. Dann werden die ganz sicher nicht bewilligt, wenn da nicht alles ganz genau stimmt mit der Fenstergrösse, mit den bauphysikalischen Bedingungen etc. Da können wir nicht einfach sagen, dass wir einen Keller bauen und dass er für Material ist. Am Schluss werden Kinder dort drin betreut. Das geht nicht und das bringt mein ethisches Verständnis einer sinnvollen Planung durcheinander. Da verstehe ich die Welt nicht mehr, wenn man mir sagt, dass ich Räume planen soll, wo man bestenfalls Sachen abstellen kann, und danach sind 50 bis 60 Kinder dort unten. Dafür habe ich kein Verständnis, dies müssen qualitativ gute Räume sein. Das ist jetzt ein Neubau, wo wir darauf angewiesen sind, dass das Baubewilligungsverfahren richtig, sauber und flüssig abläuft und ohne Einsprachen und ohne Einigungsverfahren etc. Das muss alles reibungslos abgehen und wir können uns diesen Zeitverlust nicht leisten. Ich bitte darum, dass man dies allenfalls in ein Postulat umwandelt, aber die Motion so auszuführen, ist ein Overkill für das Projekt Tageskindergarten.

**Simon Zimmermann**, SVP-Fraktion: Ich staune sehr über die Äusserungen des Gemeinderates. Da ist eine Organisation, es spielt keine Rolle, welche, das ist mir in erster Linie egal. Es gibt Leute, die erklären sich bereit, für die Jungen in Allschwil etwas zu machen. Der soziale Gemeinderat pfeffert irgendwas durch die Gegend mit Beträgen, die noch nicht mal offeriert wurden. Man reagiert panisch. Vielleicht sitzen die falschen Kollegen in diesem Verein, so kommt es jedenfalls bei mir an. Klärt doch bitte zuerst sauber ab, bevor Geldbeträge in den Raum geschossen werden, die dem vielleicht gar nicht entsprechen. Man muss keinen Bau vergolden, man kann es auf dem Minimum halten. Wir haben schon genug Geld an andere Organisationen gesprochen, die auch mit Kindern arbeiten. In den vergangenen Jahren waren es zwei, da hat man dies gesprochen und das Zeugs gebaut, weil vielleicht gute Kollegen

---

dort drin waren. Ich habe ein Verständnisproblem. Den einen gibt man es und bei den anderen hat man eine Abwehrhaltung. Es ist die Zukunft unserer Bürger in Allschwil. Vielleicht kann man den einen oder andern auf bessere Gedanken bringen. Für mich ist es nicht nachvollziehbar, was hier abgeht. Das ist eine Panikmacherei.

**Hanspeter Tschui**, SVP-Fraktion: Das finanzielle Gewissen dieses Parlaments meldet sich nochmals zu Wort. Es ist unerheblich, ob ein Zusatzausbau CHF 800'000 kostet oder CHF 1'200'000. Es ist aus meiner Sicht ein strategischer Grundsatzentscheid, wie an vielen anderen Orten auch. Stellt die Gemeinde solchen Institutionen und Vereinen Fazilitäten zur Verfügung, kostenlos oder nach einem Schlüssel. Ja oder Nein, nach dem Grundsatz der Gleichbehandlung. Wenn Gemeinderat Morat heute sagt, dass ein solcher Ausbau CHF 800'000 kostet, dann ist das eine Schätzung, die aufgrund seiner beruflichen Erfahrung durchaus eine gewisse Gültigkeit hat. Wenn jemand schon einmal gebaut hat, dann kann er sich vorstellen, dass wir hier von einer Grössenordnung reden, die der Realität nahe kommt. Wenn wir eine solche Motion überweisen, dann bin ich der Meinung, dass man vorher Klarheit schaffen soll, ob das die Gemeinde für die Pfadi macht oder auch für andere Institutionen.

**Anton Lauber**, Gemeindepräsident: Es ist klar, dass man sich hier politisch auf Glatteis befindet. Politik lebt vom Geschenke machen, das ist ein beliebter Ausspruch von mir. Ich möchte mich sehr dem Votum von Hanspeter Tschui anschliessen. Wir reden heute von einem Systemwechsel. Wir haben genau eine Anlage erstellt in einer bestimmten Grössenordnung, das war für den FC Allschwil im Brühl. Das Clublokal mussten sie selber finanzieren. Die Anlage gilt als öffentliche Anlage. Es ist nicht nur für den FC Allschwil reserviert, sondern für alle. Das dünkt mich ein ganz wichtiger Aspekt. Wenn wir von einem Raum für die Pfadi reden, dann reden wir von einem ganz gewichtigen Grundsatzentscheid, den die Gemeinde Allschwil fällen muss. Es werden berechtigterweise andere kommen, gleich wie die Pfadi, und werden für sich genau das gleiche monieren und beanspruchen, mit guten Argumenten und einem politischen Druck im Hintergrund. Dann muss man auch ja sagen, denn wer A sagt, muss auch B sagen. Ich möchte damit nicht sagen, dass der eine mehr Recht hat als der andere, aber es sollten alle gleichviel Recht haben. Einen solchen Systemwechsel so übers Knie zu brechen, ohne sich dies gut zu überlegen, dünkt mich sehr gefährlich an der jetzigen Diskussion. Dies auch im Hinblick auf die finanzielle Situation der Gemeinde. Klar stehen wir positiv da und schauen auf das halbvolle Glas. Ich erlaube mir auch auf das halbleere Glas hinzuweisen. Es kann einen grossen Investitionsdruck bedeuten, wenn wir mehreren privaten Vereinen nachgeben müssen und Räumlichkeiten zur Verfügung stellen müssen. Wenn man in der Exekutive arbeitet, dann weiss man, dass viele Private kommen, und Räumlichkeiten von der Gemeinde möchten. Wenn wir alle berücksichtigen müssten, dann wären wir restlos überfordert. Ich komme darauf zurück, was Hanspeter Tschui gesagt hat. Wir reden von einem Systemwechsel und den müssen wir mit grossem Bedacht gehen, wenn wir den wirklich gehen wollen.

**Simon Zimmermann**, SVP-Fraktion: Herr Lauber, ich habe eine kurze Frage. Wann ist der Brühl für die Gesamtöffentlichkeit zugänglich?

**Anton Lauber**, Gemeindepräsident: Nicole Nüssli hat es grad gesagt, nämlich das ganze Wochenende. Aber es ist ja gefährlich bei dir Zahlen zu nennen, du musst selber nachschauen.

**Jean-Jacques Winter**, SP/EVP-Fraktion: Wir haben gesehen, wie viele grosse Persönlichkeiten aus der Pfadi gekommen sind. Aber ich bin sicher, es gibt auch viele grosse Persönlichkeiten aus der CEVI, aus der Jungwacht und aus dem Blauring. Es geht nicht darum, die eine Gruppe gegen die andere auszuspielen. Das kann ich beruflich nicht und privat auch nicht, meine Frau war Blauringleiterin. Zum Vorschlag von Gemeinderat Christoph Morat, dass wir dies in ein Postulat ändern sollen. Das würde heissen, dass der Gemeinderat abklärt, wo. Aber der Gemeinderat weiss anscheinend schon sehr lange, dass die Pfadi in Not ist. Mein Sohn ist da inzwischen Leiter und nicht mehr Florian und der Sohn von Christoph ist da auch dabei. Bei der Pfadi ist es noch nicht klar, was läuft und die rotieren wirklich und suchen und wissen, dass die Zeit läuft. Jetzt kommt die Sommerpause und es wird immer knapper. Der Frauenverein sagt mit Recht, dass man mit diesem Areal etwas anderes machen kann, obwohl es der schönste Kindergarten von Allschwil ist. Das wäre für mich und meine Klasse das ideale Schulzimmer, das Klavier hätte dort Platz. Der Tageskindergarten muss sowieso zum Teil unterkellert werden. Alle Probleme des Wassers müssen eh gemacht werden. Auch dieser Teil des Kellers muss wahrscheinlich ein Lichtschacht haben, einen Zugang von Aussen, weil man Bänke hinuntertragen muss. Ich kenne kein

---

Schulhaus, das genug Abstellkammern hat. Dieses Haus muss unterkellert werden. Jemand hat auch gesagt, dass heute kein Mensch, ausser der Gemeinde, Häuser ohne Keller baut. Denken Sie an das Feuerwehrmagazin. Dort fluchen sie bereits heute, dass sie keinen Platz haben. Der Antrag ist ganz einfach. Es ist ein Bedürfnis da und es wird gebaut. Warum denn nicht grad alles unterkellern? Klar, Toni und Hanspeter haben Recht, es ist ein Richtungsentscheid, ob man etwas unterstützt. Die anderen Vereine haben das Glück, dass sie in der Kirche Räume haben. Ich habe das gleiche Problem. Wenn ich mit einer Schulklasse ein Musical mache, dann muss ich in einen Pfarreisaal gehen, weil ich keine Aula habe. Es wurde oft gesagt, dass es keine tolle Ausstattung sein muss. Die Pfadi besteht nicht nur aus Intellektuellen, sondern auch aus Handwerkern. Den Standort finde ich ideal. Es gibt einen ÖV-Anschluss, es gibt ein Mätteli nebenan und man kann sogar noch die leeren Flaschen entsorgen. Die Eltern wissen, wo es hingeht. Wenn später Bettenacker wegkommt mit dem Spielplatz, dann haben wir noch die Gewähr, dass das Mätteli mit der Pfadi noch etwas länger überlebt. Wir haben bis jetzt noch nichts gehört vom Gemeinderat, auch die Pfadi nicht. Wir haben die Chance, aus dem Neubau etwas zu machen. Die Pfadi braucht den Keller nicht den ganzen Tag. Aber ein Kindergarten macht vielleicht eine Projektwoche und dann können sie diese Räume tagsüber auch brauchen für Arbeiten, die sie machen. Es braucht Räume und es braucht Gestaltungen. Ich bitte Sie, diese Chance zu packen und die Abklärungen zu machen, um aus einem Kleinkeller einen Grosskeller zu machen. Über das Geld kann ich nicht reden, ich bin weder Finanzfachmann noch Baufachmann. Aber es ist eine Chance. Es geht nicht darum, etwas gegeneinander auszuspielen, man muss es packen.

**Rita Urscheler**, Grüne Fraktion: Mein Votum wurde teilweise von Jean-Jacques Winter vorgebracht. Ich möchte das Ganze abgekoppelt von der Pfadi anschauen. Dort bin ich auch nicht dafür, weil sonst gibt es schwierige Präzedenzfälle. Als ich realisiert habe, dass dies nicht ganz unterkellert wurde, war ich erstaunt. In Allschwil gibt es kaum noch Landreserven. Wenn schon bauen, dann besser mit einer Unterkellerung, mit welchem Sinn auch immer. Es kostet, aber das macht Sinn, es ist auch eine Vorsorge für die Zukunft. Ich bin nicht dafür, dass die Pfadi sehr stark berücksichtigt wird, da müssen wir andere Lösungen suchen. Intensive Landnutzung liegt mir schon am Herzen. Wieso war eine Unterkellerung nicht von Anfang an geplant?

**Christoph Morat**, Gemeinderat: Wir haben dort keinen Keller geplant, weil wir keinen brauchen. Dies war ein intensiver Austausch mit der Nutzergruppe, mit den Kindergräten und mit der Schulleitung der Kindergärten. Wir sind mit den Kindergärtnerinnen und der Schulleitung zum Schluss gekommen, dass wir dort einen ebenerdigen Bau in Elementbauweise machen, anders lässt sich dies auch zeitlich nicht bewältigen. Der teuerste Raum ist immer derjenige im Boden, aber wir brauchen ihn nicht. Wir sind zusammen mit der Schulleitung und dem Kindergarten in langen Gesprächen darauf gekommen, dass wir keinen Keller brauchen dort, dass es auch ein Risiko wäre in Zusammenhang mit der Naturgefahrenkarte und so viel einfacher ist. Wir können damit leben, dass wir dort einen zweistöckigen Elementbau Kindergarten hinstellen, ohne irgendwelche Kellerräume. Es gibt nochmals eine andere Qualität von einem gewöhnlichen Lagerkeller zu einem ausgebauten Keller. Das ist bauphysikalisch ganz etwas anderes. Da reden wir nicht von einem Rolls Royce, sondern von einer Tropfsteinhöhle, wenn man das nicht richtig isoliert. In dieser Qualität möchten wir die Räume nicht bauen und schon gar nicht jemandem zur Verfügung stellen. Wir planen dort nichts mit einem Keller, weil wir ihn nicht brauchen. Wenn man ihn nicht braucht, dann wird er nicht genutzt, wir wissen nicht für was und die Schulleitung weiss es auch nicht.

**Rahel Balsiger**, FDP/GLP-Fraktion: Ich befinde mich zwischen dem Votum von Herrn Tschui und Rita Urscheler. Zuerst waren die hohen Kosten und dann reden wir immer mehr von verdichtetem Bauen. Mir ist es unerklärlich, dass öffentliche Räume nicht unterkellert werden oder klar kommuniziert wird, dass man wenigstens nach oben bauen darf. Der Raumbedarf wird in den nächsten 20 Jahren steigen. Es geht nicht um die kurzfristige Sicht, ob man grad heute einen Keller braucht. Auch wenn man keinen Ausbaustandard heute machen möchte, dann finde ich Unterkellern wichtig. Es gibt ja noch weitere Kindergärten, die man bauen muss und dort muss man schauen, dass der Boden nach unten und nach oben genutzt werden kann. Verdichtetes Bauen.

**Florian Spiegel**, SVP-Fraktion: Beim Standort schliesse ich mich Jean-Jacques Winter an, der ist super. Ich habe regen Kontakt zur Pfadi Allschwil. Ich sehe sie einmal pro Woche. Sie haben mir das bestätigt, dass sie bereit sind, selber sehr viel zu machen. Wenn etwas an die Verwaltung geht, dann muss man das und das haben. Da kann man es wirklich einfach halten. Für mich ist das vom Gemeinderat eine

---

Angstmacherei. Ich höre, dass es unmöglich ist und dass das ganze Kartenhaus zusammenfällt. Darüber muss ich schmunzeln. Zuerst wird es teuer und dann ist es wieder eine Tropfsteinhöhle. Es ist ein Nonsens, dass man heute ein Gebäude baut ohne Keller. Wenn man diese Planung gemacht hat, dann fällt das Kartenhaus nicht zusammen. Wenn man sauber plant, dann hat man das vorher angeschaut. Ich komme ein bisschen aus diesem Gewerbe und kenn mich aus. Das ist keine riesige Umstellung, auch mit den Leitungen nicht. Man kann die sanitären Anlagen und die Heizungen alle im Keller haben und sie müssen nicht oben auf dem gleichen Stock wie der Tageskindergarten sein. Wenn man das sauber geplant hat, dann hat man von Anfang an mehrere Varianten geplant, ansonsten wurde die Arbeit nicht sauber gemacht.

**Hanspeter Tschui**, SVP-Fraktion: Ich möchte meine vorangegangene Argumentationslinie substantiell etwas erhärten. Zur Klärung und Entkrampfung der Situation: Im laufenden Investitionsprogramm haben wir für die Kindergärten und den Tageskindergarten CHF 10'800'000 eingestellt. Der Doppel-Tageskindergarten ist mit CHF 3'000'000 eingestellt. Wenn wir jetzt von CHF 800'000 reden, plus/minus 20%, dann reden wir von einer Grössenordnung von einem Drittel Mehrkosten für die Unterkellerung. Für einen Grundsatzentscheid über CHF 1'000'000 für eine Institution – ich wiederhole mich – ist heute der falsche Zeitpunkt.

**Jean-Claude Bourgnon**, SP/EVP-Fraktion: Ich habe in der Pause zu zwei Kollegen gesagt. Wo bleibt heute Abend die epische Diskussion. Jetzt ist sie doch noch da. Jetzt möchte ich aber nichts zum Keller oder zu den Räumen sagen. Wir sind je nach dem dabei, in einem Schnellschuss eine Weiche zu stellen, um einen namhaften sechsstelligen Betrag zu sprechen. Je schneller man schießt, desto weniger genau trifft man das Ziel. Ich möchte Sie davor warnen, denn diese Diskussion müssten wir führen und nicht ob und wie viel unterkellert wird.

**Jean-Jacques Winter**, SP/EVP-Fraktion: Kurz zu dem, was Florian und Hanspeter gesagt haben. Wenn die Infrastruktursachen im Keller gelagert werden können, gewinnt man oben Quadratmeter, womit man auch gewinnen könnte. Kein Privater sagt heute, dass er nicht dies und jenes braucht. Man braucht einen Keller. Ich begreife meine Etage oben dran nicht, die sagt, dass ein Kindergarten keine Abstellfläche braucht. Sie haben Aussensachen, die weg müssen. Sie müssen im Winter weggestellt werden, die Möbel aus dem Garten müssen weg. Ich brauche nach den Ferien zwei neue Bänke, weil ich neue Schüler habe. Im Keller müssen die vorhanden sein, ansonsten muss ich den Hauswart verrückt machen. Es kann sein, dass ein Stuhl kaputt geht, und dann muss einer da unten sein. Wir hatten das Theater vor ein paar Jahren, wohin dieses Mobiliar geht. Irgendwie ist es verschwunden und wir mussten es neu organisieren. Man kann die Sachen in den Keller tun und dann kann man oben pädagogisch etwas gewinnen.

**Christoph Morat**, Gemeinderat: Noch ein Wort zu den Abstellräumen. Wir sind mit den Fachleuten am Tisch gesessen und wir haben selbstverständlich Abstellräume. Aber wir haben nicht die teuren Abstellräume im Boden, sondern wir haben ganz normale Abstellräume oben. Und wir haben ein richtiges Raumprogramm erstellt mit allen möglichen Räumen, die es für den Tageskindergarten und zwei normale Kindergartenabteilungen braucht. Es sassen die richtigen Leute am Tisch, die das so beschlossen haben. Der Gemeinderat hat fixfertige Pläne auf dem Tisch, die morgen verabschiedet werden sollten, damit der Planer weitermachen kann. Wir stehen unter einem gewissen Zeitdruck, weil wir nächsten März eine Volksabstimmung durchführen sollten, da wir sicher über die CHF 3'000'000 kommen werden, schon nur mit dem Doppelkindergarten. Wir werden bei einem nächsten Geschäft über die Fortführungskosten für den Tageskindergarten sprechen. Es gibt sicher eine Volksabstimmung über den Tageskindergarten. Es wäre jetzt falsch, Räume zu planen, die es nicht braucht. Die Nutzer sassen am Tisch und haben das so gesagt. Wir legen hier denen ein Ei und erweisen einen Bärendienst, wenn wir sagen, dass dies jetzt unterkellert wird und alles dort runter kommt. Es wären dann immer noch keine Räumlichkeiten, die man nutzen kann als Wohnung oder als bewohnte Räume. Anders kann man dies nicht interpretieren, wenn man dort Kinderbetreuung in irgendeinem Sinne, sei das Pfadi oder etwas anderes, macht. Das ist nicht die gleiche Ebene und nicht die gleiche Diskussion. Wir brauchen diese Räume nicht und die teuersten Räume sind die Räume, die man baut und nicht braucht. Wir sind in der Planung schon so weit, dass wir jetzt auf die Piste müssen, damit wir rechtzeitig in den Einwohnerrat kommen können, um rechtzeitig für die Volksabstimmung die entsprechenden Unterlagen vorzubereiten.



---

**Peter von Arx**, FDP/GLP-Fraktion: Ich habe nur noch eine kleine Bemerkung. Man möchte etwas für die Jungen machen, dieses Gefühl kriegen wir hier drin nicht raus. Auf der anderen Seite ist auch die Verdichtung des Bauens sehr wichtig. Wir haben in der Motion die Pfadi drin. Wenn man die Pfadi rausstreichen würde und nur die Unterkellerung reinnimmt, wie würde das aussehen? Wäre das eine Variante? Könnten wir das machen? Das wäre ein Antrag von mir, dass man die Pfadi rausnimmt und generell sagt, dass man eine Unterkellerung macht, und die Motion dementsprechend überweist.

**Josua M. Studer**, SD, fraktionslos: Es wird langsam unruhig, Fussball fängt bald an. Mir fehlt von den Antragsstellern die Information, ob sie auf ein Postulat umschwenken. Der Gemeinderat wäre bereit und von den Antragstellern kommt kein Signal. Der Gemeinderat bietet Hand und auch wenn sie morgen oder übermorgen das Geschäft weitergeben und dann geplant wird, am Schluss kommt dies sicher nochmals hier rein und dann könnt ihr immer noch den Antrag vom Keller stellen. Das haben wir auch beim Jugendzentrum gemacht. Hier ist noch nichts verloren, wenn wir heute keinen Keller bewilligen. Die Motion wird nicht durchkommen, so wie ich das aus den Stimmen spüre. Ein Postulat hätte die Möglichkeit, durchzukommen, damit der Gemeinderat aufzeigen kann, welche Möglichkeiten es gibt. Er könnte dann auch darlegen, was es kosten würde. Ich würde dies auf ein Postulat ändern, dann haben wir wenigstens etwas, ansonsten habt ihr gar nichts.

**Anton Lauber**, Gemeindepräsident: Ich möchte noch kurz eine Auslegeordnung machen, weil wir hier querbeet diskutieren, das macht es enorm schwierig. Wir reden vom Doppelkindergarten. Der Gemeinderat möchte den vorantreiben, der liegt morgen beim Gemeinderat und wir werden darüber beschliessen. Da ist es enorm schwierig im jetzigen Stadium darüber zu diskutieren, vor allem weil wir beim Raumprogramm auf den Keller verzichten wollten. Jetzt sieht es so aus, dass der Gemeinderat kein verdichtetes Bauen möchte. Das ist ein massiver Irrtum. Selbstverständlich steht der Gemeinderat für verdichtetes Bauen ein, dafür brauchen wir keinen Vorstoss. Das können Sie von mir mündlich zuhänden des Protokolls hören. Ein anderer Aspekt ist, dass man Thema Kindergarten und Keller trennen muss. Das ist ein ganz anderer Entscheid und es wäre fatal, diesen mit der Unterkellerung des Doppelkindergartens zu koppeln. Dahinter steht ein Strategiewechsel. Da macht das Parlament eine unglaubliche Aussage aufgrund eines Kellers, den man einer bestimmten Gruppe zur Verfügung stellen möchte. Dieser Grundsatzentscheid ist schwierig und das ist das gefährliche an diesem ganzen Vorstoss, dass zwei total unterschiedliche Themen miteinander verknüpft werden. Das eine ist der Keller und das andere ist die Behandlung einer bestimmten Interessengruppe in der Gemeinde Allschwil. Das Interesse ist korrekt, dagegen sagt niemand etwas. Aber wir schaffen in Konzepten, es gibt viele Konzepte, die der Einwohnerrat von uns verlangt hat und wir haben diese Konzepte bereits abgegeben, Grünraumkonzept, Spielplatzkonzept, Alterskonzept etc. Und jetzt wollen wir etwas anstuern, was wir konzeptionell noch nicht zu Ende gedacht haben, und im Schnellschussverfahren einen Entscheid treffen. Ich möchte davor warnen, ohne politisch für die eine oder andere Richtung Stellung zu nehmen. Das ist doch nicht die Art und Weise, wie die Gemeinde Allschwil mit solchen Themen umgeht. Man kann nicht im Schnellschuss derart wichtige Aspekte miteinander vermischen. Wenn Sie etwas überweisen möchten, dann bitte ich Sie, dies sauber zu trennen. Die Pfade hängt nicht vom Keller ab und der Keller nicht von der Pfadi. Die Gemeinde Allschwil ist bereit, der Pfadi nach Mittel und Möglichkeiten zu helfen. Wir sind bereit allen zu helfen, die Räumlichkeiten suchen. Aber wir können nicht im Schnellschussverfahren sechsstelligen Beträge sprechen. Wenn Sie heute ein Postulat überweisen, dass man unterkellern soll, dann kann der Gemeinderat morgen nochmals darüber diskutieren. Das ist aber sehr schwierig, denn das Konzept ist zeitlich sehr eng und die Nutzer haben gesagt, dass sie es selber nicht brauchen. Bezüglich der Pfadi können Sie ein Postulat überweisen, wie man der Pfadi helfen kann. Dann haben wir die Möglichkeit, unabhängig der Kellerdiskussion die Auslegeordnung zu machen und auch mit anderen Jugendvereinen andere Lösungen zu diskutieren. Wir werden auf diese Art ganz sicher eine Lösung finden, aber bitte systematisch und wohlüberlegt und nicht im Schnellschuss. Das ist nicht die Gemeinde Allschwil.

**Matthias Lochmann**, FDP/GLP-Fraktion: Kurz noch etwas, das ich loswerden muss. Wehe, ich höre in den nächsten 150 Jahren, es hätte einen Keller gebraucht, um etwas abzustellen. Es kam eine Forderung nach einem Postulat und nach einer Äusserung der Motionäre. Es wurde viel aufgewirbelt, ich hätte nicht gedacht, dass wir eine Stunde darüber diskutieren. Das zeigt, dass doch der Nagel, wenn auch nicht versenkt, doch halb eingeschlagen wurde. Ich beantrage drei Minuten Timeout, damit wir besprechen können, was wir nun machen.

---

**Cedric Roos**, Präsident: Ist das Timeout bestritten? Das ist nicht der Fall, wir machen drei Minuten Pause und machen dann sofort mit der Abstimmung weiter.

**Jean-Jacques Winter**, SP/EVP-Fraktion: Ich danke für die kurze Pause. Es wurde rege weiter diskutiert. Ein Präjudiz ist es auf jeden Fall, sei es für die Pfadi oder für die Unterkellerung. Die Voten bei uns gehen weitgehend in die Richtung, dass wir sagen, es ist ein Verlust vom Wert unseres Landes, wenn wir nicht konsequent unterkellern. Wir machen die Pfadi in Klammern, das muss nicht in dem Sinne sein, und wir bitten darum, dass die Gemeinde alles Mögliche macht bei ihren eigenen Bauten, die sie auch in Zukunft baut, um zu unterkellern. Wir lassen es stehen, wie es ist, setzen die Pfadi in Klammern, und es geht um das verdichtete Bauen, damit wir Räume schaffen, egal am Schluss für wen und was.

**Anton Lauber**, Gemeindepräsident: Ich bitte Christoph, sich noch zu melden, denn er versteht viel mehr vom Bauen als ich. Ich habe heute von Grundsatzentscheiden gesprochen. Wir arbeiten strategisch und machen eine klare Auslegeordnung, Analyse der Ist-Situation, schauen, was wir wollen und entwickeln uns vorwärts. Den Doppelkindergarten brauchen wir zu einem bestimmten Zeitpunkt, weil zu einem bestimmten Zeitpunkt der Rankacker-Kindergarten kein Tageskindergarten mehr sein kann. Auch wenn man es nicht immer spürt und dem Gemeinderat nicht glaubt, es hat alles seinen Sinn und seine Strategie. Es ist gefährlich, schnell einen Grundsatzentscheid zu fällen und zu sagen, dass jedes zukünftige Gebäude unterkellert sein muss. Wir sollten dies konzeptionell als Ganzes anschauen und dann einen Entscheid fällen. Wahrscheinlich ist es noch intelligenter, bei jedem Gebäude zu schauen, was nötig ist. Wir haben es intensiv diskutiert und da es um die Pfadi geht, ist es niemandem richtig wohl. Keiner sagt gerne nein, auch der Gemeinderat nicht. Wenn wir für eine private Institution einen solchen Entscheid treffen, dann müssen wir diesen mit Bedacht fällen. Wenn man sagt, dass generell in Zukunft unterkellert werden muss, dann sollte auch dies mit Bedacht überlegt werden. Wenn man die zwei Sachen trennt, ist schon viel erreicht. Ich wäre dankbar, wenn man es in Form eines Postulats überweist, damit man auch in Zukunft noch die Freiheit des Denkens hat und die Zukunft jetzt nicht unterkellert wird.

**Andreas Bammatter**, SP/EVP-Fraktion: Ich war der, der heute gesagt hat, dass die Dringlichkeit wichtig ist. Nun reden wir eine Stunde darüber und können uns nicht einigen. Die Motionäre bleiben genau beim Gleichen, mit einer Klammer. Wir haben eine Stunde lang probiert zu erklären, dass man nicht Äpfel mit Birnen vermischen soll. Bitte lehnen Sie das ab. Wenn Sie das wollen, dann sollten Sie zwei separate Sachen machen. Aber nicht einfach eine Klammer um die Pfadi setzen und sagen, das sei es jetzt.

**Cedric Roos**, Präsident: Ich würde mit diesem Votum die Diskussion gerne schliessen und zur Abstimmung schreiten.

**://:**

Die Motion wird mit 21 zu 11 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt.

**ENDE der Sitzung vom 19. Juni 2012**

**Mittwoch, 20. Juni 2012, 18.00 Uhr**

**Cedric Roos**, Präsident: Wir fahren fort mit der gestrigen Sitzung.

**[Entschuldigungen/Präsenz siehe Protokolleingang]**

Ich bitte darum, den Lärmpegel für die Sitzung zu reduzieren. Sie sehen hier oben ein neues Gesicht, das ist Selina Meier, Lehrtochter auf der Einwohnergemeinde, sie wird heute dieser Sitzung beiwohnen. Bei mir sind einige neue Vorstösse eingegangen. Eine kleinen Anfrage, Geschäft 4078 von Patrick Lautenschlager betreffend Kleidersammelstelle. Weiter ist eingegangen ein Postulat von Florian Spiegel SVP, Jean-Jacques Winter SP, Philippe Hofmann CVP, Matthias Lochmann FDP, Peter von Arx FDP betreffend Pfadiräumlichkeiten. Weiter eingegangen ist eine dringliche Motion von Florian Spiegel SVP,

---

Jean-Jacques Winter SP, Philippe Hofmann CVP, Matthias Lochmann FDP, Peter von Arx FDP. Möchte jemand der Motionäre das Wort zur Dringlichkeit.

**Philippe Hofmann**, CVP-Fraktion: Die Dringlichkeit ist klar gegeben, das hat sich gestern bereits herauskristallisiert. Es wurde mehrfach gesagt, dass das Geschäft vorangetrieben werden muss. Wir möchten nicht die Geschwindigkeit torpedieren und möchten gerne unsere Voten dazu einbringen.

**Josua M. Studer**, SD, fraktionslos: Ich habe Verständnisschwierigkeiten. Gestern haben wir eine Stunde lang diskutiert und es wurde einiges klar. Es wurde klar, dass diejenigen, die diese Gebäude künftig nutzen werden, keinen Bedarf anmelden für einen Keller. Es wurde klar kommentiert, dass dies kosten würde und es wurde klar gesagt, dass wir uns dies nicht leisten können. Jetzt stürmt man und macht eine Dringlichkeit. Und für das, was eigentlich wichtig wäre, nämlich die Räumlichkeiten für die Pfadi, macht man keine Dringlichkeit. Ihr habt die nächste Sitzung im September und ich weiss nicht, ob dies dann bereits traktandiert wird. Wenn, dann braucht es nochmals Zeit. Macht dies, wenn schon, dringlich, wenn ihr etwas für die Pfadi machen wollt. Das andere könnt ihr sein lassen. Ihr geht jetzt doppelspurig. Was soll der Gemeinderat mit diesen beiden Vorstössen? Den einen wird er behandeln, wo er euch klar sagt, dass er es nicht möchte. Das andere kann er nicht behandeln, weil er den Auftrag nicht hat. Das macht es mir einfach aus diesem Rat auszuschneiden.

**Christoph Morat**, Gemeinderat: Der Gemeinderat sieht aus den gleichen Gründen, wie es Josua Studer dargelegt hat, auch keine Dringlichkeit. Ich werde später auch noch etwas zur Motion sagen. An unserer Begründung hat sich nicht wahnsinnig viel geändert.

**Cedric Roos**, Präsident: Gibt es weitere Voten zur Dringlichkeit? Das ist nicht der Fall, somit kommen wir zur Abstimmung.

**://:**

Das Zweidrittelsmehr sind 22 Einwohnerräte. Wir haben mit 19 zu 13 Stimmen bei 1 Enthaltung dies nicht für dringlich erklärt. Das Zweidrittelsmehr ist nicht zustande gekommen.

Wir kommen zu einem weiteren dringlichen Postulat der Fraktion SP/EVP plus FDP betreffend Unterkellerung Kindergärten. Wünscht jemand der Postulanten das Wort?

**Christoph Benz**, SP/EVP-Fraktion: Es stresst mich überhaupt nicht, wenn man die Dringlichkeit für die Motion abgelehnt hat. Sie haben die Freiheit, dies auch mit unserem Postulat zu machen. Der Grund für die Dringlichkeit ist der, dass wir gestern lange diskutiert und jetzt genug Basis hätten, um heute zu entscheiden. Der Gemeinderat muss dann etwas machen. Wenn wir es jetzt nur als Postulat durchwinken, dann kommt es irgendwann und je nach dem ist dann der Zeitpunkt nicht mehr geeignet.

**Josua M. Studer**, SD, fraktionslos: Ich möchte nicht gerne die Katze im Sack kaufen. Darf man das einsehen bitte, diesen Vorstoss?

**Cedric Roos**, Präsident: Ich gebe Ihnen eine Minute Zeit, um es durchzulesen.

**Christoph Morat**, Gemeinderat: Wie gesagt, die ungefähren Kosten von gestern waren für einen ausgebauten Keller. Wir haben uns auch Gedanken gemacht, was ein nicht ausgebauter Keller ungefähr kosten würde. Das wäre dann aber wirklich nur Lagerraum. Wir könnten schon eine rudimentäre Antwort geben, aber natürlich nicht auf Berechnungen. Wir haben nicht berechnet und wir haben keine Nutzeranforderungen, die uns hier weiterbringen. Wenn der Rat interessiert ist an einer Gegenüberstellung der Zahl, die ich gestern genannt habe, zu einem einfachen Keller mit Null Ausbaustandard, dann kann ich das nach der Pause gut beantworten.

---

**Cedric Roos**, Präsident: Wir kommen zur Abstimmung über die Dringlichkeit.

**://:**

Das Zweidrittelmehr liegt immer noch bei 22. Dies wurde mit 21 Ja-Stimmen knapp nicht erreicht und das Postulat wird nicht für dringlich erklärt.

Wir fahren mit der ordentlichen Traktandenliste weiter.

672 01.030 Einwohnerrat

#### **Traktandum 4**

Bericht des Gemeinderates vom 14.03.2012, sowie der Bericht der Kommission für Verkehrs- und Planungsfragen vom 05.05.2012, betreffend Überführung des freiwilligen öffentlichen Tageskindergartens (Pilotphase) in ein definitives Angebot / Erweiterung auf zwei Abteilungen  
Geschäftsvertretung: GR Franziska Pausa, Geschäft 4049 / A

---

**Franziska Pausa**, Gemeinderätin: Ich bin froh, dass wir zu dem reden können, was oben drauf kommt und nicht nur zum Keller. Es beruhigt mich, ich habe das Gefühl, Sie sind damit schon fast einverstanden. Es geht um die Überführung des freiwilligen öffentlichen Tageskindergartens in ein definitives Angebot und die Erweiterung auf zwei Abteilungen. Ich möchte es kurz fassen. Der erste Grund für die Erweiterung auf einen Doppel-Tageskindergarten besteht darin, dass die Nachfrage sehr gross ist und dass wir eine Warteliste haben. Der zweite Grund besteht darin, dass wir gesehen haben, dass die Tageskinder zu 80% bis 90% in der Tagesschule weitergehen. Weil wir bis jetzt aber nur eine Abteilung haben, sind das immer die Grossen, demzufolge geht eigentlich nur eine halbe Klasse in die Tagesschule. Die Eltern nutzen alle diese Möglichkeit und diesbezüglich lege ich Ihnen ans Herz, dass wir einen Doppel-Tageskindergarten führen können, wo wir auf Ende Jahr eine ganze Klasse haben, die direkt in der Tagesschule weitergehen kann. Beim dritten Punkt muss ich auf die Lage kommen. Wir haben lange diskutiert, wo das möglich wäre. Das Sturzenegger-Areal hat sich angeboten, auch in Bezug auf die Dringlichkeit, die es hat. Der Rankacker, der jetzt als Tageskindergarten genutzt wird, ist eigentlich ein Doppelkindergarten, der aber nur als einfacher Kindergarten geführt wird, weil man gesehen hat, dass man mehr Platz braucht. Dies ist die Kurzfassung. Es gibt noch ein paar Sachen, die man zusätzlich dazu sagen kann. Wir möchten die Pilotphase verlängern bis ins Jahr 2014, so wie der Kindergarten jetzt besteht, also einfach. Wir möchten ihn erst dann in ein Definitivum umwandeln, wenn wir den Doppelkindergarten bauen konnten, die Kosten haben und dies berechnen können. Auf diese Zeit hin könnte man auch allenfalls vom Bund eine Anschubsfinanzierung fordern. Weil die Bruttokosten jährlich wiederkehrend CHF 200'000 überschreiten, muss dieses Geschäft dem Allschwiler Stimmvolk vorgelegt werden. Wir reden jetzt nur von der Führung des Doppel-Tageskindergartens und nicht vom Bau. Es ist ein komplexes Thema und ich möchte gerne trotz allem nochmals darauf zurückkommen auf die Strategie des Gemeinderates, die Sie nachher ausgeführt erhalten. Wir müssen den Rankacker unbedingt frei bekommen für die Quartierkinder. Es bietet sich der Moment an, jetzt einen Doppel-Tageskindergarten zu bauen aus den genannten Gründen. Der Zeitdruck ist insofern gegeben, dass aus der Strategie heraus ein solches Bauvorhaben mit einer Volksabstimmung seine Zeit braucht. Wir legen Ihnen sehr ans Herz, damit einverstanden zu sein. Wir gehen nachher den Bericht mit den einzelnen Punkten durch.

**Cedric Roos**, Präsident: Ist das Eintreten bestritten? Das ist nicht der Fall, somit kommen wir zur Beratung als Ganzes.

**Jürg Vogt**, VPK-Präsident: Wir haben dieses Geschäft in der Kommission erstaunlicherweise an einer Sitzung besprechen können. Es ist eine umfassende Sache und wir machen hier etwas, das sehr einschneidend ist. Wir möchten die Pilotphase in ein definitives Angebot überführen. Wie Franziska Pausa ausgeführt hat, brauchen wir dafür ein neues Gebäude. Bei dieser Vorlage geht es nicht um das Gebäude selber, aber es ist eine Folge davon. In der Kommission konnten wir mit der Verwaltung gut reden und Fragen stellen. Wir haben gemerkt, dass das Geschäft gut ausgearbeitet wurde. Es wurden

---

verschiedene Varianten geprüft, Vorschläge, die aus der Kommission kamen, auch zum Standort, wurden vom Gemeinderat beantwortet. Die Kommission kam schnell zum Schluss, dass man den Anträgen des Gemeinderates folgen möchte.

**Juliana Weber**, SP/EVP-Fraktion: Die Argumente wurden mir schon fast genommen von Gemeinderätin Franziska Pausa. Die Vorlage war bei uns in der Fraktion unbestritten. Man sieht, dass der Tageskindergarten ein voller Erfolg ist. Die Warteliste zeigen dies und wir sehen vor allem beim Strategiepapier, das wir nachher noch besprechen, dass der Bedarf nach mehr Plätzen da ist. Es wird mehr Kinder geben. Es ist ein Gebot der Stunde, die familienergänzenden Angebote in Allschwil. Ich bin davon überzeugt, dass die Attraktivität von Allschwil dadurch gesteigert wird. Ich finde es sehr positiv, dass die meisten Eltern die Anschlussmöglichkeit für die Tagesschule auf Primarstufe nutzen und somit auch dies füllen. Weiter muss man noch sagen, dass es sehr sinnvoll ist, die gleichen einkommensabhängigen Tarife zu haben bei der Tagesschule auf Primarstufe. Wir von der SP/EVP-Fraktion werden alle Anträge des Gemeinderates unterstützen.

**Stephan Wolf**, CVP-Fraktion: Die CVP-Fraktion steht voll hinter dieser Vorlage. Wir meinen, dass es zu einer modernen Gemeinde gehört, dass ein Tageskindergarten und eine Tagesschule angeboten werden, auch wenn in gewissen Nachbarländern über die sogenannte Herdprämie diskutiert wird. Es ist jetzt auch der richtige Zeitpunkt, um das provisorische Pilotprojekt für definitiv zu erklären. Wenn die Nachfrage gross ist, dann macht es Sinn, dies auf zwei Klassen zu erweitern. Dies ist der Grund, weshalb die CVP-Fraktion voll hinter dieser Vorlage steht.

**Kathrin Gürtler**, FDP/GLP-Fraktion: Wir von der FDP/GLP-Fraktion stellen erfreut fest, dass der Tageskindergarten einem Bedürfnis entspricht und rege genutzt wird. Zudem haben wir Kenntnis davon, dass der Tageskindergarten dazu geführt hat, ein ausschlaggebender Grund zu sein, dass Neuzuzüger nach Allschwil gekommen sind. Wir gehen davon aus, dass dies auch in Zukunft der Fall sein wird. Wir werden den Anträgen des Gemeinderates zustimmen.

**Julia Gosteli**, Grüne Fraktion: Ich schliesse mich den Vorrednern und Vorrednerinnen an. Ich habe noch eine Sachfrage. Die Öffnungszeiten sind 07.30 Uhr bis 17.30 Uhr. Mich würde es interessieren, ob es von den Eltern Rückmeldungen gab, ob dies gute Öffnungszeiten sind und ob diese korrespondieren mit der Tagesschule. Ich hätte dies vorgängig selber nachschauen sollen, aber vielleicht weiss dies Franziska Pausa.

**Franziska Pausa**, Gemeinderätin: Die Zeiten wurden auf die Bedürfnisse der Eltern angepasst. Man hatte am Anfang andere Zeiten. Es war am Anfang ab 07.00 Uhr geöffnet, man hat dann aber gemerkt, dass dies gar nicht gewünscht wird, man hat sie dafür am Abend ein bisschen verlängert. In Bezug auf die Tagesschule ist es nicht ganz egal, weil die Tagesschule um 08.00 Uhr anfängt und dort haben wir keine Einlaufzeit und am Abend geht sie bis um 18.00 Uhr.

**Julia Gosteli**, Grüne Fraktion: Da gab es keine Rückmeldungen der Eltern? Ich denke an Alleinerziehende.

**Franziska Pausa**, Gemeinderätin: Nein, die Öffnungszeiten wurden so angepasst und sind jetzt zur Zufriedenheit.

**Hanspeter Tschui**, SVP-Fraktion: Die SVP-Fraktion unterstützt dieses Anliegen. Es ist ein sehr gut fundiertes Konzept. Wir folgen den Anträgen des Gemeinderates.

**Josua M. Studer**, SD, fraktionslos: Jürg Vogt als VPK-Präsident hat gesagt, dass es erstaunlicherweise in einer Sitzung behandelt wurde. Mich hat dies nicht erstaunt, denn der Bericht wurde sehr gut ausgearbeitet. Wenn man ihn durchgelesen hat, dann wurde er verstanden. Zudem kam von Gemeindeseite eine sehr gute Präsentation in die VPK. Wir sassen auf engstem Raum im kleinsten

---

Zimmer der Gemeinde, vielleicht hat dies auch noch geholfen, dass wir einander näher waren, als wir uns verstanden haben. Wir waren einhellig der Meinung, dass dies eine gute Sache ist. Wir haben dann gesagt, dass es die zweite Sitzung nicht braucht und konnten den Bericht auf dem Mailweg abhandeln. Mein Ziel in den Kommissionssitzungen war es immer, dass man die Sachen möglichst in einer Sitzung durchbringt. Wenn man die Sachen zweimal kocht, werden sie nicht besser. Als ich frisch im Einwohnerrat war, gab es immer zwei Sitzungen und in der zweiten Sitzung wurde nur noch der Kommissionsbericht behandelt. Wie ihr alle wisst, auch wenn man nur fünf Minuten drin sitzt, wird eine Stunde bezahlt, was ja richtig ist, aber dafür muss man sich nicht treffen. Ich bin dankbar, dass die Einwohnerräte dies auch begriffen und speditiver gemacht haben. So konnte für die Gemeinde viel Geld gespart werden. Die Anträge des Gemeinderates kann man unterstützen. Man muss schauen, dass es bei den Kindern stimmt. Man muss nicht die Universität und die Hochschulen mit viel Geld finanzieren und unten sparen. Man muss das linear durchziehen und es fängt unten an.

**Cedric Roos**, Präsident: Die Beratung als Ganzes ist abgeschlossen und wir kommen zur abschnittswisen Beratung.

**Andreas Bammatter**, 2. Vizepräsident:

1. Ausgangslage

2. Allgemeine Informationen zum Tageskindergarten

3. Pilotphase

4. Überführung in ein definitives Angebot

5. Zusammenfassung

**Cedric Roos**, Präsident: Wir kommen zu den Anträgen. Diese finden Sie auf Seite 12. Ich verzichte auf das Verlesen der einzelnen Anträge, diese liegen Ihnen alle vor.

Antrag 1 des Gemeinderates

**://:**

Diesem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

Antrag 2 des Gemeinderates

**://:**

Diesem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

Antrag 3

**://:**

Diesem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

Antrag 4

**://:**

Diesem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

Antrag 5

**://:**

Diesem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

**://:**

Das Geschäft als Ganzes wird einstimmig abgeschlossen.

---

**Franziska Pausa**, Gemeinderätin: Ich möchte mich ganz herzlich bei Ihnen bedanken. Ich freue mich ausserordentlich über die Einstimmigkeit.

673 01.030 Einwohnerrat

### **Traktandum 5**

Bericht des Gemeinderates vom 14.03.2012, sowie der Bericht der Kommission für Verkehrs- und Planungsfragen vom 05.05.2012, betreffend Bedarf an Kindergärten in Allschwil (Kindergarten-Strategie)  
Geschäftsvertretung: GR Franziska Pausa, Geschäft 4054 / A

---

**Franziska Pausa**, Gemeinderätin: Ich möchte kurz einen Satz vorausschicken. Die Gemeinde muss jedem Allschwiler Kind einen Kindergartenplatz anbieten, ob es diesen benutzt oder nicht, das ist Fakt. Mit diesem Umstand müssen wir arbeiten. Die Ausgangslage ist klar, in der Gesamtstrategie „Unser neues Schulhaus“ vom 30. März 2011 haben wir festgestellt, dass wir auch eine Kindergarten-Standortstrategie entwickeln müssen. Die Kinderzahlen, die uns Wüst & Partner damals in Aussicht gestellt haben, haben gezeigt, dass die Anzahl ansteigt. Wir haben ein Monitoring gemacht, um festzustellen, ob das stimmt und haben jedes einzelne Kind gezählt. Man konnte da wirklich sagen, dass es stimmt, es sind sogar eher mehr. Es war klar, dass wir eine Strategie ausarbeiten müssen. Zusätzlich kommt mit der Einführung von Harnos, dass wir auf 15/16 für die Primarschulen mehr Platz brauchen, weil wir eine sechste Primarschule haben. Der Gemeinderat hat sich dann entschieden, dass die Kindergärten aus den Schulhäusern herausgehen, damit die Klassenzüge im Schulhaus Platz haben. Vier Kindergärten gehen aus den Schulhäusern hinaus. Dann haben wir Allschwil in drei Einzugsgebiete eingeteilt. Ich möchte vor allem auf Seite 7 Ihnen kurz nochmals die einzelnen Standorte vorstellen, damit jedem klar ist, um was es geht. Beim ersten Standort steht Dorf, das ist derjenige des katholischen Frauenvereins. Dort konnten wir mit dem Frauenverein aushandeln, dass wir auf 13/14 einen zweiten Kindergarten erhalten. Sie bauen diesen aus für uns und wir können diesen in Miete haben auf Sommer 2013. Dann steht hier Schulgässli. Das ist hinter dem Schulhaus Schönenbuch ein kleines Grundstück, das wir als Option freilassen. Schulhaus Schönenbuchstrasse, da fallen zwei Kindergärten weg Ende 2015 aufs Jahr 15/16. Pestalozzi ist schon lange zu renovieren bzw. neu zu bauen. Dort haben wir lange diskutiert, wie wir es machen wollen. Von den Kinderzahlen her ist es gegeben, dass wir drei Kindergärten bauen. Wir hätten natürlich noch das Bruckerhaus in der Nähe. Auf dem Bruckerhaus Hinterland haben wir ein Kindergartenbau-Projekt, das ist aber nur für einen Doppelkindergarten. Darum fiel der Entscheid, dass wir einen Dreifachkindergarten beim Pestalozzi machen und das Bruckerhaus Hinterland nutzen für ein Provisorium. Danach ist das Bruckerhaus Hinterland wieder frei, das jetzt vom Tagesheim als Spielfläche genutzt wird. Dieser Entscheid war nicht einfach, aber wir sind der Meinung, dass wir lieber ein Grundstück überbauen als zwei Grundstücke. Wenn wir den Doppelkindergarten beim Bruckerhaus gemacht hätten, dann hätten wir beim Pestalozzi doch noch bauen müssen. Wir waren der Meinung, dass wir lieber ein Grundstück überbauen als zwei. Das Bruckerhaus steht hier als Provisorium für 2013/2014. Der Pastorenweg ist eine eigemietete Wohnung mit 16 Kindern. Das bleibt, es hat immer Kinder dort, zwar wenige, aber es hat. Der Sandweg ist die Überbauung, wo wir die Option hatten, dass dort ein Doppelkindergarten gebaut werden kann, falls wir ihn brauchen. Das ist jetzt der Fall, dort wird bald angefangen mit dem Bauen. 2013/2014 sollte dort der Doppelkindergarten stehen. Schlappematte bleibt, sollte aber renoviert werden. Metzgermatte würden wir gerne erneuern und hätten da die Möglichkeit dazu im Jahr 14/15, weil wir mit den Kindergärten im Umkreis genug Plätze haben. Beim Schulzentrum gehen die Kindergärten auch hinaus. Theresien bleibt, ein Doppelkindergarten. Bei der Ziegelei möchten wir nur einen Kindergarten bauen aus verschiedenen Gründen. Das Grundstück ist nicht sehr gross und wir haben gesehen, dass es eine Spitze gibt in dem Jahr, wo es mehr Kinder hat. Da würde ein Doppelkindergarten zwar verheben, aber im nächsten Jahr sinkt es wieder. Im restlichen Gebiet haben wir genug Kindergartenplätze. Wir werden dort eine Lösung suchen für die Kinder, die dort oben im Einfachkindergarten keinen Platz haben, evtl. mit Shuttle-Bus, das sind wir noch am Abklären. Dann gibt es noch den Rankacker, wie vorhin erwähnt. Diesen hätten wir sehr gerne als Quartierkindergarten. Wir haben dort eine grosse Spitze an Kindern und wir brauchen ihn dringend. Langenhag ist beim Migros Paradis, der bleibt. Den Weiherweg konnten wir wieder aktivieren und neu mieten, darüber sind wir sehr froh. Ab August können die ersten Kinder dort hingehen. Es wird dort auch grad ein Fussgängerstreifen hingemacht, weil wir gesehen haben, dass der Zugang ansonsten nicht gut ist. Dann haben wir den Tageskindergarten, der für alle Einzugsgebiete steht, wo wir gern für 2014 einen doppelten hätten. Das wäre die gesamte Strategie. Es war sehr langwierig und schwierig, alle Optionen

---

gegeneinander abzuwägen, wann braucht es wo was und wie viele Kinder sind dann da. Es war nicht einfach, wir mussten auch auf die Kosten schauen. Was trägt es und was trägt es nicht? Bei der ganzen Strategie sind wir davon abhängig, dass sie so funktioniert wie eine Perlenkette. Wenn eine Perle hinausgenommen wird, dann zerreisst sie und sie ist kaputt. Wir sind alle sehr froh, dass wir das so hinbekommen haben. Ich lege Ihnen sehr ans Herz, dem so zuzustimmen.

**Cedric Roos**, Präsident: Ist das Eintreten vom Rat bestritten? Das ist nicht der Fall, somit kommen wir zur Geschäftsberatung als Ganzes.

**Jürg Vogt**, VPK-Präsident: In der VPK haben wir das Geschäft eingehend besprochen. Es ist eine sehr umfassende Strategie. Es ist toll, wurde eine solche Strategie geschaffen. Man könnte über die Prognosen der Kinderzahlen diskutieren. Wir meinen, sie seien richtig angenommen. Das ist die Grundlage der ganzen Strategie. Es zeigt auch, dass wir neue Standorte bauen müssen, das wissen wir. Es kostet die Gemeinde Geld, aber es gibt glaub nichts schöneres, als Kindergärten zu bauen.

**Hanspeter Tschui**, SVP-Fraktion: Ich habe folgende Bemerkungen oder eine materielle Differenz zwischen der Strategie und dem nächsten Geschäft, dem Verpflichtungskredit für die Planung des Kindergartens Ziegelei. Im Strategiepapier haben wir bei der Ziegelei zwei Kindergärten und beim Verpflichtungskredit steht nur noch einer.

**Franziska Pausa**, Gemeinderätin: Aus verschiedenen Gründen war es sehr schwierig beim Ziegelei-Areal das richtige Land zu finden, wo wir genug Platz haben. Wir haben festgestellt, dass einer dort sehr gut Platz hat und auch für die Kinder genügend Platz ist. Und man hat gesehen, dass es ein Jahr eine Spitze gibt, gerade im ersten Jahr, und danach absinkt. Wir haben diese Kinder alle einzeln gezählt und haben auch alle, die auf die Welt gekommen sind, einzeln gezählt. Dort sinkt die Zahl dann wieder. Weil wir auch die Kosten im Blick haben, können wir nicht einfach einen doppelten Kindergarten bauen, der dann gar nicht ausgelastet ist.

**Josua M. Studer**, SD, fraktionslos: Ein Doppelkindergarten wäre günstiger zu bauen, als eine Unterkellerung.

**René Imhof**, SVP-Fraktion: Ich habe eine Frage an Franziska Pausa. Ist der Architekt bereits bestimmt für diese Kindergärten? Wenn ja, ging dem eine Submission voraus?

**Christoph Morat**, Gemeinderat: Beim Kindergarten Ziegelei musste der Gemeinderat bereits aktiv werden mit einem Vorprojekt. Man sieht das in der entsprechenden Vorlage auf Seite 6 unter Termine/Ablauf. Da wurde bereits ein Vorprojekt erarbeitet und da sind wir bereits am Arbeiten mit einem Büro, welches wir nach geltendem Submissionsrecht beauftragt haben. Dieser hat uns ein Vorprojekt ausgearbeitet und logischerweise arbeitet er auch an diesem Auftrag weiter.

**Kurt Kneier**, CVP-Fraktion: Die CVP nimmt diesen Bericht zur Kenntnis. Wir stimmen also nicht zu, weil er zur Kenntnisnahme ist. Ich habe ein spezielles Anliegen. Ich habe es hier schon einmal gesagt, es geht mir um das Dorf. Ich bin im Dorf sehr stark verwurzelt. Ich weiss auch, dass der eine Kindergarten dort aus dem Schulhaus raus muss. Wir haben auf dem Areal Bruckerhaus ein pfannenfertiges Projekt für einen Doppelkindergarten. Es ist erst im 2014/2015, aber ich hebe heute bereits den Finger auf, weil ich davon ausgehe, dass dieses Projekt nicht verlegt wird. Ich werde mich dann dort vehement dafür einsetzen, weil wir für das Land Bruckerhaus bereits Geld ausgegeben haben. Wir haben für das Bauprojekt bereits Geld ausgegeben. Und dass wir dann nur ein Provisorium machen, daran glaube ich im Moment nicht. Wenn es denn darum geht, dann möchte ich diese Zahlen der Kinder genau erhoben haben, ob wir nicht doch den Doppelkindergarten machen können und die dritte Abteilung, die auf dem Pestalozzi-Areal geplant ist, nicht aufteilen können auf die anderen Kindergärten. Wir haben gestern viel übers Sparen und die Finanzen geredet. Ich habe gestern grosszügig über die Vergangenheit geredet, aber ich habe gesagt, dass ich mich auf die zukünftigen Herausforderungen freuen werde. Schauen Sie sich mal das schöne Areal Pestalozzi an. Ich bin für die Kindergärten, aber ich finde es schade, wenn wir



---

auf dem Pestalozzi-Areal Kindergärten bauen. Dieses Areal können wir im Hinblick auf die Finanzen sicher besser nutzen. Wir nehmen diesen Bericht zur Kenntnis.

**Christoph Benz**, SP/EVP-Fraktion: Wir von der SP/EVP-Fraktion begrüßen die Absicht des Gemeinderates mit dieser Strategie, die sie entwickelt haben. Im Rahmen des Vorprojekts „Unser neues Schulhaus“ habe ich das begriffen und gemerkt, dass sorgfältig gearbeitet wird. Wenn man die Kinderzahlen genau anschaut, dann merkt man, dass man doch einen Kindergarten weniger braucht. Also krebzen wir dort wieder zurück und sparen das, was wir nur für ein Jahr bräuchten und handeln haushalterisch mit den Steuergeldern in Allschwil. Ich finde es gut, was der Gemeinderat bis jetzt macht und freue mich auf das, was dabei herauskommt.

**Cedric Roos**, Präsident: Wenn es keine weiteren Wortmeldungen mehr gibt, dann schliessen wir das Geschäft als Ganzes und kommen zur abschnittswisen Beratung.

**Andreas Bammatter**, 2. Vizepräsident:

1. Ausgangslage

2. Gründe für die Erarbeitung einer Kindergartenstrategie

3. Entwicklung der Kinderzahlen und Verteilung auf Einzugsgebiete

4. Handlungsbedarf in Allschwil, Massnahmen

5. Kindergartenübersicht Strategie im Detail

6. Zusammenfassung und Fazit

**Cedric Roos**, Präsident: Wir kommen zu den Anträgen des Gemeinderates. Diese finden Sie auf Seite 9.

Antrag 1.

**://:**

Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.

Antrag 2

**://:**

Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.

Antrag 3

**://:**

Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.

**://:**

Das Geschäft als Ganzes wird einstimmig abgeschlossen.

674 01.030 Einwohnerrat

**Traktandum 6**

Bericht des Gemeinderates vom 23.05.2012, betreffend  
Bewilligung eines Verpflichtungskredites in Höhe von CHF 65'000.00  
für die Planung eines Kindergartens im Ziegeleiareal  
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat, Geschäft 4061

---

**Christoph Morat**, Gemeinderat: Das ist das erste Puzzleteile unserer Kindergartenstrategie, wo die Gemeinde Allschwil selber als Auftraggeber und Bauherr oder Bauherrin auftritt. Wir brauchen dazu den ersten Planungskredit. Sie haben, wie ich vorhin feststellen konnte, dieses Papier sehr aufmerksam studiert. Ich möchte im Wesentlichen nochmals auf das Terminprogramm auf Seite 6 zu sprechen kommen. Projektstart war im April und wir mussten dort ein Vorprojekt erarbeiten. Die ganze Vorgeschichte, die wir dort hatten, haben wir bei der Ausgangslage aufgeschrieben. Es ist ein sehr kompliziertes Verfahren mit den Grundbesitzern, das ist dort die EBM. Wir haben uns nach langem hin und her nach der optimalsten Lösung zurechtgefunden. Mittlerweile haben wir mit der EBM eine Vereinbarung abgeschlossen, die die Modalitäten alle regelt, sodass wir nach dem sehr engen Termin vorgehen können. Auf diesem Terminprogramm sehen Sie, dass bereits ein Vorprojekt erarbeitet wurde. Wir mussten gewisse Dinge vorarbeiten, damit wir heute Abend überhaupt sagen können, welches Geld wir brauchen für die Planung und den Ausführungskredit. Den Ausführungskredit hat der Gemeinderat bereits verabschiedet, dieser geht an die VPK, wenn er nicht bereits überwiesen wurde. Sie sehen hier beim zweiten Abschnitt, dass man bereits durch den Sommer verschiedene Arbeiten machen muss. Man muss eine Submission erstellen, die Submittenten müssen anfangen zu rechnen und dann wird dies bis im November geprüft. Gleichzeitig muss ein Baugesuch erstellt werden. Sie dürfen nicht überrascht sein, wenn Sie im Amtsblatt und im Allschwiler Wochenblatt sowie in vielen anderen Tageszeiten bereits ein Baugesuch sehen. Wir müssen aus verwaltungstechnischen Gründen so vorgehen, weil wir Fristen haben, die wir einhalten müssen. Sie sehen bei der Zeile Baugesuchsverfahren, dass dies drei Monate dauert. Deshalb laufen verschiedenen Sachen parallel. Darunter sehen Sie den Terminplan, wie es mit dem Ausführungskredit aussieht und wie die Beratung in der VPK ist, das wird im Juli und im August sein. Wir werden im Einwohnerrat die Vorlage im September bringen. Wir haben eine Referendumsfrist des Einwohnerratsbeschlusses, der hoffentlich positiv ausfällt. Die Bauphase wird im Winter sein, sodass wir im Juli den Kindergarten beziehen können. Im August müssen wir die ersten Kinder dort begrüßen können. Ich sage noch etwas zum Finanziellen und zu den Teilleistungen. Wir brauchen den Planungskredit in erster Linie für die Ausarbeitung eines Baubewilligungsverfahrens, also für ein Bauprojekt, das bewilligungsfähig ist. Wir müssen Ausschreibungsunterlagen inklusive einem detaillierten Baubeschrieb erstellen, und die ganzen Werkleitungsanschlüssen. Wir befinden uns dort zum Teil in einer aufgeschütteten Deponie. Wenn man die Brennerstrasse hinauffährt, sieht man auf der rechten Seite die letzten Bauplätze, die zur Verfügung stehen. Eine dieser Parzellen ist für diesen Einfachkindergarten reserviert. Die Baugrunduntersuchungen erfordern sehr viel Fachwissen von einem Geologen. Wir werden uns da mit den Leuten bedienen, die dort bereits gebaut haben. Man muss dann die definierten Massnahmen des Geologen umsetzen, ausrechnen und ausführen. Dafür brauchen wir diesen nicht unwesentlichen Betrag von CHF 65'000. Das ist der erste Meilenstein unserer Kindergartenstrategie, unsere Perlenkette. Ich bitte Sie, diesem Geschäft zuzustimmen.

**Cedric Roos**, Präsident: Wird das Eintreten bestritten? Das ist nicht der Fall, somit kommen wir zur Diskussion als Ganzes.

**Hanspeter Tschui**, SVP-Fraktion: Wir haben in der Fraktion den Planungskredit verglichen mit dem Planungskredit Doppelkindergarten Sturzenegger. Wenn ich es richtig in Erinnerung habe, reden wir dort von CHF 70'000 und hier von CHF 65'000. Wir haben uns gefragt, was der Unterschied ist im Inhalt des Planungskredits. Ich habe die Antwort glaub erhalten von Gemeinderat Morat. Liegt das daran, dass es in geologisch unsicherer Umgebung ist?

**Christoph Morat**, Gemeinderat: Das ist richtig. Beim Sturzenegger-Areal reden wir von einer gut erschlossenen flachen Wiese. Dort wissen wir, wie der Baugrund gestaltet wurde aus Bautätigkeiten in der Nähe. Bei der aufgeschütteten Deponie oben an der Ziegelei haben wir keine Ahnung, wie es im Boden aussieht. Zum Teil ist es auch gewachsenes Terrain, wir befinden uns am Grubenrand. Das ist sehr heikel, auch die Häuser, die dort oben erstellt wurden, haben ähnliche Verfahren benötigt. Es ist einfach aufwendiger, dort zu bauen, als auf einer flachen Wiese, wo man mehr oder weniger weiss, was man antrifft, wenn man die Schaufel ansetzt.

**Armin Bieri**, SP/EVP-Fraktion: Wir von der SP/EVP-Fraktion können diesem Kredit zustimmen. Es ist die erste Perle dieser Perlenkette. Es geht wirklich rassig, zum Glück haben wir dieses Strategiepapier.

---

**Stephan Wolf**, CVP-Fraktion: Persönlich bin ich immer wieder erstaunt darüber, wie viel Geld für die reine Planung in die Hand genommen werden muss. Ich habe mir sagen lassen, dass es keine unrealistischen Preise sind und die CVP-Fraktion stimmt diesem Kredit zu.

**Cedric Roos**, Präsident: Wenn es keine weiteren Wortmeldungen zum Geschäft als Ganzes gibt, dann schliesse ich die Diskussion und wir kommen zur abschnittswisen Beratung.

**Andreas Bammatter**, 2. Vizepräsident:

1. Ausgangslage

2. Land

3. Termine / Ablauf

4. Finanzielles / Teilleistungen

**Florian Spiegel**, SVP-Fraktion: Ich habe eine kurze Frage zum geologischen Gutachten. Man hat beim Ziegelei-Areal ein geologisches Gutachten machen lassen und beim Sturzenegger-Areal hat man dies nicht gemacht? Ist das richtig? Dann habe ich eine Anschlussfrage. Wenn man in Allschwil in einem Quartier einen Pool bauen möchte, muss dann jeder ein geologisches Gutachten liefern, auch wenn es nur das Grundstück daneben ist, wo vorhin auch ein Pool gebaut wurde. Die Gemeinde selber macht das aber nicht. Das ist eine Abzockerei beim Bürger, dass jeder ein geologisches Gutachten erstellen muss. Angenommen ich bin Nachbar von Herrn Tschui und er baut einen Pool. Er macht ein geologisches Gutachten und reicht das ein. Ich baue zwei Jahre später auch einen Pool und muss nochmals ein geologisches Gutachten machen, da stinkt doch der Fisch am Kopf.

**Christoph Morat**, Gemeinderat: Man muss hier die Verhältnismässigkeiten anschauen. Auch wenn man einen Umbau macht, dann muss man gemäss dem Kanalisationsgesetz auf jeden Fall ein Versickerungsgesuch bringen. Das ist ein geologisches Gutachten, damit man weiss, wie das Wasser versickert. Dies steht aber in keinem Verhältnis zu den Baugrunduntersuchungen, die wir dort oben bei der Deponie machen müssen. Ich habe kürzlich selber bei mir einen Umbau gemacht. Ich musste auch ein geologisches Gutachten erbringen, obwohl in der Nachbarschaft gebaut wurde. Es hat ein paar hundert Franken gekostet, aber das ist bei weitem nicht das, was wir dort oben brauchen. Das andere ist ein Punkt, der beim Kanalisationsgesetz mal angeschaut werden muss, aber das hat nichts miteinander zu tun. Im Baubewilligungsverfahren wird selbstverständlich auch die Gemeinde Allschwil den Nachweis der Versickerung erbringen, wenn wir auf dem Sturzenegger-Areal ein Bauvorhaben realisieren. Das sind wirklich Peanuts gegenüber dem Expertenbericht, den wir dort oben brauchen für den Ziegelei-Kindergarten und ist nicht vergleichbar. Und wir erbringen das auch, das ist keine Abzockerei.

**Cedric Roos**, Präsident: Damit ist die Beratung geschlossen und wir kommen zum Antrag des Gemeinderates.

1. Für die Planung eines Einfachkindergartens im Ziegeleiareal wird ein Verpflichtungskredit in Höhe von CHF 65'000 inkl. MWST genehmigt.

**://:**

Diesem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

**://:**

Das Geschäft als Ganzes wird einstimmig abgeschlossen.

---

### **Traktandum 7**

Bericht des Gemeinderates vom 15.05.2012, betreffend  
Revision Kinder- und Erwachsenenschutzrecht Genehmigung des  
Vertrages über die KESB Leimental  
Geschäftsvertretung: GR Arnold Julier, Geschäft 4066

---

**Arnold Julier**, Gemeinderat: Wie Sie sicher alle wissen, wurde das heutige Vormundschaftsrecht total revidiert und ist zum Kinder- und Erwachsenenschutzrecht geworden. Die Bundesversammlung hat am 19. Dezember 2008 die Totalrevision verabschiedet. Warum wurde das gemacht? Es geht insbesondere um Professionalisierung der heutigen Vormundschaftsbehörden, indem die Vormundschaftsbehörde, neu Kinder- und Erwachsenenschutzbehörde, von Fachleuten besetzt ist. Es geht auch um ein neues Massnahmensystem mit massgeschneiderten Massnahmen, die Förderung des Selbstbestimmungsrechts und eine anspruchsvollere Rechtsanwendung, grössere Zuständigkeitsbereiche und einheitliches Rechtsinstitut für Beistände. Die Bundesversammlung hat am 19.12.2008 dieses Gesetz verabschiedet. Der Regierungsrat hat eine Vorlage gemacht und diese zur Vernehmlassung geschickt mit zwei Modellen, mit kantonaler und kommunaler Trägerschaft. Die Gemeinden und der VBLG haben sich klar für die kommunale Lösung entschieden. Der Regierungsrat hat am 1. November 2011 eine Vorlage an den Landrat mit der kommunalen Lösung unterbreitet. Der Landrat hat am 8.3.2012 den letzten Beschluss gemacht dieser Revision. Am 1.1.2013 tritt dieses Gesetz in Kraft und es ist klar, dass dann das ganze System aufgestellt sein muss. Ab dem 1.1.2013 werden alle Fälle, sowohl die neuen als auch die hängigen, dem neuen Recht zugesprochen. Gemäss dem Einführungsgesetz ZGB ist die Einwohnergemeinde zuständig für kreisweise Bestellungen von KESB, Organisation und Führung von KESB, Tragen der Kosten und das Bereitstellen von berufsmässigen Führungen der Mandate auf Kosten der Gemeinden. Der Gemeinderat hat am 4. Januar 2012 beschlossen, sich dem Kreis Leimental anzuschliessen. Das waren erst die ersten Umfragen, wer da überhaupt mitmachen möchte. Es machen acht Gemeinden mit, Biel-Benken, Binningen, Bottmingen, Ettingen, Oberwil, Therwil, Schönenbuch und Allschwil. Den Steuerungsausschuss, der das erarbeiten muss, bilden die Gemeinderäte der Departemente Soziales und Gesundheit der entsprechenden Gemeinden. Diese bilden aber auch die Gemeindedelegiertenversammlung mit nach Einwohnerzahl abgestuften Stimmrecht. Es war schwierig überhaupt einen Ort zu finden, Büroräumlichkeiten, wo man die KESB-Organisation als Standort bestimmen kann. Die Büroräumlichkeiten befinden sich jetzt seit Montag in der Gemeinde Binningen. Der Einwohnerrat hat am Montag dem Umbau dieses Hauses zugestimmt. Es ist vorgesehen, dass eine Leit-Gemeinde bestimmt wird. Wir sind davon ausgegangen, dass dies die Gemeinde Binningen macht. Sie sind nun nicht bereit, dies zu übernehmen. Das heisst, dass der Steuerungsausschuss eine andere Gemeinde suchen muss, die das macht. Der interdisziplinäre Körper mit den fünf Mitgliedern inklusiv Präsidium, das wurde bereits gewählt, ist jetzt daran, die ausführenden Vereinbarungen zu bearbeiten. Es ist eine schwierige Situation. Der Vertrag ist eines, aber die Ausführungen dazu sind etwas anderes, weil es da unterschiedliche Handhabungen in den Gemeinden gibt. Die sozialarbeiterischen Abklärungen und Berufsbeistandschaften können durch KESB oder durch die Gemeinde abgeklärt werden. Die sozialarbeiterischen Abklärungen machen die Gemeinde Oberwil und die Gemeinde Allschwil selber, die anderen übertragen es KESB. Berufsbeistandschaften machen die Gemeinden Oberwil, Allschwil und Bottmingen selber, die anderen übertragen es KESB. Bei den Kosten mussten wir relativ lange Zahlen einholen, um einigermaßen die Kosten zu eruieren. 100% kann man noch nicht sagen, dass es genau so ist, darum haben wir auch in der Einwohnerratsvorlage die ganze Zahlenbeige eingefügt, damit Sie sehen, wo es mehr kostet und wo wir einsparen. Am Schluss sind das noch CHF 120'000, die es für die Gemeinde Allschwil kostet. Die Kosten werden grundsätzlich den verursachenden Personen in Rechnung gestellt. Wie Sie sicher alle wissen, ist es ein relativ hoher Anteil, der dies nicht bezahlen kann. Da gibt es auch die Möglichkeit der Befreiung der Gebühren. Die kantonale Gebührenverordnung ist in Revision. Die Kostenverteilung ist so, dass man 30% anhand der Einwohnerzahlen per 31.12. des Rechnungsjahres festgelegt hat und 70% stehen im Verhältnis der Fallbearbeitungen pro Vertragsgemeinde in anrechenbarem Zeitaufwand. Die Verteilung der Einnahmen gehen nach dem gleichen Schlüssel. Auch die Verteilung der Mietkosten und Sozialarbeit gehen auf die Beanspruchung der jeweiligen Gemeinde. Die Vorprüfung dieses Vertrags geschieht durch den Rechtsdienst des Kantons und wir haben es auch an das kantonale Vormundschaftsamt geschickt. Da haben wir festgestellt, dass unterschiedliche Meinungen in gewissen Teilbereichen vorhanden sind. Wir haben gesagt, dass wir einen Vertrag haben möchten, damit wir an die entsprechenden Einwohnerratsversammlungen gehen können. Therwil beschäftigt sich glaub auch heute damit, alle anderen Gemeinden haben diesem Vertrag zugestimmt. Der Gemeinderat bittet Sie auch, diesem Vertrag zuzustimmen.

**Cedric Roos**, Präsident: Ist das Eintreten bestritten? Das scheint nicht der Fall zu sein und wir kommen zur Beratung als Ganzes.

**Josua M. Studer**, SD, fraktionslos: Es wird immer mehr vom Bund an die Kantone übertragen. Der Kanton überträgt immer mehr an die Gemeinden. Wohin soll das führen? Allschwil hat eine gute Sozialabteilung, eine gute Sozialbehörde und eine sehr gute Vormundschaftsbehörde. Das hat immer top funktioniert. Jetzt muss man zwingend die VB aufgeben, es entstehen zusätzliche Kosten und man gibt viel Entscheidungskraft ab. Alleine wegen dem, sollte man zu dieser ganzen Geschichte nein sagen. Ich weiss, dass ein nein nichts bringt, weil wir dazu verpflichtet sind. Aber nur die Faust im Sack machen, nützt auch nichts, man muss es auch nach aussen kommunizieren. Es ist ein Affront gegenüber allen Vormundschaftsbehörden, die jahrzehntlang gut und intensiv gearbeitet und sich weitergebildet haben und viel Freizeit geopfert haben. Jetzt müssen sie alles abgeben, weil es so befohlen wird. Das kann so nicht gehen, man muss einmal ein Zeichen setzen. Ich habe auch noch Fragen. Weshalb macht Allschwil nicht die Leitgemeinde, wenn es Binningen nicht möchte? Wenn Allschwil die Leit-Gemeinde wäre, dann könnten wir auch Büroräumlichkeiten stellen und dadurch Geld generieren. Man hätte mehr zu sagen und wir sind die bevölkerungsstärkste Gemeinde von allen. Wir waren in gewissen Sachen wie Tageskindergarten etc. Vorreiter, da können wir gut weitermachen, das hat der Kanton immer sehr geschätzt. Die SD sagt aus Prinzip nein.

**Arnold Julier**, Gemeinderat: Wenn es keine weiteren Wortmeldungen gibt, dann muss ich Josua Studer Antwort geben. Nein sagen, geht nicht, weil es bundesrechtliches Gesetz ist, das man umsetzen muss. Das ist jetzt halt so, auch wenn es nicht begeistert. Es gibt sechs Vormundschaftsbehörden, in den restlichen Gemeinden machen das die Gemeinderäte selber. Warum nicht Leit-Gemeinde? Allschwil ist die Gemeinde, die am meisten selber macht. Im Prinzip brauchen wir fast nur die Kind- und Erwachsenenschutzbehörde, die Beschlüsse fasst. Ansonsten machen wir alles, soweit das möglich ist, selber, wie das bisher auch war. Darum können wir nicht Leitgemeinde sein, weil wir nur das brauchen. Andere geben alles KESB, da wäre es sicher nicht ganz richtig, wenn wir als Leitgemeinde funktionieren. Der Grund, weshalb Binningen nein gesagt hat, liegt daran, dass es einen Aufwand bedeutet mit Einstellungen, Verträgen, Auszahlung vom Lohn etc. Wenn die Gemeinde Allschwil sagen würde, dass sie alles über KESB macht, dann könnte man darüber diskutieren. In Anbetracht, dass wir fast nur den Spruchkörper brauchen, ist es nicht sinnvoll.

**Stephan Wolf**, CVP-Fraktion: Man kann darüber diskutieren, ob es schade ist, dass die Vormundschaftsbehörden aufgehoben werden und durch die Kinder- und Erwachsenenschutzbehörde ersetzt werden. Tatsache ist, dass das Bundesparlament die Revision des Vormundschaftsrechts beschlossen hat, daran sind wir gebunden. Wenn wir den Grundsatzentscheid diskutieren möchten, dann sind wir dafür das falsche Parlament. Es ist auch eine Tatsache, dass das neue Recht am 1.1.2013 in Kraft treten wird, bis dahin muss die neue Behörde stehen. Darum sollte man den Anträgen des Gemeinderates zustimmen.

**Andreas Bammatter**, SP/EVP-Fraktion: Ich hatte dieses Geschäft bereits im Landrat. Wir hatten dort eine grosse Diskussion über Sinn und Unsinn, vor allem bei Paragraph 8. Ich bitte Sie auf Seite 2 dies anzuschauen. Josua Studer hat es gesagt, wir hatten jahrzehntlang gut funktionierende Vormundschaftsbehörden. Aber ihr habt auch Kollegen und Kolleginnen, die innerhalb der Periode ausgetreten sind und neue sind dazu gekommen. Wir haben einen grösseren Wechsel in den Behörden und in der freiwilligen Milizarbeit. Wenn man schaut, was es braucht in diesem Spruchkörper, dann steht dort Rechtswissenschaft, Sozialarbeit und auch die Bereiche Psychologie, Pädagogik, Medizin oder Finanzwesen. Das ist eine breite Palette an Fachwissen, das man zusammenbringen muss. Das kann man mit learning by doing machen, aber die Fälle nehmen nicht nur anzahlmässig zu, sondern die Komplexität wird enorm grösser. Dafür braucht es eine breite Kompetenz. Dies ist ein Grund dafür, dass man es professionalisieren sollte. Damit gibt es eine schweizweite Gleichheit für die Menschen, die Vormundschaften brauchen. Es ist darum wichtig, dass wir dabei sind. Allschwil macht selber, was wir selber machen können. Beim Spruchkörper schliessen sie sich dort an, das ist eine vernünftige Lösung, auch wenn es zwei Franken mehr kostet. Professionalisierung kostet.

---

**Simon Zimmermann**, SVP-Fraktion: Ich habe eine Frage bezüglich der CHF 120'000. Arnold Julier hat vorhin gesagt, dass die Gemeinde Allschwil praktisch alles selber macht. Dann müssen wir dort nicht investieren, wenn wir davon gar keinen Nutzen haben. Wieso müssen wir CHF 120'000 dort investieren?

**Arnold Julier**, Gemeinderat: Es ist so, dass dort alles Fachleute sind und die arbeiten nicht nach einem Sitzungsstundenansatz von CHF 33, sondern verdienen CHF 140'000 pro Jahr. Das sind fünf Leute zwischen CHF 115'000 und CHF 140'000. Das ist nicht das gleiche wie die Vormundschaftsbehörde mit einem Fixum von CHF 12'000 und Sitzungsgelder für CHF 33. Das wäre natürlich günstiger als eine professionelle Kinder- und Erwachsenenschutzbehörde. Man wollte das und das ist es dann.

**Barbara Selinger**, SP/EVP-Fraktion: Ich habe nur eine Sachfrage. Ich habe dich nicht verstanden. Hast du gesagt, dass Allschwil nur den Spruchkörper hat? Ich komme nicht ganz draus, was das heisst. Kannst du mir das erklären?

**Arnold Julier**, Gemeinderat: Ich nehme ein Beispiel, um es darzulegen. Es gibt eine Gefährdungsmeldung. Die Gefährdungsmeldung geht an KESB. KESB sagt, dass dies abgeklärt werden muss. Dann geht das an die Gemeinde Allschwil und ein Sozialarbeiter muss das Ganze abklären und einen Bericht verfassen. Dieser geht wieder an KESB und KESB entscheidet, was in diesem Fall gemacht wird. Bei den anderen Gemeinden, zum Beispiel Therwil, bekommt KESB die Gefährdungsmeldung. KESB gibt dies ihren Leuten zum Abklären, das heisst, sie müssen von Binningen nach Therwil, um dies abzuklären. Dann verfassen sie einen Bericht zuhanden KESB. Wir machen das selber, das ist der Unterschied. Darum brauchen wir nur den Spruchkörper, der Beschluss kommt von den professionellen Fachpersonen.

**Josua M. Studer**, SD, fraktionslos: Im Bericht steht klar und es wurde gesagt, dass es nachher Fachleute sind. Fachleute sind nicht unbedingt die besseren Leute als die, die es jetzt gemacht haben. Es wird immer mehr verlangt, dass einer Papiere in der Tasche hat, wo er nachweisen kann, welche Diplome er hat. Schlussendlich bleibt das menschliche auf der Strecke. Wenn man schaut, was in Bundesbern beschlossen wird, dann wissen wir ganz genau, dass da eine Lobby dahinter ist. Denken wir zurück an den Abgastest. Weshalb haben wir einen Abgastest für die Autos? Damit die Autogaragen solche Geräte kaufen müssen. Gesteuert haben es diejenigen, die diese Geräte herstellen. Es kann nicht sein, dass immer mehr solche Fachidioten über uns Normalsterbliche, die vielleicht nicht mehr ganz so schlau sind, entscheiden. Wir geben viel Macht weg. Arnold Julier, du sagst, dass man nicht nein sagen. Solange ich gefragt werde, ob ich etwas möchte, kann ich nein sagen. Egal ob ich die Möglichkeit habe, etwas zu bewirken oder nicht, ich kann trotzdem meine Meinung sagen, und die ist hier nein.

**Florian Spiegel**, SVP-Fraktion: Ich unterstütze den Antrag des Gemeinderates. Ich war selber eine Zeit in der VB. Der Vorteil, dass es professionalisiert wird, ist, dass die sich die ganze Zeit damit befassen. Wir hatten nur alle zwei Wochen Sitzungen und ich habe gesehen, was sich alles aufgestaut hat. Die Fälle haben so extrem zugenommen haben, dass es in einer Milizbehörde nicht mehr zu bewältigen ist, um den Anforderungen gerecht zu werden. Eine Frage nimmt mich wunder, und zwar zur Einführung des Gebührenkatalogs. Bisher hat das die Gemeinde umgesetzt. Wer setzt diesen nachher um?

**Arnold Julier**, Gemeinderat: Wie du das aus Erfahrung weißt, jedes Mal, wenn eine Verfügung kommt, dann heisst es am Schluss, dass verfügt wird und die Gebühr beträgt CHF 120. Da haben wir seit zwei Jahren eine neue Gebührenverordnung. Früher hat es nichts gekostet, wenn Beistände oder andere Sachen beschlossen wurden. Jetzt ist es so, dass die Vormundschaftsbehörde dies im Beschluss festhält, wie viel es kostet gemäss der Gebührenverordnung. Neu macht dies der Spruchkörper KESB. Sie haben jetzt noch eine Revision der Gebührenverordnung, das ist jetzt in Bearbeitung. Was dort herauskommt, weiss ich noch nicht.

**Andreas Bammatter**, SP/EVP-Fraktion: Lieber Josi, ich möchte kurz ergänzen. Es geht um Menschen und nicht um Sachgeschäfte wie ein Auto. Das sind schutzbedürftige Menschen und es geht um Gefährdungsmeldungen und Missbräuche. Da darf man etwas sensibler sein als bei einer Abgaskontrolle.

**Cedric Roos**, Präsident: Ich schliesse das Geschäft als Ganzes und wir kommen zur abschnittswisen Beratung.

**Andreas Bammatter**, 2. Vizepräsident:

1. Ausgangslage

2. Vorgeschichte

3. Umsetzung in den Gemeinden

4. Kosten

5. Revision der Gemeindeordnung

**Cedric Roos**, Präsident: Wenn es keine Wortmeldungen mehr gibt, dann ist die abschnittswise Beratung geschlossen und wir kommen zum Antrag des Gemeinderates.

Der Vertrag über die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde Leimental wird genehmigt.

**Josua M. Studer**, SD; fraktionslos: Herr Präsident, Sie haben jetzt gerade den Antrag vorgelesen. Sind Sie dann nicht der Meinung, dass man auch den Vertrag durchlesen sollte. Wir haben jetzt nur den Bericht behandelt und nicht den Vertrag. Diesen sollte man auch behandeln, wenn man darüber abstimmt.

**Cedric Roos**, Präsident, Wir können gerne den Vertrag auch abschnittswise durchgehen.

**Andreas Bammatter**, 2. Vizepräsident:

1. Allgemeine Bestimmungen

2. Organisation

3. Kontrolle

4. Finanzen

5. Schlussbestimmungen

**Cedric Roos**, Präsident: Wir stimmen über den Antrag des Gemeinderates ab.

Der Vertrag über die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde Leimental wird genehmigt.

**://:**

Der Antrag wird grossmehrheitlich angenommen.

„Josua M. Studer, SD, fraktionslos, bittet um explizite Erwähnung der zwei Gegenstimmen im Protokoll.“

PAUSE

**Cedric Roos**, Präsident: Wir fahren fort mit der Sitzung und beginnen mit dem Info-Fenster des Gemeinderates.

**Thomas Pfaff**, Gemeinderat: Gestern anlässlich der Behandlung der Geschäftsberichts und des GPK-Berichts sind Fragen zur Gemeindepolizei geäussert worden. Da ich gestern wegen anderen Sitzungen teilweise gefehlt habe, beantworte ich diese Fragen heute. Die erste Frage war, ob die Verwendung des Telefons ohne Freisprechanlage während des Fahrens durch die Gemeindepolizei kontrolliert und gebüsst wird. Meine Antwort ist zweiteilig. Ja, die GePo kontrolliert auch dies und spricht gegebenenfalls eine Ordnungsbusse von CHF 100 aus. Gerade dort, wo Sie das gefährliche Verhalten von gewissen Automobilisten selber beobachten, nämlich an unseren Hauptstrassen, Baslerstrasse und Binneringerstrasse, darf die GePo nicht intervenieren, da auf Kantonsstrasse nach Gesetz allein die Kantonspolizei die polizeilichen Aufgaben wahrnehmen darf. In diesem Zusammenhang kann ich sagen, dass ich vorgestern beobachten durfte, dass die Kantonspolizei an der Baslerstrasse in dieser Angelegenheit verdeckt kontrollierte.

Die zweite Frage. Macht die Gemeindepolizei ihre Radarkontrolle nur am Hegenheimermattweg? Auch da ist meine Antwort mehrteilig. Erstens, die Gemeindepolizei kontrolliert auf allen Gemeindestrassen, spontan weiss ich, dass kürzlich Kontrollen an der Spitzwaldstrasse und an der Ofenstrasse stattgefunden haben. Zweitens liegt es auf der Hand, dass die Kontrollhäufigkeit bei jenen Strassenabschnitten, wo wiederholt massive Geschwindigkeitsüberschreitungen festgestellt werden im Gegensatz zu Strassenabschnitten, wo während einer Kontrolle von 30 Minuten keine einzige Übertretung feststellbar war, grösser ist. Drittens gilt auch für die Mitarbeiter der Gemeindepolizei, dass ein Lob aussprechen viel sympathischer ist, als zu büssen. Die Automobilisten würden der Gemeindepolizei einen grossen Gefallen tun, wenn sie sich konsequent an die Geschwindigkeitsbegrenzungen halten würden.

**Cedric Roos**, Präsident: Hat der Gemeinderat noch eine Information an den Einwohnerrat? Das ist nicht der Fall und wir fahren fort mit der Traktandenliste

676 01.030 Einwohnerrat

### **Traktandum 8**

Bericht des Einwohnerrat-Büros vom 04.06.2012, zum dringlichen  
Verfahrenspostulat von Josua M. Studer, SD, vom 18.04.2012, betreffend  
Verzicht auf die Wahl der Vormundschaftsbehörde  
Geschäftsvertretung: ER-Präsident Cedric Roos, Geschäft 4065 / A

---

**Cedric Roos**, Präsident: Wir haben heute bereits schon einmal über das uns übergeordnete Parlament gesprochen. Auch dies ist ein Fall, wo ein übergeordnetes Parlament bereits darüber befunden hat. Wie Sie im Bericht lesen konnten, hat der Landrat diesem Begehren bereits im Gesetz über die Einführung des ZGB vollumfänglich stattgegeben. Das wurde so umgesetzt und ich danke Josua Studer, dass er uns darauf hingewiesen hat. So konnten wir die Vormundschaftsbehörde entsprechend informieren und alles in die Wege leiten, damit alles seine Richtigkeit hat.

**Rolf Adam**, 1. Vizepräsident: Ist das Eintreten bestritten? Das ist nicht der Fall und wir kommen zur Beratung als Ganzes.

**Josua M. Studer**, SD, fraktionslos: Ich habe dieses Verfahrenspostulat eingereicht, bevor der Landrat dieses Thema behandelt hat. Als wir es im Einwohnerrat behandelt haben, hat es mittlerweile der Landrat beschlossen. Es gab dann noch eine Einsprachefrist. Die Grundidee war die, falls es im Kanton nicht zustande gekommen wäre, dann hätten wir in Allschwil die Möglichkeit gehabt, selbstständig zu entscheiden und die Vormundschaftsbehörde bis Ende Jahr weiterlaufen zu lassen, was Sinn macht. Ich



---

bin jetzt dankbar, dass ihr dies auch so seht und dass die VB bis Ende Jahr arbeiten kann mit Zustimmung des Einwohnerrates und Absegnung des Landrates.

**Rolf Adam**, 1. Vizepräsident: Gibt es weitere Voten? Das ist nicht der Fall, somit schliesse ich das Geschäft und wir kommen zur Detailberatung.

**Andreas Bammatter**, 2. Vizepräsident:

1. Ausgangslage

2. Stellungnahme des Einwohnerratsbüros

**Rolf Adam**, 1. Vizepräsident: Wir kommen zum Antrag.

3.1 Der Bericht des Büros des Einwohnerrates wird zur Kenntnis genommen.

**://:**

Diesem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

3.4 Das dringliche Verfahrenspostulat Nr. 4065 wird als erledigt abgeschrieben.

**://:**

Diesem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

**://:**

Das Geschäft als Ganzes wird einstimmig abgeschlossen.

677 01.030 Einwohnerrat

### **Traktandum 9**

Bericht des Gemeinderates vom 23.05.2012, zum Postulat von Gabi Huschke, SP/EVP-Fraktion, vom 18.11.2009, betreffend Durchführung von zwei Bring- und Holtagen pro Kalenderjahr  
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt, Geschäft 3906 / A

---

**Robert Vogt**, Gemeinderat: Als Sie am 15. September 2010 diesem Postulat zugestimmt haben, waren Sie voller Hoffnung, dass dies eine gute Idee ist, ein Bring- und Holtag zweimal pro Jahr durchzuführen. Als wir das genauer betrachtet haben, haben wir festgestellt, dass der zweite Bring- und Holtag eine Entwertung ist des jetzigen gut bewährten einjährigen Bring- und Holtages. Der Grund ist, dass der Bring- und Holtag nicht nur ein Segen ist für unsere Bevölkerung, weil man dort Gegenstände bringen darf, die man nicht mehr braucht und andere Leute diese verwenden können, weil sie diese brauchen. Wie alles im Leben hat auch dies zwei Enden. Es verursacht einen sehr hohen Personalaufwand und das Verkehrsaufkommen im Bachgrabengebiet ist sehr hoch. Dazu kommt, dass nicht alles, was dort abgeliefert wird, in neue Hände gelangt, sondern die Gemeinde muss auch viel entsorgen. Wie Sie wissen, ist der Bring- und Holtag kein Entsorgungsanlass, sondern dafür gibt es die Sperrgutentsorgung. Diese ist bestens bekannt und dort haben wir erst letztes Jahr das Gebührensystem vereinfacht. Heute können Sie mit kleinen Sperrgutgegenständen bis zu einem Meter Kantenlänge dies mit Marken einfach abdecken. Deswegen kamen wir zum Schluss, dass wir keinen zweiten Bring- und Holtag einführen sollten, sondern die einjährige Institution, wie wir sie bereits heute kennen, weiterführen. So weiss die Bevölkerung, dass vor den Sommerferien in der Regel dieser Anlass stattfindet und man den Keller räumen kann. Der Gemeinderat möchte Ihnen zeigen, dass es dies nicht braucht. Einmal pro Jahr behalten wir, das wird bleiben, aber auf jeden Fall kein zweites Mal pro Jahr.

---

**Cedric Roos**, Präsident: Ist das Eintreten bestritten? Das ist nicht der Fall, somit kommen wir zur Beratung als Ganzes.

**Gabi Huschke**, SP/EVP-Fraktion: Ich danke dem Gemeinderat für die sehr ausführliche Antwort oder Reaktion auf dieses Postulat. Das Ganze ist entstanden, weil man in Basel-Stadt eine Gratis-Sperrgut eingeführt hat. Das war die Reaktion darauf, weil auch Allschwiler möglicherweise ihre Sachen nach Basel gebracht haben. Ich finde, es hat viele gute Begründungen drin. Mir hat ein bisschen gefehlt, dass man direkt jemanden gefragt hat, der selber Sperrgut gebracht hat an diesen Tagen. Ich selber war dort nie und ich kenne auch niemanden, der das selber benutzt. Es hätte mich interessiert, was diejenigen dazu meinen, die das selber nutzen. Ich kann damit leben und ich bin einverstanden, wenn man dies mit einmal pro Jahr weiterführt.

**Simon Zimmermann**, SVP-Fraktion: Ich hatte das Glück oder das Pech, einem Kollege zu helfen Material dorthin zu bringen. Das ging dort zu und her wie im Wilden Westen. Wir haben die Autotür geöffnet, er hatte relativ gute Ware im Auto. Er hat das selber aber nicht zum Auto rausgebracht. Nebst dem, dass er etwas bringen wollte, ging dann noch diverses anderes mit raus. Er hatte den Überblick nicht mehr, das ging ganz schnell und es war nichts mehr da. Könnte man schauen, dass dies ein bisschen koordinierter abläuft, vor allem für diejenigen, die etwas ausladen? Ich war das erste Mal dort, er hat mich gefragt, ob ich ihm helfe. Es ist nicht schlecht. Diejenigen, die das holen und bringen wollen, sollen das tun. Aber vom Ablauf her könnte man dies verbessern, damit diejenigen, die etwas bringen, in Ruhe ausladen können.

**Rolf Adam**, CVP-Fraktion: Es hat an diesem Tag auch eine Verkehrskadette. Unter anderem regeln sie den Verkehr bestmöglich, aber es hat auch Gemeindearbeiter, die dort sind. Ganz vermeiden, kann man das glaub nicht.

**Christoph Benz**, SP/EVP-Fraktion: Wenn ich Hol- und Bringtag höre, dann freue ich mich. Es ist ein kleines Fest. Man kann Sachen bringen, die man nicht mehr braucht und findet fast garantiert als Jäger und Sammler andere Sachen, über die man sich freut, weil es diese nicht mehr zu kaufen gibt oder sie einen Heimweh-Aspekt haben. Es macht Freude zu sehen, wenn man Sachen weggibt und merkt, dass jemand anderes dies möchte. Was Simon erzählt hat mit dem Kofferraum, ist auch anderen passiert. Meistens dann, wenn sie es aussen am Werkhof schon aufgemacht haben. Das ist dann ihr eigenes Problem. Im Werkhofareal drin hat es genug Männer mit blauen T-Shirts und orangen Westen, die schauen. Sie geben sich Mühe, dass solche Kofferraum-Ausräumungen nicht passieren. Ich möchte ein Kränzlein diesen Leuten winden, die dort ihren Mann und manchmal auch die Frau stehen. Schwierig finde ich, wenn drin die Sachen hingelegt werden und gewisse Leute wie die Geier kommen. Sie kommen in Scharen und als Sippschaften und reden meistens nicht Schweizerdeutsch. Das ist nicht rassistisch, sondern ein Problem. Ich möchte, dass die Allschwiler profitieren können, wenn die Allschwiler etwas weggeben. Ehrlicherweise müssen wir sagen, dass alles, was die Allschwiler bringen, nicht alle Allschwiler mitnehmen, und dann sind wir wieder froh über die Leute aus dem Elsass. Es müsste einen Weg geben, von dem ich noch nicht weiss, wie er sein wird, damit man das Ganze etwas gesitteter machen kann. Man kann auch auf Französisch sagen, was bei uns am Hol- und Bringtag gilt. Wir möchten diese Atmosphäre, das darf auch eine Marktstimmung haben und darf feierlich sein. Man muss da nicht raffen und gieren, es sollte auch anders gehen. Sie sitzen da am Rand alle zusammen mit Kindern und Omas. Du denkst, du hättest auch gern etwas, aber es ist dann schon weg. Sie finden es zum Teil lustig, weil es ihre Kultur ist. Wir Schweizer sind zu verschlafen oder zu respektvoll. Es ist nicht unsere Kultur, wir würden uns wenigstens schämen, wenn wir es tun. Mein Wunsch für den Hol- und Bringtag ist, den wir auf jeden Fall beibehalten sollten, mehr Ordnung reinzubringen, damit es weiterhin ein kleines Fest sein kann.

**Peter von Arx**, FDP/GLP-Fraktion: Ich möchte Christoph Benz sagen, dass wir es nachher wieder im Elsass holen.

**Cedric Roos**, Präsident: Wenn es keine weiteren Voten mehr gibt, dann schliessen wir die Beratung als Ganzes und kommen zur abschnittswisen Beratung.

**Andreas Bammatter**, 2. Vizepräsident:

1. Ausgangslage

2. Erwägungen

3. Fazit

**Cedric Roos**, Präsident: Wir kommen zum Antrag des Gemeinderates. Der Gemeinderat beantragt Ihnen, dieses Postulat abzuschreiben.

**://:**

Diesem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

678 01.030 Einwohnerrat

**Traktandum 10**

Bericht des Gemeinderates vom 23.05.2012, zum Postulat von Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion, vom 13.12.2010, betreffend Attraktivität des „Trämlispielfeldes“  
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt, Geschäft 3982 / A

---

**Robert Vogt**, Gemeinderat: Der Trämlispielfeld ist ein beliebter Treffpunkt für Jung und Alt. Dank diesem Postulat war es möglich, dass wir genauer hingeschaut haben. Tatsächlich hat sich herausgestellt, dass es Verbesserungsmöglichkeiten sehr einfacher Art gibt. Diese haben wir Ihnen in diesem Bericht beschrieben. Ich bitte Sie auf das Bild auf der Rückseite zu schauen. Da kann ich gut zusammenfassen, welche Veränderungen wir im Sinn haben. Wir möchten einen Verbindungsweg schaffen zwischen dem Baselmattweg und dem Dürrenmattweg, damit man gut zirkulieren kann. Wir möchten zwei neue Bänke entlang dem neuen Weg errichten, damit man sich in dieser wunderschönen Baumwiese niederlassen kann. Wir möchten Bänke und Hecken entfernen, die sind mit einem roten Kreuz markiert. Dies wiederum hilft der Einsehbarkeit des Parks, steigert die Attraktivität und letztendlich gibt es mehr Platz zum Spielen. Wir möchten die Formhecken, die heute gegenüber dem Nachbargrundstück stehen, stehen lassen als Schutz der Nachbarschaft wegen den Immissionen, die durch den Spielfeld stattfinden werden. Mit diesen Massnahmen können wir die Attraktivität massiv steigern und bewegen uns in einem bescheidenen Rahmen beim Aufwand. Ich bitte Sie, diesen Anträgen stattzugeben.

**Cedric Roos**, Präsident: Ist das Eintreten bestritten? Das ist nicht der Fall, somit kommen wir zur Geschäftsberatung als Ganzes.

**Stephan Wolf**, CVP-Fraktion: Der Trämlispielfeld ist ein sehr wichtiger Ort und sehr attraktiv. Ich war grad vor kurzem dort an einem Anlass und hatte grosse Freude, dass der Gemeinderat sich dem Trämlispielfeld derart detailliert angenommen hat. Dafür möchte ich dem Gemeinderat herzlich danken. Wir stimmen den Anträgen des Gemeinderates zu.

**Rahel Balsiger**, FDP/GLP-Fraktion: Ich habe dies auch ausführlich studiert, da ich in der Nähe wohne und den Trämlispielfeld regelmässig nutze. Ich finde es gut, dass die Sichtbarkeit gesteigert wird. Ich finde es aber sehr schade, dass eine rücken- und gelenkschonende Finnenbahn, was sicher auch etwas kostet, wieder mit einem Asphaltweg unterbunden wird. Man baut damit eine Art Stolperfalle ein. Für mich ist nicht ganz klar ersichtlich, weshalb es ein asphaltierter Weg sein muss. In der Erklärung steht, wegen den alten Leuten. Mein Problem ist, dass die alten Leute nicht kommen werden, solange es dort viele Junge und Familien mit Kindern hat. Sie schätzen den Trubel und die Jogger nicht so sehr. Ich wohne in einem Quartier von lauter Pensionierten. Ich habe noch nie gehört, dass sie das Bedürfnis

---

haben, den Trämlispielfeld zu besuchen, geschweige denn mit dem Rollator. Ich finde es schade, dass man eine Grünfläche mit einem Asphaltweg unterbricht. Das finde ich völlig überflüssig. Wir werden dort mit Velos und Töfflis durchfahren, weil es sich anbietet, schnell die Abkürzung zu nehmen. Für mich ist es nicht nachvollziehbar, dass man dort einen Asphaltweg macht und ich hoffe, man sieht davon ab.

**Armin Bieri**, SP/EVP-Fraktion: Ich muss meiner Vorrednerin massiv widersprechen. Ich finde den Weg sehr sinnvoll. Mit einem Kinderwagen vom Baselmattweg dort rüber ist relativ bemühend. Ich bin sehr froh, dass es diesen Weg gibt. Es ist sicher auch sinnvoll, die Hecken wegzumachen. Der Weg ist für mich zentral, damit man dort gut durchgehen kann, es muss nicht asphaltiert sein. Ich finde den Weg äusserst sinnvoll und er steigert die Attraktivität. Wir von der SP/EVP-Fraktion werden dem zustimmen.

**Julia Gosteli**, Grüne Fraktion: Ich lese hier als Wunsch, dass der Park attraktiver und benutzerfreundlicher gestaltet werden soll. Unten auf Seite 2 steht, dass wegen Reklamationen aus der Nachbarschaft Sitzbänke weggenommen werden, weil die Jugendlichen anscheinend zu viel Lärm machen. Dafür macht man für die älteren Menschen zwei neue Bänke inmitten der Bäume. Es gibt eine Verlagerung für die Attraktivität für die alten Menschen. Das stelle ich einfach mal in den Raum. Mich interessiert immer der Sport. Es ist auch ein Sportplatz und ich habe die Finnenbahn näher angeschaut. Es ist eigentlich keine Finnenbahn. Ich habe im Stichwortkatalog auf der Website geschaut. Wenn man dort Finnenbahn eingibt, dann kommt das nicht. Ich möchte den Gemeinderat fragen, ob man dies anschauen könnte, wenn man an Attraktivitätssteigerung und Benutzerfreundlichkeit denkt. Ich bin keine Fachperson, aber eigentlich müsste es einen Rundholzunterbau haben mit Ästen für die Federung und 20 bis 30 cm Sägemehl. Wurde davon etwas in Betracht gezogen?

**Robert Vogt**, Gemeinderat: Bei dieser Bahn, die um den Trämlispielfeld geht, haben wir keine Veränderung vorgesehen, ausser dass sie durchschnitten werden soll durch den asphaltierten Weg. Wir möchten dies nicht umrüsten zu einer Finnenbahn. Eine Finnenbahn hat noch andere Ansprüche und die wollten wir hier nicht umsetzen. Das ist nicht vorgesehen.

**Julia Gosteli**, Grüne Fraktion: Danke für die Antwort. Dann ist es also keine Finnenbahn und dann darf man es auch nicht also solche bezeichnen.

**René Imhof**, SVP-Fraktion: Julia Gosteli hat es vorweggenommen. Ich bin früher auf dieser Finnenbahn viel gerannt. Aber mit einer Finnenbahn hat es nichts gemeinsam. Ich finde es schade, wenn man etwas macht, das man dann nicht brauchen kann. Im Übrigen ist unsere Fraktion mit dieser Angelegenheit einverstanden und wir werden dem zustimmen.

**Andreas Bammatter**, SP/EVP-Fraktion: Ich möchte dem Gemeinderat ein Kränzlein winden. Er hat mit einer sanften Anpassung dem Postulat Rechnung getragen. Die Postulantin hat verlangt, dass der Zugang zum Trämlispielfeld auch vom Baselmattweg attraktiver werden soll. Viele wissen, wo ich wohne, und ein paar wissen sogar, dass ich in dem Block Nr. 6 gewohnt habe. Ich kann aus eigener Erfahrung sagen, dass dieser Platz und diese Bahn, ob sie finnisch ist oder nicht, es kann auch eine Allschwiler Bahn sein, sehr oft gebraucht werden. Morgens um 07.30 Uhr sind immer Leute dort. Es hat auch junge und ältere Personen, die vom Altersheim mit dem Rollstuhl kommen. Jean-Jacques Winter und ich haben diese Trottoirabsenkung postuliert, das wurde umgesetzt. Jetzt kommen viele Leute, die mit den Rollstühlen vom Altersheim hierher geschoben werden und die können dann im Grünen dort sitzen. Weil ich schon 50 gewesen bin, darf ich sagen, dass Mäni Burkhardt, er war einmal Gemeinderat, als Anton Lauber und ich in die Schule gegangen sind, ins Breiteschulhaus vorbeigekommen ist. Er hat gefragt, wer von den Jungs diese Petition unterschrieben hat. Das waren wir und seither gibt es den Trämlispielfeld. Die Goals sind immer noch da, und ich freue mich, dass es so ist. Somit konnte ich auch einmal etwas aus der Vergangenheit erzählen, nicht nur die Pfadi.

**Christoph Benz**, SP/EVP-Fraktion: Meine Vergangenheit in diesem Park ist nur die, dass ich noch das Trämli gekannt habe und unsicher gemacht habe, welches es jetzt nicht mehr gibt, darum heisst er jetzt so. Toll, dass neue Bänke und ein asphaltierter Weg kommen. Die alten Leute kreuzen die Finnenbahn nicht gut, also müssen die Finnen über den Asphalt. Zu den Bänken, die gestrichen werden sollen, in der

---

Nähe des Pavillons. Die Jungen sitzen an einem anderen Ort und sind genau gleich laut. Mein Vorschlag ist, lasst doch diese beiden Bänke stehen, es hat noch nicht zu viele Bänke in dem Park. Ich bin sehr glücklich, dass neue Bänke dazukommen.

**Rita Urscheler**, Grüne Fraktion: Ich habe nur etwas ganz kleines. Bei den Massnahmen ist aufgeführt, was wir als Grüne löblich finden, dass eine Wildhecke geplant ist. Meines Wissens sind Pfaffenhütli sehr giftig. Dies nur ein kleiner Hinweis.

**Josua M. Studer**, SD, fraktionslos: Das Postulat heisst: Attraktivität des Trämlispielfeldes. Ich gehe davon aus, dass mittlerweile in Allschwil sehr viele Leute wohnen, die nicht wissen, weshalb es Trämlispielfeld heisst. Der Spielfeld heisst so, weil einmal ein Trämli darauf gestanden ist, welches entsorgt werden musste, weil es in die Jahre gekommen ist. Wenn ihr in die Verhandlungen steigt mit der BVV, dann habt ihr sicher die Chance ein günstiges Trämli zu beschaffen. Bis in ein paar Jahren sollten die alle ausgestaubt werden. Vielleicht kann man ein Schnäppli machen und wir haben sie dann los.

**Cedric Roos**, Präsident: Wenn es keine weiteren Wortmeldungen mehr gibt, dann ist die Beratung als Ganzes abgeschlossen.

**Andreas Bammatter**, 2. Vizepräsident:

1. Ausgangslage

2. Erwägungen

**Cedric Roos**, Präsident: Damit ist auch die abschnittsweise Beratung geschlossen, wir kommen zu den Anträgen des Gemeinderates.

- a) Von den aufgeführten Massnahmen zur Umgestaltung des Trämlispielfeldes wird Kenntnis genommen.

**://:**

Diese Antrag wird einstimmig zugestimmt.

- b) Das Postulat wird als erledigt abgeschrieben.

**://:**

Diese Antrag wird einstimmig zugestimmt.

**://:**

Das Geschäft als Ganzes wird einstimmig abgeschlossen.

679 01.030 Einwohnerrat

**Traktandum 11**

Interpellation von Josua M. Studer, SD, vom 15.11.2011, betreffend  
Schriftliche Erläuterungen des Gemeinderates zu den Vorstössen  
Geschäftsvertretung: GP Dr. Anton Lauber, Geschäft 4031 / A

---

**Anton Lauber**, Gemeindepräsident: Ich möchte nicht mehr viel dazu sagen. Wir haben es schriftlich beantwortet und der Einwohnerrat hat sich mit diesem Thema am 26. Oktober 2011 beschäftigt. Wir vom Gemeinderat möchten nicht, dass wir die Stellungnahmen schriftlich abgeben müssen. Nicht nur wegen dem administrativen Mehraufwand, sondern weil wir jeweils auch sehr kurzfristig Stellungnahmen abgeben müssen und dann kommen sie nicht in der notwendigen Qualität daher und müssen schnell

---

herausgeschüttelt werden. Wir müssen aufpassen, dass wir keine Vorstösse beantworten bei der Einreichung. Ich bitte den Rat, darauf zu verzichten.

**Josua M. Studer**, SD, fraktionslos: Ich bin zufrieden, indem ich spüre, dass dies das letzte Geschäft sein wird heute Abend. Es ist das letzte Geschäft, das mich direkt betrifft. Mich beruhigt es, dass noch ein paar Geschäfte von mir in der Pipeline sind, ihr werdet also weiterhin noch mit mir zu tun haben. Mit der Antwort bin ich "jein" zufrieden. Ich habe diese Interpellation eingereicht, weil im Landrat oftmals bei den Geschäften der Regierung diverse Notizen dabei waren. So konnte man sich ein Bild machen und das habe ich sehr geschätzt. Ich wollte dies herunterbrechen auf den Einwohnerrat. Wenn ihr zurückdenkt, bei allen Ideen, die eine Verbesserung hätten bringen sollen, und die an anderen Orten wie Landrat, Nationalrat, Ständerat so gehandhabt werden, war dies dem Einwohnerrat in Allschwil nicht genehm. Ihr habt euch ein paar Fesseln gemacht im Reglement. Ihr habt es gemerkt und jetzt müsst ihr das Reglement neu machen. Es hätte schon lange gemacht sein können. Ich finde es schade, dass Armin Bieri, der die Änderung des Reglements aufgegleist hat, nicht mehr präsidieren möchte. Ich finde das schade, aber ich bin gespannt, wie das Reglement schlussendlich herauskommt. Ich akzeptiere die Beantwortung des Gemeinderates. Mich betrifft es dann nicht mehr. Es wäre ein Geschenk für die Nachwelt gewesen.

**Cedric Roos**, Präsident: Damit ist die Interpellation beantwortet. Wie es Herr Studer bereits vorweg genommen hat, wir sind tatsächlich am Ende, nicht nur von dieser Einwohnerratssitzung sondern von dieser Legislatur. Ich danke Ihnen, ich darf jetzt auch einmal einen Dank aussprechen am Ende meiner Amtsperiode. Ich danke Ihnen sehr herzlich, dass ich dieses Amt ein Jahr wahrnehmen durfte. Es hat mir selber viel Spass gemacht, auch wenn mich der Rat selber ein paar Mal herausgefordert hat in der einen oder anderen Art. Ich möchte die Einwohnerräte, die in der nächsten Legislatur nicht mehr dabei sein werden, kurz namentlich erwähnen, ihnen gilt auch ein spezieller Dank. Die anderen werden bei späterer Gelegenheit verdankt. Namentlich sind das: Andreas Bitterli, Lukas Brügger, Gabriela Huschke, Benedikt Gnos, Julia Gosteli, Josua Studer, Susanne Studer, Thomas Möller, Matthias Lochmann, Patrick Lautenschlager, Hanspeter Tschui, Peter von Arx, Rita Urscheler. Jemand fehlt auf dieser Liste, das bin ich selber. Auch ich werde in der nächsten Legislatur nicht mehr dabei sein. Sie haben sicher festgestellt, dass ich bei den letzten Einwohnerratswahlen nicht mehr als Kandidat aufgetreten bin. Ich möchte diese Gelegenheit wahrnehmen und mich erklären. Ich bin noch jung, das sieht man. Ich danke, dass ich in diesem jungen Alter dieses Amt wahrnehmen durfte. Als Junger ist man vielen Veränderungen im Leben ausgesetzt. Von den Jungen fordert man heute viel Mobilität, das wird gewünscht und gefordert, und ich werde dem Wunsch entsprechen mit Genuss. Ich werde ein halbes Jahr im Ausland studieren und werde im März meine Stelle in Zürich antreten. Das heisst, ich werde kein Einwohner von Allschwil bleiben. Dennoch freue ich mich, dass ich alle vier Jahre nach Allschwil eingeladen werde zu jedem Ende der Legislatur. Da ich noch relativ jung bin, darf ich dies noch ein paar Mal in Anspruch nehmen und darauf freue ich mich sehr. Danken möchte ich dem Büro des Einwohnerrates. Ich als Präsident hatte die Sicherheit, dass ich einen Vizepräsidenten hatte, von dem ich wusste, dass er jederzeit für mich einspringen kann. Das war eine grosse Sicherheit und ich bin sicher, dass er dies in der nächsten Legislatur wunderbar bewältigen wird. Zu guter Letzt möchte ich dem Ratsweibel und seiner Frau ganz herzlich für ihre Arbeit danken. Ich bitte euch beide, nach vorne zu kommen, es gibt ein kleines Präsent für euch. Ich freue mich auf den letzten Tag, den ich mit Ihnen verbringen darf beim Abschlussapéro. Ich werde mich bei allen Anwesenden persönlich verabschieden und wünsche Ihnen einen guten Start in die neue Legislatur.

**Josua M. Studer**, SD, fraktionslos: Es geht nicht um mich. Es wurde danke gesagt. Was mir immer wieder gefehlt hat in den vielen Jahren, in denen ich im Ratsbetrieb war, ist der Dank an die Medien. Die Medien machen eine grosse Arbeit für uns Politiker. Sie veröffentlichen unsere Medienmitteilungen, sie veröffentlichen unsere Vorstösse und sie berichten aus dem Einwohnerrat. Ein Tag nach der Einwohnerratssitzung kann man am Morgen um 06.30 Uhr im Regionaljournal hören, was gelaufen ist. Das ist kein offizieller Auftrag der Gemeinde Allschwil, das übernimmt Regula Vogt. Sie macht eine Arbeit, wo sie keinen Auftrag dazu hat. Und auch danke für die Berichterstattungen in der BZ, BAZ und im AWB.

**Cedric Roos**, Präsident: Damit darf ich diese Legislatur beenden und wünsche Ihnen einen schönen Abend.

ENDE